

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Friedrich Merz und Israels „Drecksarbeit“

Als dieser Text geschrieben wurde, 18. Juni 2025 nachmittags, berichtete die „New York Times“, US-Präsident Donald Trump habe sich soeben geweigert zu erklären, ob er den US-Streitkräften den Befehl erteilt habe, iranische Atomanlagen anzugreifen. Er sagte im Weißen Haus: „Ich kann es tun“, und fügte hinzu: „Ich werde es vielleicht nicht tun. Ich meine, niemand weiß, was ich tun werde.“

Von solchen Figuren hängt in diesen Wochen ab, ob es zu einem dritten Weltkrieg kommt oder nicht. Denn die Welt ist in diesen Wochen dem atomaren Inferno so nahe wie noch nie seit 1945. Das gilt auch angesichts der sogenannten Kubakrise von 1962 oder der NATO-„Nachrüstung“ von 1983. Falls es bis dahin nicht zum Äußersten kommt, wird die Stationierung neuer US-Raketen in der BRD ab kommendem Jahr erneut zeigen: Der Imperialismus läßt nicht nach zu testen, wie weit er mit seiner Aufrüstung und seinen Kriegen gehen kann, ohne selbst empfindlich getroffen zu werden.

Am Abend des 17. Juni veröffentlichte jedenfalls das russische Außenministerium eine Erklärung, in der es heißt: „Die anhaltenden intensiven Angriffe Israels auf friedliche Atomanlagen im Iran sind völkerrechtswidrig, stellen eine inakzeptable Bedrohung der internationalen Sicherheit dar und treiben die Welt in Richtung einer nuklearen Katastrophe, deren Folgen überall zu spüren sein werden, auch in Israel selbst. Rußland fordert die israelische Führung auf, zur Vernunft zu kommen und die Angriffe auf Atomanlagen und -standorte, die unter Sicherheitsvorkehrungen stehen und der Verifizierung durch die IAEA unterliegen, unverzüglich einzustellen.“

Der Kontrast, in dem solch ruhige, rationale Stellungnahme zu dem Gestammel des Imperialisten im Weißen Haus steht, könnte schärfer nicht sein. Die Äußerung des Bundeskanzlers Friedrich Merz zum israelischen Angriffskrieg auf den Iran allerdings, ebenfalls vom 17. Juni – „Das ist die Drecksarbeit, die Israel macht für uns alle“ – bewegt sich auf einem derart

niedrigen Niveau, daß selbst Trump Mühe haben dürfte, so tief zu steigen. Denn der „Dreck“, den Merz meint, sind Menschen, die vernichtet werden – Iraner. Über tote Palästinenser oder Russen reden er und seine in Israel regierenden faschistischen Freunde ähnlich, und sie praktizieren gemeinsam den Völkermord in Gaza. Merz, dem das Stichwort „Drecksarbeit“ von der Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios Diana Zimmermann zugeschoben wurde, war ihr und Israel, das die mit Bomben und Granaten „erledigt“, dankbar. Die „Begründung“ steht in der Erklärung des G7-Gipfels: „Der Iran ist die Hauptursache für Instabilität und Terror in der Region.“ Das steht dort zu einem Zeitpunkt, da Israel etwa 60 000 Palästinenser – vorwiegend Frauen, Kinder und Ältere – in Gaza abgeschlachtet hat, Libanon und Syrien völkerrechtswidrig permanent angreift oder teilweise besetzt und das Westjordanland mehr und mehr gewaltsam einverleibt. Kein Krieg ohne faustdicke Lügen – aber was die G7-Anführer sich leisten, sprengt die Vorstellungskraft. Übrigens hatte Trumps Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard am 25. März im US-Senat unter Eid gesagt: „Die Geheimdienstgemeinschaft ist weiterhin der Ansicht, daß der Iran keine Atomwaffen baut und daß der Oberste Führer Khamenei das 2003 eingestellte Atomwaffenprogramm nicht genehmigt hat.“ Sie wiederholte damit eine Einschätzung, die US-Geheimdienste seit 2007 vertreten.

Trump und Merz oder die übrigen G7-Chefs interessieren aber Tatsachen nicht. Sie wollen Krieg. Bis der „Dreck“ allen um die Ohren fliegt.

Es sagt viel über die deutschen Zustände aus, daß das am 11. Juni veröffentlichte „Manifest“ aus SPD-Friedenskreisen eine der wenigen Stellen ist, an denen sich Widerspruch gegen den kalkulierten Wahnsinn sammelt. An diesem 18. Juni hatten es auf der Plattform openpetition.org knapp 13 000 Menschen unterzeichnet. Es sagt noch mehr über die herrschende Verwirrung aus, wenn ausgerechnet die AfD, die erst am 22. Mai erklärte: „Die AfD-Fraktion steht fest an der Seite Israels“, von

einigen für eine Friedenspartei gehalten wird. Die geballte Medienmacht der BRD stürzte sich auf die „Manifest“-Verfasser, der Kriegsminister bescheinigte ihnen „Realitätsverweigerung“. Es ist genau umgekehrt: Die Trump, Merz, Pistorius, Netanjahu und Co. riskieren die Existenz der Menschheit. Ihnen müssen die Waffen aus den Händen geschlagen werden, denn mehr Realitätsverleugnung als bei ihnen gibt es nicht.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Die neue Welt gegen die neue faschistische Achse	2
Zölle	4
Falschbehauptungen, Staatsräson und Mainstream	5
NATO-Rußland-Krieg	8
Terror und Vergeltung (Ukraine-Konflikt)	9
Was man in dieser Zeit blutiger Konflikte noch wissen sollte	11
„In blinder Wut töten“ (Graz)	12
Drohnen über Afrika	13
Konflikt im Himalaya (2)	14
Belutschistan-Konflikt	16
VII. Weltkongreß der KI (Rede Dimitroff)	18
Sachsenburger Mahnung	19
25 Jahre Volksbetrug (RF-Archiv)	20
Hunger über Deutschland (RF-Archiv)	21
22. Juni 1941: Hitlers Überfall auf die Sowjetunion	22
Potsdamer Konferenz vor 80 Jahren	23
Th. Metscher zum 80. Jahrestag der Befreiung	25
Neonazismus in Westeuropa	27
Psychische Kriegsmobilisierung und das Vermächtnis der Rosenbergs	28
Strategie des Rückzugs (Rezension des 3. Bandes v. E. Krenz)	30
BSW: Konsequent gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung	32
Gedanken zum 80. Jahrestag der Deutschen Volkspolizei	34

„Die neue Welt gegen die neue faschistische Achse“

So überschrieb mein Freund Stephen Sefton, ein nicaraguanischer Staatsbürger, der über Nicaragua und Lateinamerika schreibt und seit 2008 das Medienkollektiv „Tortilla con Sal“ koordiniert, einen seiner Berichte. Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas hatte am 14. April 2025 die Staats- und Regierungschefs der europäischen Länder davor gewarnt, an den Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über Nazideutschland am 9. Mai in Moskau teilzunehmen. Diese Warnung widerspiegelt die gemeinsame Position der Spitzenpolitiker der Europäischen Union und der überwiegenden Mehrheit der Regierungschefs ihrer Mitgliedstaaten. Seit dem Maidanputsch von 2014 ist die materielle und moralische Unterstützung der europäischen Regierungen für das mit den Nazis sympathisierende Regime in der Ukraine sehr deutlich. Neu ist die immer offensichtlichere Revision der Geschichte, mit der die entscheidende Rolle der sowjetischen Völker und ihrer Streitkräfte beim Sieg über den deutschen Faschismus im Jahr 1945 ausgelöscht werden soll. Damit

begibt sich die Europäische Union, die sich rühmt, das fortschrittlichste Demokratiemodell der Welt zu sein, auf profaschistische Pfade.

Stephen Sefton schreibt, daß nach dem Zweiten Weltkrieg das politisch-militärische Projekt der NATO und ihrer kleineren Schwester, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (heute Europäische Union), als Maßnahmen gegen den Einfluß der Sowjetunion entstanden. Obwohl die europäische Version des Antikommunismus aufgrund der politischen Stärke des Sozialismus abgeschwächt war als die amerikanische, zählte die NATO unter ihren Spitzenbeamten auch deutsches Militärpersonal, das in den faschistischen Streitkräften Deutschlands gedient hatte. Sowohl die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, als auch Kaja Kallas, die ehemalige Präsidentin Estlands, stammen aus Familien, deren Mitglieder aktiv mit der deutschen Nazi-Regierung kollaborierten. Aus diesem Grund ist Rußland auch gegenüber der Ernennung von Friedrich Merz zum Regierungschef Deutschlands mißtrauisch, da es sich

bei ihm um einen weiteren Politiker aus einer Familie handelt, deren Mitglieder das deutsche Nazi-Regime aktiv unterstützten. Friedrich Merz befürwortet gemeinsam mit Kaja Kallas, Ursula von der Leyen und anderen europäischen Staats- und Regierungschefs eine Verdoppelung der Militärausgaben Deutschlands und anderer europäischer Länder mit dem



Dieses Bild vom „RotFuchs“-Leser Peter Richter aus dem Efeuhaus in Grunewald bei Templin wurde auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2020 der „jungen Welt“ ausgestellt.

ausdrücklichen Ziel, sich auf einen möglichen Krieg mit Rußland vorzubereiten. Mit der Weigerung der US-Regierung, die Ukraine weiterhin mit Waffen und US-Dollars zu unterstützen, entschied sich die EU, den kriegerischen Kurs allein fortzusetzen.

Washington und Kiew haben ein Rohstoffabkommen unterzeichnet, um den „Wiederaufbau des Landes“ zu finanzieren. Der Deal soll auch ein Signal an Moskau sein. In Wirklichkeit erhalten die USA einen privilegierten Zugang zu ukrainischen Rohstoffen. Die Einlagen sollen in Geldform erfolgen, wobei auch US-amerikanische Militärhilfen verrechnet werden können. Um die Ukraine ausbeuten zu können, will Washington die Einstellung des Krieges. Dafür soll Kiew Gebiete aufgeben, die von russischen Truppen beherrscht werden.

Stephen Sefton berichtet weiter, daß während des Zweiten Weltkriegs die US-Amerikaner und Briten die Kriegskräfte Deutschland, Italien und Japan die „Achse Berlin-Rom-Tokio“ nannten, in Anlehnung an den Dreimächtepakt, den diese drei Regierungen 1940 unterzeichneten.

Heute fördert eine Achse Washington-Brüssel-London, deren Regierungen von den Wirtschaftseliten ihrer jeweiligen Länder dominiert werden, den Militarismus und Terrorismus auf der ganzen Welt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Regierungen ihrer Pazifik-Verbündeten wie Japan, Südkorea und Australien bereit sind, ihre Bevölkerung im Dienste

der profaschistischen nordamerikanischen und europäischen Pläne zu opfern. Deutschland führte das Unternehmen Barbarossa gemeinsam mit den Streitkräften Italiens, Ungarns, Rumäniens, Finnlands, der Slowakei und Kroatiens durch.

Der politisch-militärische Aspekt des sich entwickelnden Konflikts zwischen dem kollektiven Westen und der von China und Rußland geförderten neuen Weltordnung verbirgt die entscheidende Rolle der transnationalen Wirtschaftseliten, meint Stephen Sefton. Zur traditionellen wirtschaftlichen Dominanz der Rüstungs-, Öl- und Ener-

giekonzerne gesellt sich die Kontrolle über praktisch das gesamte sozialökonomische Leben durch den digitalen Technologiesektor, der von nordamerikanischen Unternehmen aus dem sogenannten Silicon Valley dominiert wird. Die Überwachungs- und Zensurmöglichkeiten von Unternehmen wie Google und Meta wurden von nordamerikanischen transnationalen Data-Mining-Unternehmen wie Palantir und Oracle noch weiter ausgebaut. Alle diese Unternehmen sind auf die eine oder andere Weise mit den US-amerikanischen Geheimdiensten verbunden. Data-Mining-Unternehmen verkaufen Datenanalysen sowie digitale Überwachungs- und Kontrollsysteme an Regierungen und andere transnationale Konzerne. Dabei handelt es sich um hochentwickelte Systeme, die Maßnahmen in Bereichen wie Migration, Gesundheitswesen, Steuereinzahlung und öffentliche Sicherheit, aber auch politische Proteste kontrollieren sollen. Die Regierungen und Institutionen der Mehrheitswelt sind besonders anfällig für die Erpressung und die finanzielle und kommerzielle Aggression der neuen faschistischen Achse Europas und Nordamerikas.

Die Weltbank wollte Rußland bestimmt nicht den 80. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über Nazideutschland vergolden, als sie Anfang April 2025 Daten veröffentlichte, die aussagen, daß Rußland zur viertgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen sei. Nun wollte der Westen, daß seine Sanktionen 12 Prozent der russischen Exporte und 7 Prozent der Importe blockieren. Was folgt daraus? Rußland ist ein Land mit außergewöhnlichen wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten, das in der Lage ist, strategische Weichen zu stellen. Bereits vor Beginn der speziellen Militäroperation in der Ukraine wußte man in Moskau, daß sie alle möglichen Sanktionsmaßnahmen nach sich ziehen könnten. Wie die Weltbank geht auch der Internationale Währungsfond in seinem jüngsten Bericht davon aus, daß Rußland nach einer kräftigen Erholung im Jahr 2024 im Jahr 2025 ein BIP-Wachstum von rund 1,5 Prozent verzeichnen werde. Damit wird die These zu Grabe getragen, daß Rußland schwer unter den Auswirkungen der westlichen Sanktionen leiden würde. Und nicht nur das: Die 57 Länder, die seit drei Jahren Rußland „bekriegen“, ohne es unterwerfen zu können, stehen nun vor einer weiteren, noch zwingenderen Tatsache. Keines von ihnen weist ein BIP-Wachstum auf, das sich mit dem Moskaus vergleichen kann. Im Gegenteil: Bei ihnen nimmt die allgemeine Verschuldung zu und es wird befürchtet, daß sie in zehn Jahren 100 Prozent des weltweiten BIP erreichen könnte. Eine positive Ausnahme von diesem deprimierenden Szenario stellen die Länder des globalen Südens dar. In Asien wird für China für die Jahre 2025 und 2026 ein Wachstum von jeweils 4 Prozent prognostiziert. Indien wird das Land mit dem stärksten Wachstum bleiben und ein wahrer Motor des globalen Wachstums sein, mit einem erwarteten Wachstum von 6,2 Prozent im Jahr 2025 und 6,3 Prozent im Jahr 2026. China stärkt sein Handelsnetz in Ostasien und konsolidiert dort als Reaktion auf die US-Zollpolitik einen Länderblock. Das ebnet den Weg für eine gemeinsame Handelspolitik, die sich positiv auf die Bilanz des asiatischen Riesen auswirken wird.

Die von den beiden großen Horden der internationalen Wirtschaft unter Führung des Westens vorgelegten Daten deuten auf ein Wachstum der Länder des BRICS-Blocks hin und bestätigen gleichzeitig die Sinnlosigkeit der Sanktionen, die der Westen all jenen auferlegt, die er als Konkurrenten und damit als Feinde betrachtet. Der „Fall“ Rußland ist der deutlichste Beweis für die Sinnlosigkeit jeder Bestrafung. Die Sanktionen gegen den Kreml haben einen Bumerang-Effekt für die westliche Handelspolitik. Dies hat zwei Gründe: Erstens leidet der EU-Raum wegen des Verzichts auf russische

Rohstoffe unter extrem hohen Energiekosten. Die Kosten der industriellen Produktion und in der Folge die Preise der Produkte steigen. Die Erzeugnisse sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Das führt zu einem Rückgang der Produktion und der Beschäftigung, was wiederum den Rückgang der Binnennachfrage und die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen zur Folge hat. Zweitens leidet die Handelsbilanz der Importe/Exporte unter den Sanktionen. Sie verbieten Rußland die Verwendung des US-Dollars oder des Euros, verweigern dem Land den Zugang zum SWIFT-System und untersagen ihm den Kauf im Westen. Das bedeutet, daß man Rußland auch nichts mehr verkaufen kann. Ein Land, das größer ist als ein Kontinent, fällt als Markt aus. Neue Märkte sind schwer zu finden, denn die sanktionierten Märkte importieren zu Preisen, die für sie günstiger und für die Exporteure ungünstiger ausfallen. Letztendlich sind die Sanktionsverursacher und nicht die Sanktionierten mit eingeschränkten Märkten und höheren Kosten konfrontiert. Sie zahlen einen höheren Preis als sie eigentlich vorhatten. Das ist für den Westen kein ermutigendes Bild.

Das Scheitern der Sanktionspolitik ist ein politisches und ein wirtschaftliches Versagen. Der westliche Extremismus, der von seiner Unentbehrlichkeit auf den Märkten überzeugt war, hat sich geirrt. Auf einem globalen Markt, auf dem zwei Giganten wie Rußland und China über strategische Ressourcen, Energie, Nahrungsmittel, Militärmacht und Handelswege verfügen, können politische Sanktionen nicht wirksam sein. Es hat sich gezeigt, daß Sanktionen zwar zu Komplikationen, aber nicht zu einem Zusammenbruch führen können. Die Sanktionen gegen Rußland haben sich als Meisterwerk der Dummheit erwiesen. Sie basieren auf der Vorstellung einer westlichen Dominanz über die Märkte. Sie zeigen ein mangelndes Verständnis über die Qualität der Moskauer Führung und der Fähigkeit Rußlands, seine Märkte vielfältiger zu gestalten. Auf den Märkten kann Rußland akzeptablere Kompromisse eingehen, weil dem Land eine große Menge an Ressourcen zur Verfügung steht. Die Reaktionsfähigkeit des Landes auf wirtschaftlicher und politischer Ebene sowie die Widerstandsfähigkeit seiner Bevölkerung wurden vom Westen unterschätzt.

Während der Westen Kriege führt, um ausländische Ressourcen, Gebiete und Märkte zu erobern, geht es für die neue Welt ums Überleben. Der Trend zu einem multipolaren Markt verstärkt die Idee einer multipolaren Ordnung. Um die liberale Ideologie zu durchbrechen, die ein unendliches Wachstum im Rahmen begrenzter Ressourcen anstrebt, entwickeln die Länder ein alternatives Modell, das mit dem gegenwärtigen Modell

unvereinbar ist. Es zeichnet sich ein pluralistischer und gemeinsamer Ansatz ab, der den Süden weitgehend vor der Krise eines unipolaren, ungerechten und ungleichen Systems schützt, das einen unverschämten Reichtum in den Händen weniger und im Gegenzug weitverbreitete Armut hervorbringt. Die Protagonisten dieses pluralistischen und gemeinsamen Ansatzes müssen höchst aufmerksam und auf verschiedene Szenarien vorbereitet sein. Denn der ungeordnete Zusammenbruch des alten unipolaren Modells könnte zu weltweiten Tragödien führen.

Zum 80. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg begrüßte Moskau Gäste aus aller Welt. Darunter waren die Präsidenten Xi Jinping aus China, Lula da Silva aus Brasilien, Miguel Díaz-Canel aus Kuba, Nicolas Maduro aus Venezuela, Alexander Lukaschenko aus Weißrußland, Ujnaa Jurels aus der Mongolei, Denis Sassou Nguesso aus der Republik Kongo, Teodoro Obiang Nguema aus Äquatorialguinea, Staats- und Regierungschefs von Burkina Faso, Kasachstan, Kirgisistan, Myanmar, Palästina, Serbien, Tadschikistan, Usbekistan, Armenien und der Slowakei. Außerdem nahmen Militärangehörige aus einem Dutzend Ländern, darunter Aserbaidschan, Weißrußland, China, Ägypten, Kasachstan und Vietnam an der historischen Parade teil. Und so kann man resümieren, daß die Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über den europäischen Faschismus auch ein Schlüsselmoment bei der Schaffung einer neuen multipolaren Ordnung waren, die auf Respekt, Gleichheit und Solidarität zwischen den Völkern basiert.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Herzliche Grüße und Glückwünsche zum 70. Geburtstag am 24. Juli senden wir an

Uli Jeschke

Lieber Uli, zu Deinem Geburtstag möchten wir Dir vor allem Gesundheit wünschen. Seit Jahren bist Du Mitglied in unserem Autorenkreis und hast mit Deinen zahlreichen Beiträgen das Profil des „RotFuchs“ mit geprägt. Wir hoffen sehr, daß Du bald wieder zum Schreiben kommst und uns Deine politischen, philosophischen und militärwissenschaftlichen Artikel zukommen läßt. Dein wunderbarer Humor und Dein historischer Optimismus werden gebraucht – wir freuen uns auf Deine neuen Texte.

Redaktion und Vorstand

Zölle

Donald Trump hält die Weltwirtschaft mit seinen Zöllen in Atem. Scheinbar hält er Zölle für jene Wunderwaffe, die „Amerika (also die USA, die lediglich ein Viertel Amerikas umfassen) wieder groß machen“ wird.

Apropos groß machen: Dieses Rezept könnte natürlich auch ordentlich in die Hose gehen. Immerhin ist eine Achterbahn gegenüber dem Schlingerkurs, den Trump als Geisterfahrer durch die Weltwirtschaft bereits hingelegt hat, geradezu schnurgerade.

Da stellt sich schon die Frage: Was sind Zölle eigentlich? Erst einmal: Es gibt davon eine schier unüberschaubare Menge – Einfuhrzölle, Ausfuhrzölle, Durchfuhrzölle, Finanzaufschläge, Schutzzölle, Anti-dumpingzölle, Kampfzölle, Erhaltungszölle ...

Zölle, wie wir sie kennen, sind ein legitimes Mittel der Staaten, ihre Außenhandelsbeziehungen möglichst vorteilhaft zu gestalten und dabei auch noch Geld in die Kassen zu spülen. Dabei ist leider des einen Landes Vorteil meist auch ein Nachteil für ein anderes. Schützt ein Land beispielsweise seine Landwirtschaft mit Zöllen, weil es in Notzeiten über eine gesicherte Eigenversorgung verfügen will, ist das ein Nachteil für jene Länder, die über so viele landwirtschaftliche Produkte verfügen, daß sie sie gern jemandem verkaufen möchten. Schützt ein Staat mühsam eine neu entstehende Industrie mit Zöllen vor unliebsamer Konkurrenz, dreht er damit natürlich den Konkurrenten eine Nase. Die Interessen der einzelnen Länder und ihres nationalen Kapitals sind meist sehr unterschiedlich, teils sogar offen gegensätzlich und oft nur schwer miteinander vereinbar. Zollschranken waren lange Zeit enorm große Hindernisse für die Entfaltung bedeutender internationaler Warenströme. Es ist kein Wunder, daß sie von einer zunehmenden Zahl von Monopolen in Zeiten zunehmender Globalisierung als ein entscheidendes Hindernis für die Realisierung ihrer Produkte wahrgenommen wurden. Diese Monopolgruppen wandten deshalb vor allem seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts sehr viel Kraft dafür auf, daß Zollschranken abgebaut oder gar Freihandelszonen ohne jegliche Zölle geschaffen wurden. Entsprechende Verhandlungen verliefen und verlaufen fast immer zäh, sind langwierig und konfliktreich. Schließlich gilt es, oft völlig gegensätzliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Das erfordert außerordentlich viele Kompromisse, oft auch in winzig erscheinenden Detailfragen. Man kann natürlich darüber spotten, daß

beispielsweise die Verhandlungen über das Mercosur-Abkommen zwischen den bedeutendsten Staaten Lateinamerikas und der EU nun schon über drei Jahrzehnte laufen, ohne am Ziel zu sein. Aber es ist eben auch nicht einfach, sich oft diametral gegenüberstehende Interessen so gegeneinander auszubalancieren, daß die Gewinne und Verluste beider Seiten in einem erträglichen Verhältnis zueinander stehen.

In diese komplizierten Prozesse ist nun Donald Trump hineingepoltert wie ein Elefant



Protest in Washington D. C. gegen Abschiebungen am 7. Februar 2025

in den Porzellanladen. Dabei konzentriert er sich vor allem auf die Einfuhr- und die Kampfzölle. Einfuhrzölle sollen in der Regel einheimische Produktion vor auswärtiger Konkurrenz schützen, indem sie die auswärtigen Waren künstlich verteuern. Kampfzölle sollen Konkurrenten gar gänzlich ausschalten. Im Falle der USA ergeben sich dabei allerdings zwei böse Fallstricke. Was tun, wenn es gar keine einheimische Produktion mehr gibt? Immerhin haben die USA über die Jahre die Produktion von zwei Dritteln der im Lande verbrauchten Waren ins Ausland verlagert, weil sie dort billiger produziert werden konnten. Dabei sind natürlich eigene Kapazitäten und Produktionslinien verschwunden, die notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten verkümmert und die notwendigen Fachkräfte abgewandert. Selbstverständlich kann man das alles wieder aufbauen. Allerdings braucht das eben seine Zeit. Es ist beispielsweise mit einem enormen Aufwand verbunden, in den USA jene Stahlindustrie mit der riesigen Palette an Spezialstählen wieder schaffen, die es einst im Rostgürtel des Nordens gab und die verschwunden ist, weil man diese Stähle anderswo viel billiger einkaufen konnte. Selbstverständlich kann man diese Produktion reaktivieren. Aber das kostet eben erstens viel Zeit und bringt zweitens einen hohen Aufwand mit sich. Trumps Pläne aber gehen immer davon aus,

daß sich inländische Produktion und die entsprechenden Profite in Windeseile einstellen werden. Man darf ruhig davon ausgehen, daß solche Prozesse auch einmal ein ganzes Jahrzehnt dauern können. Ein Jahrzehnt ohne entsprechende Produktion und ihre Profite – wie soll das funktionieren? Der zweite Fallstrick ist, daß die Importzölle nicht die Waren im Ausland verteuern, sondern lediglich ihre Preise für die Verbraucher in den USA. Mit anderen Worten, der Verbraucher in den USA leidet an den

Zöllen, der ausländische Produzent aber nicht. Er braucht nur einen anderen zu finden, der weiter billige Waren kaufen und bezahlen kann. Der Weltmarkt zeigt: Die USA sind längst nicht der einzige zahlungsfähige Kunde, für den man sich in ständiger Selbstüberschätzung dort hält. Importzölle haben also generell das Zeug dazu, sowohl den Markt im Inneren, als auch die eigene internationale Konkurrenzposition für längere Zeit zu destabilisieren. Die in einigen Bundesstaaten der USA immer wieder aufflammenden Proteste gegen das Regierungshandeln in Washington zeigen, welcher Sprengstoff hier existiert. Verschärft wird das ganze dadurch, daß Trump die Zölle als

Kampfmittel und Waffe einsetzt, ohne sich ausreichend über die Kräfte und Machtmittel der Konkurrenten der USA im klaren zu sein. Wenn man dringend Seltene Erden braucht, aber ihren Hauptproduzenten China ständig vor den Kopf stößt, kann das sehr schnell sehr unangenehme Nebenwirkungen haben, wie Trump gerade erkennen mußte. Man kann selbstverständlich dann zurückrudern. Aber angeschlagenes Vertrauen läßt sich in internationalen Geschäften längst nicht so schnell wieder reparieren, wie sich eine überhöhte Zollquote zurücknehmen läßt. Das Tempo, mit dem Trump sich ständig aufs Neue zu korrigieren veranlaßt sieht, zeigt übrigens, daß er viel Besuch von Konzernlenkern im Weißen Haus empfangen muß, denen er die Geschäfte für lange Zeit vermässelt hat. Es hilft ihm da wenig, daß er selbst Milliardär ist. Im Vergleich mit den wirklich Großen in diesem Metier bleibt er ein kleiner Fisch. Die „unterhaltensreiche“ Auseinandersetzung mit Elon Musk, die er inszeniert hat, scheint ihn vorläufig als Gewinner zu zeigen. Wir werden allerdings erst viel später zu sehen bekommen, wer wirklich Sieger sein wird. Dabei können wir sicher sein: Das wirklich große Kapital der USA wird nicht endlos tatenlos zusehen, wenn die Trumpsche Politik nicht nur mit ihren Zöllen seine heutigen und die künftigen Pfründe heillos ruiniert.

Achim Seider

Falschbehauptungen, Staatsräson und Mainstream

„Putin zerstört mit seinem Krieg eine politische Ordnung in Europa, die wir *mit* Rußland und nicht *gegen* Rußland gemeinsam nach 1990 errichtet haben. Von Europa und der NATO gingen und gehen bis heute keinerlei Provokationen oder gar Vertragsverletzungen aus, die auch nur im Ansatz rechtfertigen könnten, einen solchen Krieg gegen die Ukraine zu beginnen“ ... meinte Friedrich Merz Anfang Oktober vergangenen Jahres im Magazin „The European“. Auch wenn ich die folgenden Sätze schon öfter zitiert habe, hier sind sie am richtigen Platz: „*Im übrigen ist es ja so, daß in Brüssel genauso wie in Frankfurt, genau wie in Bonn, aber anders als in Ost-Berlin die Journalisten Gott sei Dank schreiben dürfen, was sie für richtig halten, auch wenn es falsch ist. Sie dürfen sogar etwas schreiben, von dem sie wissen, daß es nicht richtig ist. Das soll auch so bleiben.*“ Es war der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, welcher der schreibenden Zunft diesen Blankoscheck erteilte. Dieses Recht haben sich – wie das Eingangszitat bestätigt – inzwischen auch an den Schaltebeln der Macht sitzende Personen zu eigen gemacht. Der offensichtliche Widerspruch besteht darin, daß die Regierenden sich das Recht anmaßen, zu urteilen, welche Meinungen als „bewußte Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen“ zu verurteilen und somit unter Strafe zu stellen sind. Dieser Widerspruch hat sich schon längst aufgelöst, wenn man die zunächst nur bundesrepublikanische, nunmehr gesamtdeutsche grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit und ihre Einschränkungen im Verlauf ihrer jahrzehntelangen praktischen Anwendung analysiert. Hier nur einige Stichpunkte: Kommunistenverfolgung bis hin zum Verbot von FDJ und KPD, Kriminalisierung der Gegner der Wiederaufrüstung und der Notstandsgesetzgebung, Verunglimpfung von Vietnamkriegsgegnern. Dazu kommen die Änderung des Grundgesetzes, mit dem das Asylrecht für politisch Verfolgte ausgehöhlt wurde, und last but not least die Lockerung der zuvor für unantastbar erklärten Schuldenbremse zugunsten einer kriegsvorbereitenden Aufrüstung. Weitere Öffnungsklauseln sind nur eine Frage der Zeit.

Vom Niedergang der vierten Gewalt

Der „RotFuchs“ hat sich beim Laufen über die Beiträge, die sich mit der Vorgeschichte, der NATO-Osterweiterung bis hin zum gegenwärtigen Krieg befassen, mit Sicherheit schon schmerzhaft Schwielen an seinen Pfoten zugezogen. Deshalb wollen wir ihn in dieser Doppelausgabe verschonen. Ganz wird uns das nicht gelingen. Dennoch: der Schwerpunkt soll diesmal auf der sogenannten vierten Gewalt liegen. Ihrem Selbstverständnis und Auftrag nach soll sie

den Regierenden und mächtigen Akteuren in Politik, Wirtschaft und Justiz kontrollierend auf die Finger schauen. Doch wie sich schon längst herausgestellt hat, haben die Leitmedien ihre Unschuld (wenn sie denn eine solche jemals besessen haben), also ihre Integrität und Unabhängigkeit, schon längst verloren. Die vierte Gewalt ist zum „Wasserträger“ und oft zum Sprachrohr derjenigen degeneriert, die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien landauf, landab beschwören, in der Praxis aber eine russophobe und kriegsüchtige Gefolgschaft



Julian Assange – vom heutigen Regierungssprecher als „Gefährder“ bezeichnet

fordern, die inzwischen mehr oder weniger freiwillig erbracht und sogar karrieresüchtig angestrebt wird. Aktuelles Beispiel: Stefan Kornelius ist seit vier Wochen Sprecher der Bundespressekonferenz und gleichzeitig Chef des Presse- und Informationsamtes im Range eines Staatssekretärs. Zuvor hatte er vier Jahre lang das Politikressort der „Süddeutschen Zeitung“ geleitet. Gern schrieb er in dieser Funktion Kommentare, mit denen er sich die Sympathien der damaligen Bundesregierung erwarb, besonders, als er den Kopf von WikiLeaks, Julian Assange, als „Gefährder“ einstufte, der sich als „politisches Opfer“ stilisiere. Kornelius genießt vorerst wegen seines neuen Jobs besondere Aufmerksamkeit. Aber er fällt nicht aus dem Rahmen. In Fernseh-Talkshows wächst die Zahl der teilnehmenden Militärhistoriker, Militäroffiziere, Nachrichtenanalysten und Experten, die ihre immer wahnwitziger werdenden Bedrohungsszenarien mehr oder weniger unwidersprochen ausbreiten dürfen. Die Mehrheit der an den Talk-Tischen der Mächtigsten, Miosga, Illner und Lanz in wechselnder Besetzung sitzenden Bauchrednerpuppen übt sich in Konformität, Moralismus und exzessiver Ideologisierung.

Diplomaten und Friedenspreisträger als antirussische Kriegshetzer

Am 10. April dieses Jahres hielt Olexij Makejew, Botschafter der Ukraine in Deutschland, vor der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung eine „Berliner Rede zur Freiheit“. Makejew geht zu Beginn auf die grundgesetzlich verankerte unantastbare Würde des Menschen ein. Dann aber entpuppt sich seine „Rede zur Freiheit“ als ein fanatisches Plädoyer finsterster Russophobie. Sie zeigt, welcher Grad an antirussischem Rassismus heute wieder möglich ist. Und diese hetzerische Tirade wurde nicht etwa vor Vertretern der politischen Ränder der BRD gehalten, sondern im Rahmen der Stiftung einer Partei, die sich (in Abgrenzung zur AfD) zu den „demokratischen Parteien der Mitte“ zählt. Das Echo auf seine Rede war nicht schieres Entsetzen, sondern waren Standing Ovationen. Diskursbestimmend sind hierzulande gegenwärtig Versuche, die Meinungsfreiheit einzuhegen und Sanktionen wegen prorussischer Propaganda zu verhängen (so etwa gegen Thomas Röper und Alina Lipp). Gleichzeitig darf ein Botschafter offen für einen antirussischen Rassismus in einem Jargon werben, der jeden Rahmen sprengt. Und das alles unter den Augen und Ohren der dazu schweigenden Medien. In einer nahezu auf „Stürmer“-Niveau gehaltenen Rede behauptet Makejew, die Russen hätten keinen „Himmel“ („Man braucht den Russen nicht zu sagen ‚Don't look up‘. Sie wissen ohnehin nicht, daß es oben einen Himmel gibt. Für sie gibt es oben nur ihren lokalen Kommandanten. Und irgendwo ganz oben ist Putin.“) Sie seien unfähig zu träumen. Damit spricht er ihnen ab, was das typisch Menschliche ausmacht: das Träumen von Freiheit, von einer besseren Welt, sei es im Diesseits oder im Jenseits. Für Makejew sind Russen – muß man schließen – wie Tiere, deren Horizont nicht über das bloße Dasein und die Kette von Befehl und Gehorsam hinausgeht. Ja, schlimmer als Tiere, da ja – laut Makejew – Haß und Vernichtungswille ihre Haupteigenschaften sind. Die Schlußfolgerung muß wohl lauten: Freiheit bedeutet für die ukrainischen Offiziellen, den Haß auf alles Russische frei auszuleben. Ihre Freiheit besteht in einer Welt ohne Russen, muß man wohl folgern, ihr Idealbild von der Ukraine ist ein Anti-Rußland. Makejew befindet sich da in gutem Einvernehmen mit seinem Chef Selenskij, der sich erst kürzlich zum Haß auf Russen als Triebfeder seines Handelns bekannt hat. Und er erinnert an den Friedenspreisträger (!) des Deutschen Buchhandels, den ukrainischen Schriftsteller Serhij Zhadan, der laut „Zeit“ die Russen als „Horde“, „Verbrecher“, „Tiere“ und „Unrat“ bezeichnet hat. Und weiter schrieb der Preisträger: „Die Russen sind Barbaren, sie sind gekommen, um unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere

Bildung zu vernichten. Brennt in der Hölle, ihr Schweine!"

Mainstream-Kriegshetze im Regierungsauftrag

Am 20. März versammelten sich am Tisch von Frau Maischberger zwei Spitzenkräfte der Russophobie, Generalinspekteur der Bundeswehr Carsten Breuer und Carlo Masala (*alias Kopffjäger. Wir erklären weiter unten, warum wir ihn so nennen*), Professor für Internationale Politik und Militärexperte. Dabei war auch der Journalist und Podcaster Tilo Jung. Dieser nahm die Einladung zum Anlaß, mit der Kategorie „Faschismus“ nur so um sich zu werfen. Maischberger wagte einen zaghaften Einwand: „Ich kann schon verstehen, daß Sie Putin sozusagen in die gesicherte Faschismus-Ecke stecken, das kann ich verstehen, aber warum auch Trump?“ Die restlichen Teilnehmer präsentierten sich als gleichgeschaltete Mitläufer. In einem Beitrag durfte die Rüstungslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann unwidersprochen behaupten, daß „Putin ein Mörder, ein Killer ist, der Hunderte von Millionen Menschen unter die Erde gebracht und zigtausende Kinder entführt hat“ ... Journalismus mit Bodenhaftung auf dem Grund des Marianengrabens!

Vor einigen Wochen diskutierten in der polnischen Botschaft Sicherheitsexperten über neue Strategien, „um sich militärisch gegen Putins Rußland zu wappnen“ („Berliner Zeitung“, 19. Mai). Ein Schweizer Militär warf die Frage auf, wie es der NATO gelingen solle, die Herzen und den Verstand der europäischen Bevölkerungen für die großen Rüstungspläne zu begeistern. Immerhin sei eine Erhöhung der Verteidigungsbudgets kurzfristig nur durch Einsparungen in anderen Bereichen zu erreichen. Die Gesprächsteilnehmer waren sich in diesem Punkt nicht einig. Aber der polnische Armeegeneral Tomasz Kowalik plädierte dafür, die Bevölkerungen über eine Vernetzung zwischen NATO und Medienhäusern kriegsbereit zu machen. Wie es aussieht, mit Erfolg. Die Europäische Union (EU) plant die größte militärische Aufrüstung ihrer Geschichte. Bis zu 800 Milliarden Euro sollen bis Ende des Jahrzehnts in Waffen, Munition, Drohnen, militärische Infrastruktur und weitere Bereiche der Verteidigung investiert werden. „Um sicherzustellen, daß diese europäische Zeitenwende“, so Raphael Schmeller in der „Berliner Zeitung“ (7. Juni), „in der Öffentlichkeit als notwendig und gerechtfertigt wahrgenommen wird, organisiert die EU sogenannte Verteidigungsreisen für Journalisten nach Brüssel.“ Schmeller, der selbst Anfang Juni zu einer solchen Reise eingeladen worden war, weiter: „Zwei Tage lang fanden Briefings, Podiumsdiskussionen und Hintergrundgespräche mit hochrangigen EU-Vertretern und Politikern statt, darunter auch solche, die regelmäßig in deutschen Talkshows vehement für eine

verstärkte Aufrüstung werben. ... Von Frieden oder diplomatischen Initiativen war keine Rede.“

Hier nun kommt unser „Kopffjäger“, der Bundeswehrprofessor Carlo Masala, noch einmal ins Spiel: „Eine Gesellschaft, der nicht bewußt ist, daß ihre Form des Zusammenlebens durch hybride Kriegsführung bedroht ist, die nicht realisiert, daß Rußland durch vielfältige Propagandamaßnahmen und Desinformationskampagnen das Vertrauen der Bevölkerung in die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Institutionen und Verfahren erschüttern will mit dem Ziel, die Demokratie als Staatsform zu diskreditieren, wird nicht die Bereitschaft entwickeln, resilient und widerstandsfähig zu werden.“ Noch konkreter wird er, wenn er fordert, daß eine Gesellschaft bereit sein müsse, im Bündnisfall, also im Krieg, die humanen Kosten – also millionenfaches Töten und Getötet-Werden – zu (er)tragen.

Vom fabrizierten Konsens

Die Meinungsfreiheit hat einen schweren Stand, heißt es. Allerdings wird man auf der Suche nach dem oder den Schuldigen auf nicht nur einen Verantwortlichen stoßen. In einem Interview mit Marcus Klöckner erklärte die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot: „Bei aufgeklärter, neutraler oder investigativer Berichterstattung der jeweiligen Vorgeschichten und einer Kontextualisierung der Konflikte in der Ukraine und in Gaza wäre die derzeitige *Koste-es-was-es-wolle*-Unterstützung für die Ukraine und Israel meines Erachtens politisch gar nicht möglich. Denn dann müßte man unter anderem die Ereignisse auf dem Maidan 2014 in neuem Licht betrachten. Oder man müßte konzedieren, daß Verteidigung etwas anderes ist als Vergeltung.“ Zu Beginn des Interviews bezieht sich Guérot auf Noam Chomsky, der von einem „manufactured consent“ gesprochen hat, einem fabrizierten Konsens: „Die Medien und Zeitungen lenken unser Denken subtil ... dahin, wohin es soll.“ Sie prangert die Verengung des Meinungskorridors, letztlich die Entkernung der Demokratie, an. Der französische Historiker Emanuel Todd hat ein Buch unter dem Titel „Der Westen im Niedergang – Ökonomie, Kultur und Religion im freien Fall“ veröffentlicht. Todd warnt nicht gleich vor einem Faschismus, aber die Gefahr, daß Europa zunehmend in einen Autoritarismus abdriftet, werde für ihn immer konkreter. Es gibt einen Satz von Nikolai Bucharin, dem marxistischen Theoretiker an der Seite Lenins, der über alle sogenannten Zeitenwenden hinweg aktuell bleibt: „Die Demokratie ist die Staatsform des Bürgertums, wenn es keine Angst hat, der Faschismus, wenn es Angst hat.“ Zu Beginn dieses Beitrags haben wir die „vierte Gewalt“ als Wasserträger bezeichnet. Tatsächlich spielt sie nicht nur eine dienende, sondern eine höchst aktive Rolle. Sie hat das inzwischen inflationär benutzte Wort Faschismus in ihren Wortschatz aufgenommen, aber es wird ausschließlich benutzt,

um Putin persönlich zu treffen. So richtig es ist, die „Verengung des Meinungskorridors“ (Guérot) anzuprangern, so handelt es sich letztlich doch nur um Symptome einer mehr und mehr in die Defensive geratenen Demokratie westlicher Spielart. Xi Jinping, der chinesische Präsident, hat mehrmals betont, daß sich historisch verschiedene Demokratie Modelle herausgebildet haben, daß also nationale Besonderheiten der Geschichte und der kulturellen Entwicklung berücksichtigt werden müßten. Entscheidend sei, ob die Bevölkerung das jeweilige politische System befürwortet. Die Zustimmungsrate bei uns liegt derzeit bei über 80 Prozent. Seit 1917, dem Jahr der Oktoberrevolution, spätestens seit 1945, geht es dem Imperialismus als Herrschaftssystem um die Bestandsgarantie bzw. die Ausdehnung seiner von ihm erfundenen „regelbasierten Ordnung“ – unter Umgehung der Charta der Vereinten Nationen. Die Sorge vor einem alternativen Gesellschaftssystem war in allen zurückliegenden Jahrzehnten und ist bis heute sein ständiger Begleiter. Daß sich die Volksrepublik China als Weltmacht konstituiert hat, daß die BRICS-Staaten und mit ihnen der globale Süden sich von kolonialer Bevormundung befreien, gibt den Befürchtungen neue Nahrung. Zur Aufrechterhaltung der Privateigentümer-Gesellschaft sind Ströme von Blut geflossen. Gegenwärtig wird ein monströser Militärapparat aufgebaut, dessen damit verbundene Belastungen von den Menschen – wenn überhaupt – nur getragen werden, wenn man ihnen ausreichend Angst einjagt und die wahren Absichten vorenthält. Das ist die Aufgabe und die Kernkompetenz der Medien.

Tulsi Gabbard, die US-amerikanische Geheimdienstkoordinatorin, warnte am 10. Juni, daß „wir noch nie so nahe an der Schwelle zur nuklearen Vernichtung waren wie heute“. Für diesen Wahnsinn machte sie die politischen Eliten und Akteure verantwortlich. Sie sprach sich dafür aus, daß die „einfachen Menschen“ gegen den Weg in den Nuklearkrieg aufstehen sollten. Nahezu zeitgleich veröffentlichten sozialdemokratische Abgeordnete ein Manifest „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung“. Das Manifest löste einen politisch-medialen Amoklauf aus. *Der Tagesspiegel* sprach von einem „Frontalangriff der Friedenspolitiker“ und begnügte sich vorerst, die Stimmen einiger Kriegsbefürworter zu zitieren: Roderich Kiesewetter: „Ungeheuerlich. Man will die Ukraine der Vernichtungsabsicht Rußlands ausliefern und Deutschland gleich mit.“ Sebastian Fiedler, ein SPD-Abgeordneter, läßt sich mit den Worten zitieren: „Zusammenarbeit mit einem Kriegsverbrecher, der sich für die nächsten Ziele präpariert? Gute Nacht.“ Richtig! Dieser Gruß gilt auch ihm und allen an der medialen Front Dienenden, die solchen Unfug drucken lassen.

Hans Schoenefeldt

Deutschlands neue Regierung bettelt um Zerstörung des eigenen Landes

1936 gewöhnte sich das deutsche Volk schnell an die Meldungen über die erfolgreichen, von Göring (später selbst in „Meier“ umbenannt) geführten Lufteinsätze gegen die spanische Republik an der Seite des Diktators Francisco Franco. Auch die Besetzung von böhmischen und weiteren Gebieten wie auch von Elsaß-Lothringen war kein Grund zur Aufregung. Der kurze und fast verlustfreie Feldzug gegen Polen und die ebenso schnelle Einnahme fast des gesamten westeuropäischen Kontinents waren im deutschen Alltag kein Grund zur Sorge. Es war schon Krieg, also ganz unbemerkt ein zweiter Weltkrieg, doch das tangierte wenige im vom Faschismus beherrschten Deutschen Reich. Selbst als im Sommer 1941 das Millionenheer der Wehrmacht und SS in die Sowjetunion einmarschierte und in immer härter werdenden Schlachten weite Teile des Landes besetzte, das Leben von Millionen auslöschte, war in Deutschland, wenn auch schon etwas rationiert, die Versorgung im großen und ganzen immer noch gewährleistet.

Als 1999 über 70 Tage lang deutsche Kampfflieger Belgrad bombardierten, war dies kein Anlaß für Einschnitte im deutschen Alltag.

Der 20 Jahre lange deutsche Bundeswehr-„Kampfeinsatz“ in Afghanistan, wo man Deutschland zu „verteidigen“ gedachte, wurde hingenommen, man lebte ohne an Krieg erinnernde Lasten.

Auch der brachiale Putsch in der Ukraine 2014 und die daraus entstehenden Widerstände von ukrainischen, insbesondere regionalen Bevölkerungsteilen dagegen, von

denen hierzulande nur als „Separatisten“ die Rede war, löste kaum Befürchtungen aus. Auch daß dort mit militärischer Gewalt seitens der Putschisten, mit „kräftiger“ westlicher Unterstützung gewaltsam und verbrecherisch vorgegangen wurde, war kein Grund in Deutschland, das Gewissen zu befragen. Mehr als 14 000 Menschen starben, wurden massakriert, auch Kinder. Zwar war das Geschrei dann groß, als Rußland 2022 über eine völkerrechtlich zulässige Vorgehensweise militärische Gegenmaßnahmen beschloß und direkt in das Kampfgeschehen eingriff. Aber den deutschen Alltag änderte das nicht. Auch nicht die hemmungslose materielle und vor allem militärtechnische Unterstützung, die militärische Ausstattung mit Waffen und Kampfmitteln, die Ausbildung von ukrainischem Militär sowie der militärisch-informelle taktische und strategische Beistand Deutschlands bis hin zur Leitung und Führung von Teilen des militärischen Handelns führen nicht zu nennenswerter Beängstigung unter der Bevölkerung. Sie unterliegt zu großen Teilen den russophoben und antiputin-orientierten Medien und Politikern, geht ihnen auf den Leim.

Doch die Situation hat sich seit einigen Wochen in einschneidender Weise geändert. Offen wurde die Aufhebung der Einschränkung von gelieferten Waffen großer Reichweiten in deren Nutzung angesagt, und zwar durch die NATO-Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA. Dies stellt einen Qualitätssprung in der bisherigen Beteiligung am Krieg auf Seiten der Ukraine

gegen Rußland dar. Der konkrete Einsatz strategischer und operativ-taktischer Systeme mit großen Reichweiten ist stets verbunden mit der Nutzung der NATO-Systeme. Ohne diese ist der Einsatz derzeit nicht möglich! Der erste Abschuß einer Taurus-Rakete ist also der Startschuß zur offenen Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen Rußland. Genau das ist der Plan, den die neue Regierung als Eröffnungsgeschenk für die deutsche Bevölkerung beschlossen hat. Das wäre dann das Ende des sorglosen, unter teils geschlossenen Augen geführten Alltags der Bevölkerung. Es ist nicht anzunehmen, daß alsbald erkannt wird, daß der Feind im eigenen Land steht. Das Scheingefecht gegen die AfD sollte als Gefecht gegen die neue Regierungskoalition und den sie unterstützenden oder ihnen den Weg bereitenden Parlamentariern ausgerichtet werden. Die Regierung handelt weder nach den friedenspolitischen Verfassungsgrundsätzen, weder gemäß dem Amtseid noch nach den Gesetzen, respektive des Bundeshaushaltsgesetzes, das den Grundsatz der Notwendigkeit für Ausgaben vorschreibt (§ 6). Rüstungsausgaben können also schon nach Gesetzeslage nicht prozentual am BIP ausgerichtet werden. Denn Notwendiges zur Verteidigung kann man daraus nicht ableiten. Deutschland marschiert weiter direkt in das Zentrum des Krieges und wird noch viel mehr Schaden erleiden, als dies bis jetzt bereits geschah. Die Regierung bettelt förmlich um Zerstörung in Deutschland. Dann aber ist es wieder mal viel zu spät, aufzustehen.

Renato Lorenz, Berlin



DURCHBLICK

Wir kennen Eure Waffenrüstung,
Auch das Codewort „Friedenskleid“.
Zahm spielt Ihr die Antibrüstung,
Fast schon suizidbereit.

Kapital will Sicherheiten,
Garantierten Blitzgewinn.
Auf „Totalkrieg“ zuzureiten,
Drängen kopfkrank Lust und Sinn.

Rußland wieder einmal Schussland?
NATO-Wunschziel: Putins Stirn?
Vorsicht: Gegenwind und Treibsand!
Brüssel krank an Leck im Hirn.

Lutz Jahoda

Wie der Ukraine-Konflikt zum NATO-Rußland-Krieg wird

Zur militärpolitischen Lage im Ukrainekonflikt

Zehn Monate können die Streitkräfte der Ukraine (ukr.-SK) keine militärischen Erfolge mehr bei der Befreiung „ihrer“ Territorien nachweisen. Die Ukraine hat nicht nur die politisch motivierte Schlacht um die von ihr zeitweilig eroberten Kursker Gebiete unter großen Verlusten an Personal (ca. 75 000 kampferfahrene Soldaten) und Unmengen westlichen Materials verloren, sondern auch bereits Territorien auf ihrem eigenen Gebiet, weit über die erste Verteidigungslinie hinaus, und macht auch im Charkower Gebiet sowie im Süden und im Zentrum der Front zunehmende Geländeverluste. Die Ukraine sieht sich gezwungen, die Bewohner Sumys zu evakuieren. Ihre dennoch sporadisch durchgeführten Gegenangriffe, die die Rückeroberung russischer Territorien um Kursk, Belgorod und Brjansk zum Ziel haben, wurden von den Streitkräften der Russischen Föderation (SK RF) stets neutralisiert, wobei die Angreifer kampfkraftschwächende personelle Verluste erlitten, darunter auch eine große Anzahl westlicher Söldner (aus Polen, GB, Frankreich, Deutschland und den USA), die vernichtet oder gefangengenommen wurden. Rußland hat mehrere verbunkerte Führungsstäbe und NATO-Basen samt des dort anwesenden ukrainischen und westlichen Personals zerstört, viele der modernsten westlichen luft- und bodengestützten Luftverteidigungsmittel der Ukraine (darunter auch „Patriot-Komplexe“) außer Gefecht gesetzt und durch eine große Anzahl von massenhaften Drohnenangriffen einen hohen Verbrauch an teuren Abwehrraketen provoziert, der vom Westen (einschließlich Israels) kaum noch voll ersetzt werden kann. Eine nach der anderen der in zehn Jahren aufgebauten Festungen und anderer Verteidigungsstellungen an den gesamten Fronten werden durch russische Gleitbomben, kurz- und weitreichende bunkerbrechende Mittel, thermobare Werferraketen, Kampfdrohnen sowie durch spezielle Sturmgruppen außer Gefecht gesetzt, wodurch die russischen Streitkräfte im Herbst 2024 und im Frühjahr 2025 tausende Quadratkilometer Schritt für Schritt befreien konnten. Derzeit sind sie dabei, verstärkt und beschleunigt Angriffe auf weitere ukrainische Verteidigungsanlagen, Ortschaften und Städte in den Gebieten von Dnipro und Donezk sowie rund um die Großstädte Charkow, Sumy, Odessa und andere zu entfalten. Damit ist klar, daß es sich bei diesem Konflikt, der den Charakter eines nicht zu akzeptierenden blutigen und verlustreichen

Abnutzungskrieges besitzt, derzeit nicht um ein vom Westen suggeriertes Patt zwischen den Konfliktseiten handelt, was ein von Rußland nicht gewolltes Einfrieren des Konfliktes zur Folge hätte, sondern um Kampfhandlungen, die von beiden Seiten intensiv geführt werden und in denen nur die Russische Föderation (RF) immer größere Landgewinne verzeichnet. Der bekannte US-Militäranalyst Scott Ritter stellt fest, daß die Ukraine mit den in diesem Jahr unter großen Widerständen mobilisierten ca. 25 000 Mann und durch die in den NATO-Staaten und weltweit verstärkt angeworbenen Söldner deren personelle Verluste nicht vollständig auffüllen kann. Weil der Westen diese personelle Lücke nicht schließen will, beknet er die Ukraine zu der unpopulären Maßnahme, 18-Jährige einzuziehen. Im Gegensatz dazu hat die RF in diesem Jahr 75 000 Vertrags- und gezojene Soldaten mobilisieren können und ist neuerdings in der Lage, monatlich bis zu 40 000 gut ausgerüstete und ausgebildete Soldaten bereitzustellen (dazu könnten im Bedarfsfall noch größere Kontingente aus der DVRK kommen). Das selbstbestimmte und viel unabhängiger Rußland, so der österreichische Oberst Reisner, hat mit China, der DVRK und dem Iran die potenteren und zuverlässigeren Verbündeten.

Die derzeit stattfindenden Angriffsoperationen der RF-SK dienen außerdem der Vorbereitung der angekündigten Sommeroffensive vor Ort, die durch die neueste Intensivierung der terroristischen Anschläge der Ukraine auf die Kernwaffen-Triade und auf weitere Objekte der kritischen Infrastruktur der RF zu berechtigten und zu den zerstörerischsten Vergeltungsschlägen letzterer geführt hat.

In dieser Situation hat die RF kein Interesse an einem 30-tägigen Waffenstillstand ohne Beendigungsverhandlungen des Konfliktes, da ein solcher nur der Nachrüstung und der Stärkung der ukr.-SK dienen und somit zu einer Verlängerung und Eskalation des Krieges führen würde.

Die auf ihrem Territorium erfolglose Ukraine benötigt dringend positive Resultate, um damit die Entscheidungsträger der US-Administration, der NATO und der EU zu größeren Unterstützungsleistungen oder zu deren direkten Einstieg in diesen sich zu einem NATO-Krieg entwickelnden Konflikt zu bewegen, den sie alleine nicht erfolgreich führen kann. Selenskyj will damit auch das neonazistische Regime und sein Amt retten. Dieser Erfolgswang führte, besonders in den letzten Wochen, zur Durchführung von bereits in der Biden-Zeit geplanten und besonders durch GB unterstützten

Geheimdienstoperationen auf russische militärstrategische Flugplätze der Atom-bomberflotte und auf Atom-U-Boote der Kernwaffen-Triade (in Wladiwostok und auf Kamtschatka) u. a. militärische Objekte (Truppen- und Waffenansammlungen), auf die kritische Infrastruktur (Betriebe des MIK, Energieobjekte, Brücken und Transporteinrichtungen) sowie auf zivile Ziele (darunter auch Personenzüge) Rußlands. Alle diese Aktionen bringen der RF personelle und materielle Verluste, die zwar nur eine beschränkte Schwächung der RF hervorrufen, aber bisher kaum einen Einfluß auf das militärische Kräfteverhältnis im Ukraine-Konflikt haben.

Die RF erhielt durch diese von den Geheimdiensten der Ukraine, GB und den USA „geplanten, betreuten und gemeinsam durchgeführten“ terroristischen Anschläge – neben den sich aus der UN-Charta ergebenden Rechten zur Selbstverteidigung – die Berechtigung zur militärischen Bestrafung der ukrainischen und der verwickelten westlichen Unterstützer (2+4-Vertrag und die Feindstaatenregel).

Während die Trumpsche Administration ihre weiterhin erwiesene Hilfe mit den Beschlüssen der vorhergehenden Biden-Administration begründete, aber wenigstens eine Verringerung der Hilfen im Kongreß anstrebt, haben die ausführenden Organe des Landes oftmals im Sinne der noch im Apparat verbliebenen Neokonservativen gehandelt, ohne den Präsidenten umfassend zu informieren und einzubinden. Am 10.6.25 hat dann der US-Verteidigungsminister drastische Kürzungen der Ukraine-Hilfe im Repräsentantenhaus beantragt, und der Präsident hat verspätet, aber dennoch offiziell die Terrorangriffe gegen die atomare Triade der RF verurteilt und das Recht der RF auf Vergeltung gegen die Ukraine anerkannt. Als Begründung wurde dabei angegeben, daß die Ukraine und ihre Unterstützer mit ihren Anschlägen auf die russische Atom-Triade nicht nur die am 2.6.25 geplanten Verhandlungen mit der RF in Istanbul platzen lassen, sondern Rußland auch zu einem atomaren Antwortschlag provozieren wollten. Letzterer sollte dann den direkten Eintritt von USA, GB und EU in den Ukraine-Konflikt bewirken, der dadurch zu einem NATO-Rußland-Krieg werden würde.

Damit stellten sich Selenskyj und seine europäischen Unterstützer gegen die Absichten und Interessen der Trump-Administration, wodurch sie kaum noch mit der für die Weiterführung des Konfliktes notwendigen US-Hilfe (Geheimdienstinformationen, Satellitendaten und Hightech-Waffen)

in vollem Umfang rechnen können. Nach Trump haben sich die USA offiziell zu einer drastischen Verringerung der Ukrainehilfe bekannt, da das Land seine Prioritäten in Asien und im Nahen Osten sehen. Die US-Administration hat die Lieferung von 20 000 Luftverteidigungs- u. a. Raketen gestoppt und diese zu ihren Truppen im Nahen Osten umgeleitet, wohl wissend, daß Israel nach seinem Angriff am 12.6.25 auf die iranischen Atomanlagen und Raketbetriebe US-Hilfe bei der Abwehr der zu erwartenden Vergeltungsschläge Irans benötigen würde. In der Debatte zur Kürzung der Militärhilfe der Ukraine stehen die Abschaltung des für die Truppen- und Feuerführung der ukr.-SK notwendigen Starlink-Satelliten-Netzes, die Ausdünnung oder Unterbrechung der Geheimdienstinformationen und die Verringerung bzw. Verzögerung der Lieferung von Hightech-Waffen.

Rußland hat bereits nach reiflicher Überlegung am 4.6.25 damit begonnen,

Vergeltungsschläge zu führen und zwar nicht einen großen atomaren, sondern mehrere kleine konservative, aber gezielte, auf Führungszentren und Stäbe, auf Truppenansammlungen und Versorgungslinien westlicher Waffen u. a. Militärobjekte, sowie auf Betriebe des MIK und Energiesysteme in Kiew und andere Großstädte, die vornehmlich mit verschiedenen Drohnen und Iskander M-Raketen unter vernichtenden Beschuß genommen wurden. Es ist eine Lüge des Kiewer Regimes, daß die SK der RF vorrangig zivile Ziele angreifen. Es sind die Drohnen- und Raketensplitter, die u. a. beim Einsatz der eigenen und elektronisch unterdrückten Luftverteidigung entstehen, da die LV-Komplexe der Ukraine direkt in den Wohnzentren (als Menschenschilder) stationiert sind.

Die Situation rund um den Ukraine-Konflikt bzw. schon NATO-RF-Krieg ähnelt seitens der Ukraine und ihrer EU-Unterstützer der Hitlerdeutschlands 1945. Das Land ist weitgehend zerstört, es werden immer

jüngere Soldaten in den aussichtslosen Endkampf geschickt, die Lebensbedingungen der Bevölkerung sind unaushaltbar und zwingen viele Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Dennoch werden mit den begrenzten Ressourcen zerstörerische Terroraktionen mit sogenannten Wunderwaffen – heute Hightech-Waffen – nach faschistischem Vorbild organisiert und ausgeführt, in deren Folge es zu weiteren massenhaften Menschenverlusten und zur Zerstörung auch der letzten Lebensgrundlagen kommen wird. Die Verantwortung dafür tragen die Kriegstreiber des die Ukraine steuernden kollektiven Westens und das Regime Selenskyjs. Dieser sich in letzter Zeit auch von seinen Einflüsterern lösenden und auf niemanden hörenden verkiffte nazistische Schauspielpräsident tötet die Bürger und zerstört die Ukraine und wird, da er mit dem Rücken zur Wand steht, auch seine „Helfer“ mit in den Abgrund ziehen.

Oberst a. D. Gerhard Giese

Terror und Vergeltung – eine neue, noch bedrohlichere Etappe des Ukraine-Konflikts

Verfolgten und verfolgen die, insbesondere von den Geheimdiensten GB und den USA unterstützten, Terroranschläge der Ukraine auf die Kernwaffen-Triade und andere militärische sowie zivile Objekte der Russischen Föderation (RF) – neben der allgemeinen Schwächung der RF und deren atomare Fähigkeiten sowie der Verunsicherung der Bevölkerung – das Ziel, die NATO oder NATO-Staaten in den Krieg gegen Rußland hineinzuziehen?

Der „RotFuchs“ führte dazu ein Interview mit Genossen **Oberst a. D. Gerhard Giese**, um unseren Lesern alternative Informationen zur Lage, die in den Mainstreammedien nicht oder verfälscht dargestellt werden, zur Kenntnis zu bringen.

Handelt es sich bei den derzeitigen Terrorakten der Ukraine und des Westens um eine neue Kampfform im Ukraine-Konflikt?

Der Angriff auf die strategischen Bomber der RF war nicht der erste, der auf die russische Nuklear-Triade, die den USA schon lange ein Dorn im Auge ist, abzielte. So gab es im Herbst 2022 einen ukrainischen Drohnenangriff auf den Flugplatz mit strategischen Atombombern in Engels (der am 4.6.25. zum zweiten Mal, wieder erfolglos, angegriffen wurde). Später wurden mehrere überhorizontale Radare des Frühwarnsystems der RF, die dem Schutz der RF vor feindlichen Atomraketen dienten, angegriffen und teilweise zerstört. Danach folgte dann der mißglückte Angriff auf das AKW Kursk und im November 2024 kam es nach der Freigabe des Einsatzes

von ATACMS u. a. weitreichenden, meist westlichen, Raketen zu Angriffen auf russisches Gebiet. Die damaligen Terrorangriffe auf die Objekte der atomaren Triade der RF führten zur Anpassung der russischen Nukleardoktrin, die nun auch Länder einschloß, die zwar über keine Kernwaffen verfügten, aber gemeinsam mit Atommächten gegen die RF militärisch handelten (wie z. B. die Ukraine). Die RF hatte sich damals von einem Einsatz der Atomwaffen zurückgehalten, aber im weiteren Hyperschall-Oreschnik-Raketen (10 Mach) mittlerer Reichweite entwickelt, die zwar in ihrer Zerstörungskraft Atombomben gleichkommen, aber über keine radioaktive Strahlung verfügen. Davon konnten sich die Ukraine und der Westen bei einem zerstörerischen Flächenschlag mit einer solchen Rakete auf die ukrainische- und EU-Waffenschmiede „Jug Masch“ (Dnipro) überzeugen. Dank der immer stärker werdenden Luft-Kosmischen Verteidigung (LKV) der RF konnten die Auswirkungen der gegnerischen Drohnen- und Raketenangriffe geringgehalten und die bedrohten Feierlichkeiten aus Anlaß des 80. Jahrestages des Sieges über den Hitler-Faschismus mit vielen Staatenlenkern der Welt am 9.5.25 in Moskau erfolgreich geschützt werden.

Was hat es nun mit den Ende Mai-Anfang Juni 2025 durchgeführten Terrorakten der Ukraine auf sich?

Die Ukraine und ihre neokonservativen Unterstützer haben mit dem langjährigen Projekt „Spinnennetz“ versucht, mit

einem massiven Angriff auf fünf Standorte der strategischen Atombomber Rußlands mittels Drohnen, die von Trucks gestartet wurden, 40 dieser Bomber zu vernichten und damit ca. ein Drittel der strategischen Bomberflotte der RF zu zerstören. Es sollte das Pearl Harbor Rußlands werden und die strategischen Fähigkeiten des Landes erheblich einschränken. Mit zwei zerstörten sowie fünf beschädigten älteren Bombern des Typs Tu-95 und der Beschädigung von zwei Tu-22 M3, wobei die beschädigten Bomber reparabel sein sollen, fielen die durch die westlichen Medien hochgejubelten „Ergebnisse“, bei denen die Planzahlen von Selenskyj als Resultate ausgegeben wurden, mager aus, denn dadurch wurden weder das atomare Kräfteverhältnis in der Welt noch die Zweitschlagfähigkeiten und die militärischen Fähigkeiten der RF im Ukraine-Konflikt eingeschränkt (um solchen Desinformationen zu entgegen, scheint es zweckmäßig, zwei bis drei Tage abzuwarten und alternative Medien zur Meinungsbildung heranzuziehen). Übrigens waren die Anschläge nur an zwei Standorten „erfolgreich“. An einem dritten haben zwei belarussische Fernfahrer, die den Aufstieg der Drohnen aus einem Truck beobachteten, Steine in den Drohnentrack geworfen und so 27 Drohnen zerstört. Ein vierter wurde entdeckt und zerstört und ein fünfter konnte nicht in Funktion gebracht werden. Die RF hat zwar zur weiteren Risikovermeidung sofort mit der Ursachenanalyse begonnen und auch Maßnahmen zur Vermeidung solcher Ereignisse in der Zukunft

eingeleitet, aber zu den personellen Konsequenzen gab es kaum Informationen. Trumps Militärberater dürften festgestellt haben, daß Selenskyj und dessen NATO-Unterstützer (darunter auch Einrichtungen der USA) bei diesen Terroranschlägen die Schwachstelle der SALT-/START-Verträge gezielt ausnutzten, um genau die Bomber anzugreifen, die durch die SALT-II-Verträge (2021 durch Biden und Putin verlängert) einsichtbar abgestellt sind (aus dem gleichen Grund stehen auch die US-Bomber B-52 aufgedeckt auf den Abstellflächen). Diese ukrainischen truckgestützten Drohnenangriffe auf die Flugplätze der Atombomberflotte der RF, die wegen der notwendigen Sicherstellung der Kommunikation nur mit Hilfe der Geheimdienstinformationen von USA und GB und den US-Satellitendaten durchgeführt werden konnten, stellen einen weiteren westlichen Vertrauensbruch gegenüber der RF und auch der US-Administration dar. Sie sind der Beweis dafür, daß diese Kräfte – im Gegensatz zur RF – die letzte strategische Abrüstungsvereinbarung mit Rußland als entscheidungshemmend empfinden und deren Aufkündigung anstreben. Aber ohne solche begrenzenden Kontrolleinrichtungen entstünden die Bedingungen für ein neues sozial wie militärisch noch bedrohlicheres Wettrüsten, welches die Welt noch unsicherer machen und uns einem Raketen-KW-Krieg noch näherbringen würden. Ein solcher Krieg würde in der jetzigen Lage nicht auf Europa beschränkt bleiben, denn zu viele Länder aus mehreren Kontinenten sind bereits direkt oder indirekt in den Ukraine-Konflikt u. a. Konflikte verwickelt. Weiterhin wurden durch die ukrainischen Geheimdienste bisher bereits drei Eisenbahnbrücken zum Einsturz gebracht, wobei Teile einer zerstörten Brücke einen voll besetzten Personenzug unter sich begruben. Dabei kam es zu sieben Toten und 66 Verletzten. Auch die Kertsch-Brücke auf der Krim wurde in kurzer Zeit mehrfach angegriffen, blieb aber voll funktionstüchtig. Weiterhin gab es sogar einen Anschlag auf Putins Hubschrauber bei seinem Besuch im Atomkraftwerk Kursk, der aber für den Präsidenten keine Folgen hatte. Dazu kommt, daß wieder ein hoher russischer General ermordet wurde.

Welche Reaktionen gab es zu diesen fürchterlichen Terroranschlägen?

Zu den Zielen dieser „irregulären“ Angriffe der Ukraine äußerte sich der realistische US-Militäranalyst Colonel Douglas McGregor: „Es handelte sich dabei zunächst um einen Propaganda-Coup, mit welchem Selenskyj den westlichen ‚Helfern‘ und Geldgebern den Eindruck vermitteln will, daß die Ukraine noch in der Lage sei, den Krieg erfolgreich fortzusetzen und diesen auch, bei Unterstützung von USA und NATO, gewinnen zu können (d. A.: geäußert Anfang Juni von Selenskyj in Vilnius). Alles, was man dazu aus westlichen Medien hört, ist verfälscht oder stark

übertrieben. Wir haben uns selbst und unsere Beziehungen zu Moskau, weiter geschädigt.“

Der kollektive „Tiefe Staat“ (die antitrumpischen Neokonservativen mehrerer westlicher Länder) hat mit den Terrorakten, von denen Trump nichts gewußt haben will, deutlich gemacht, daß letzterer die Außenpolitik der USA nicht mehr voll kontrolliert. General Mike Flynn stellte dazu fest, daß „die Neokonservativen derzeit außerhalb der Kontrolle der gewählten Führung der USA länderübergreifend handeln und daß diese Personen Rußland bewußt und aus Eigeninteresse in eine militärische Konfrontation mit dem kollektiven Westen hineinprovozieren wollen.“

Unter Mißachtung der fortschrittlichen militärischen Fähigkeiten Rußlands soll letzteres mit immer höherem Druck dazu gezwungen werden, so der Trump-Berater Keith Kellogg, einen eingefrorenen Konflikt zu akzeptieren, damit die USA nicht in Zusammenhang mit einer Niederlage in der Ukraine gebracht werden können (was nach Medwedjew, Lawrow und Solowjow unrealistisch erscheint).

Welche militärischen Reaktionen hat es durch die RF auf die kriegseskalierenden Terroraktionen der Ukraine und deren Unterstützer gegen ihr Land gegeben?

Die Haupteinsatzgebiete der SK der RF in der Ukraine im Rahmen der Vergeltungsmaßnahmen waren u.a. folgende:

- In den westlichen Regionen der Ukraine wurden Militärbetriebe in Luzk und Ternopil erfolgreich mit Hyperschallwaffen und Kampfdrohnen angegriffen.
- In den zentralen Gebieten wurden Winnyzja, Schitomir, Kiew mit seinen Vororten, Tscherkassy und Tschernigow unter Drohnen- und Raketenbeschuß genommen, wobei die vorgesehenen Ziele verlustreich getroffen wurden.
- In der Schwarzmeerregion standen die Hafeninfrastruktur von Odessa und Betriebe des MIK sowie Nikolaev und die Insel Zmeiny unter vernichtendem Feuer.
- Im Norden – auf ukrainischem Territorium – gab es schwere Angriffe und Einschläge in und um Sumy, die zu großen personellen Verlusten und zu russischem Geländegewinnen führten.
- Besonders hervorzuheben ist der gewaltige Angriff auf das Öldepot und auf das Herz des MIK der Ukraine an der Grenze zur RF – Kommunar – in Charkow, welches am 7. Juni in die Luft flog.
- Es folgte ein kombinierter Raketen- und Drohnenangriff am 9. Juni auf einen Militärflugplatz in der Gegend von Dubno, der sowohl das Personal als auch die militärische Ausrüstung traf.
- Weiterhin gab es in der Nacht des 10. Juni Großangriffe auf Entscheidungszentren, Truppenansammlungen, Verteidigungsbetriebe Kiews und auf seine Vororte.

- Auch wurden vielerorts Führungsstäbe der Ukraine und der NATO, Objekte der Luftverteidigung, Treibstoff- und Energieanlagen, Lagerhäuser, Fabrikanlagen sowie Transportschwerpunkte und Brücken unter vernichtenden Beschuß genommen.
- Außerdem griff Rußland Gasplattformen im Schwarzen Meer an, von denen aus die Ukraine Über- und Unterwasserdrohnen auf die Krim startete.
- Bewußt wurden durch die SK der RF, im Gegensatz zur Ukraine, die gezielt auch zivile Ziele bekämpft, keine solchen angegriffen. Es entstanden jedoch Kollateralschäden unter der Bevölkerung, da die ukrainischen Streitkräfte ihre Abwehrwaffen direkt in die Wohnkomplexe verlegt haben.

Weitere Vergeltungsziele sehen die russischen Militärs für den Einsatz von Iskander M-, Kinshal- und Oreschnik-Raketen auf

- in- und ausländische Industriekomplexe in Dnepropetrowsk,
- das Panzerwerk im Nordosten (Charkow),
- die Airbase Stari Konstantinow (Flugplatz mit F 16 und MIK 29) sowie auf weitere ukrainische und NATO-Basen,
- das logistische ukrainische und NATO-Drehkreuz in Shitomir,
- Produktionsstätten und Montagewerke der Ukraine und der EU-Staaten (z.B. für Taurus),
- Produzenten, Entscheidungsstrukturen und Truppen in der Ukraine und im Ausland (Ramstein), die für den Einsatz von Angriffsmitteln gegen Rußland (z.B. Taurus) zuständig sind.

Könntest Du im Zusammenhang mit Deinen bisherigen Darlegungen zu den Terroranschlägen der Ukraine und deren „Helfer“ auf die RF und zu den Vergeltungsmaßnahmen Rußlands einige Aussagen zum Stand der Bedrohungen und der Verhandlungen zur Beendigung des Konfliktes machen?

Einen noch unverantwortlicheren und Rußland weiter provozierenden Terroranschlag als die bisher angeführten wollten die Ukraine und ihre westlichen „Helfer“ mit ihren neuen, aber bereits einsatzerprobten Unterwasser-Drohnen vom Typ „Tolonka 1000“ (GB/ Ukraine), die 5000 kg Sprengstoff über 2 000 km transportieren können und die mit zivilen Containerschiffen an den Einsatzort gebracht worden waren, gegen die Atom-U-Boote der KW-Triade und gegen die Pazifikflotte der RF im Fernen Osten (Kamtschatka und Wladiwostok), 7000 km von der Ukraine entfernt, durchführen, der aber zum Glück für den Fernen Osten der RF, für China, die DVRK, aber auch für andere asiatische Länder dieser Region, von den ukrainischen und den teilnehmenden westlichen Terroristen aus bisher unbekanntem Gründen nicht zum Einsatz gebracht werden konnte. Soweit zu den in westlichen Medien überschwänglich bejubelten atomkriegsfördernden „technologischen Hochleistungen“ der Ukraine und des Westens.

Selenskyj und seine neokonservativen „Helfer“ haben ihre Ziele, Rußland zu atomaren Antwortschlägen, die der Westen nicht unbeantwortet lassen könnte, zu provozieren und die Schwächung des Kernwaffenpotentials Rußlands und somit die atomare Zweitschlagfähigkeit des Landes, wodurch sich das atomare Gleichgewicht zu Gunsten des Westens hätte verändern können, nicht erreicht. Der ständig proklamierte, aber unverantwortliche Atomkrieg des Westens gegen Rußland, der nicht nur das Potential für einen regionalen, sondern auch eines Weltkriegs in sich trägt, da sich die DVRK und China, aber auch viele asiatische Länder

sich durch einen solchen Terroranschlag bedroht fühlen würden, ist dieses Mal noch ausgeblieben. Doch eine Garantie dafür, daß es nicht doch dazu kommt, könnte es nur geben, wenn der sich zu einem Krieg zwischen der NATO und Rußland entwickelnde gegenwärtige Konflikt in der Ukraine über Verhandlungen zu seiner Beendigung käme und wenn es wieder erneut regionale und weltweite Sicherheitsstrukturen sowie waffenbegrenzende Regelungen gäbe. Es scheint notwendig, dabei auch ein von Rußland vorgeschlagenes Memorandum für den Nichteinsatz von Mittelstreckenraketen in Europa (Deutschland) einzuschließen.

Die dritten Verhandlungen zwischen der RF und der Ukraine in Istanbul gingen (bis auf die Verständigung zu einem weiteren Gefangenen austausch) wie das Hornberger Schießen aus. Da beide Seiten auf ihren Maximalforderungen beharrten, konnten keine weiteren Verhandlungen dieses Formats vereinbart werden. Die USA wirkten dabei hilflos. Solange die NATO die Ukraine mit Waffen und Söldnern versorgt, wird der Konflikt bis zum letzten Ukrainer eskalieren und das alles, obwohl der Ukraine-Konflikt nach Aussagen vieler Militärexperten und Politiker bereits verloren ist (J. Baud, S. Ritter, D. McGregor, Oberst Reisner).

Was man in dieser Zeit blutiger Konflikte noch wissen sollte

Trump soll den Deal mit der Ukraine noch vor dem G7-Gipfel wegen der Verschiebung der Prioritäten nach Asien und in den Nahen Osten aufgekündigt haben. Die US-Administration soll die Lieferung von High-tech-Waffen und Luftverteidigungsmitteln sowie die weitere Finanzierung des Ukraine-Konflikts stark gekürzt und die für die Ukraine vorgesehenen Waffen in den Nahen Osten, wo der von Israel initiierte Krieg gegen den Iran gerade eskaliert, umgeleitet haben. Nach den Angriffen von über 200 Flugzeugen Israels auf die Atomanlagen, Raketenbetriebe sowie auf militärische Einrichtungen Irans, aber auch auf eines der größten Gas- und Ölzentren der Welt, welches für China von besonderer Bedeutung ist, nehmen die Antwortschläge der Iraner auf wichtige Ziele und auf die Großstädte Israels unerwartet schnell zu und das ungeachtet der Tötung der gesamten Führung der iranischen Streitkräfte. Die RF, China und die DVRK kamen sofort ihren zwischenstaatlichen Verpflichtungen nach und helfen dem Iran mit der Lieferung von Raketen, darunter auch Hyperschall-Raketen, z.B. FRK-S-500. Pakistan erweist dem Iran nicht nur starke militärische Hilfe, sondern bedrohte Israel damit, daß ihr Land beim Einsatz von Atomwaffen auf den Iran mit der atomaren Vernichtung rechnen muß. Die Folgen dieser partnerschaftlichen „Hilfe“ können auch Gegenangriffe auf Entscheidungszentren, Atomanlagen und weitere militärische Objekte, aber auch auf Israels Großstädte sein. „Die beste Luftverteidigung der Welt“ – der Iron Dome – und andere moderne LV-Systeme des Westens konnte den Mix aus ballistischen und Hyperschall-Raketen des Irans und der Huthis nicht voll abwehren und mußte wegen Übersättigung und Raketenmangel eine große Anzahl derselben durchlassen, die zu großen Zerstörungen führten. Der Iran akzeptiert keine von den USA geforderte Kapitulation. Nach den US-Angriffen am 22.6. auf drei Atomanlagen lehnt es

Verhandlungen zunächst ab. Diese US-Schläge zeigen an, daß sich Trump dem Willen der Neokonservativen in den USA, in der EU und in Israel gebeugt hat. Die USA sind dadurch, anstatt Verhandlungen anzustreben, in den Krieg Israel-Iran eingetreten und haben damit nicht nur den Iran angegriffen, sondern auch dessen Partner Rußland, China und Pakistan provoziert, die ebenfalls handfeste Interessen im Nahen Osten haben und die sich zur Hilfe des angegriffenen Landes verpflichtet fühlen. Damit hat der Westen in dieser Region die Büchse der Pandora geöffnet. Ob und auf welche Weise die Partnerländer die direkten und indirekten Angriffe des kollektiven Westens auf den Iran und das Kräfteverhältnisses reagieren werden, bleibt abzuwarten.

Wichtig zu erwähnen ist, daß es bei der Gratulation Putins zu Trumps Geburtstag zu einem intensiven Austausch über die Konflikte in der Welt kam. Dabei soll die vom US-Ukraine-Beauftragten Kellogg aus RF- und US-Vorschlägen entstandene Version, ohne Beachtung der unrealistischen Vorschläge Selenskyjs, Gegenstand gewesen sein. Danach soll die Ukraine „fünf Territorien an die RF abtreten, die militärische Neutralität ihres Landes anerkennen und alle weitreichenden Waffensysteme abbauen“. Dazu soll Putin, der bisher den Kontakt mit Selenskyj ablehnte, diesen zu direkten Gesprächen eingeladen haben. Von den bisher vollmundig für die Fortsetzung des Ukraine-Konflikts auftretenden Stammer, Macron und Merz ist dazu bisher nur Schweigen zu hören.

Den Rückenwind aus den USA ausnutzend, dehnt die RF ihre begonnene Sommer-Offensive aus und forciert ihre Befreiungsangriffe besonders in den Richtungen Sumy und Donezk. Erstmals wird dabei auch das Gebiet Dnipro mit starken Verbänden angegriffen. Die Rußland hat nicht nur seine Atomwaffen zu 95 % modernisiert, sondern bringt auch

immer mehr modernste Waffensysteme nicht nur in der Ukraine zum Einsatz. Es bereitet sich mit seinem hochgefahrenen MIK und durch die Bildung von Reserven auf eine mögliche Auseinandersetzung mit der NATO vor. Besonders hervorzuheben sind die Indienstellung der strategischen Waffensysteme „Burewestnik“ (dieses kann unbegrenzt und unbehelligt in der Luft sein und Ziele in der ganzen Welt mit großer Wirkung bekämpfen) sowie des unter Wasser und daher nicht sichtbaren Marinekomplexes „Poseidon“, der mehrere thermo-atomare Torpedos mit großem Vernichtungspotential an den Küsten der Welt zum Einsatz bringen kann. Haben die USA damit ihre waffentechnische Überlegenheit, die diese bisher zur Unterdrückung der Welt benutzte, verloren?

Die RF war aber nicht nur auf militärischem Gebiet aktiv, sondern schloß im Juni mit dem EU-Land Ungarn, aber auch mit Indonesien strategische Partnerschaften ab. Zudem bildete sie eine internationale Plattform „Allianz souveräner Nationen“, an der bisher Ungarn, Serbien, Bulgarien und sogar die Türkei und Italien Interesse zeigen sollen. Selbst Estland soll zu direkten Verhandlungen mit der RF bereit sein.

Rußland spricht nicht nur über die multipolare Welt, sondern macht Nägel mit Köpfen. Zu beachten sind auch die Vorschläge, die der Altwissenschaftler Karaganow zur Entwicklung Sibiriens (Sibisierung) unterbreitet, mit denen er sich besonders an die Jugend des Landes wendet. Rußland fand auch eine Lösung für die Sicherung des Arbeitskräftebedarfs und schloß tausende Arbeitsverträge mit der DVRK für den Einsatz von koreanischen Arbeitern in Sibirien ab. Trotz der blutigen Konflikte und Kriege befindet sich die Welt in Veränderung. Wie das St. Petersburger Forum zeigt, treten die neuen multipolaren Kräfte selbstbewußt für die Befriedung der Welt auf.

Oberst a.D. Gerhard Giese

„In blinder Wut töten“

Ältere Auflagen von Meyers Lexikon definieren „Amoklaufen“ als Töten „in blinder Wut“ und geben zur Überlegung, daß dieses vielleicht als eine „akute Geisteskrankheit“ aufzufassen sei. In einer Schule in Graz wurden am 10. Juni durch den Amoklauf eines Jugendlichen 11 Menschen getötet. Die politischen Eliten Österreichs, in die sich die Bürgermeisterin von Graz, Elke Kahr, erfreulicherweise nicht einreihet, zelebrieren, wenn Medien anwesend sind, ihre persönliche Anteilnahme. Wissenschaftliche Fachleute in Psychologie und Psychiatrie argumentieren im großen und ganzen in der Nachfolge von Sigmund Freud und auch von Stefan Zweig, der nach dem ersten Weltkrieg mit seiner im Deutschland der Faschisten verbotenen Meistererzählung „Der Amokläufer“ die durch bürgerliche Vorgaben verursachten Deformationen mit ihrem Zwang zur Nivellierung an einem Individuum aufgegriffen hat.

Mit dem Amoklauf in Graz finden zeitgleich staatliche Amokläufe mit massenhaften Tötungen statt, über die in Österreich nur wenig kolportiert wird. In dem in den österreichischen Medien totgeschwiegenen Statement vom 27. Mai 2025, also vierzehn Tage vor dem Grazer Amoklauf eines Individuums, hat Edouard Beigbeder, UNICEF-Direktor für den Nahen Osten und Nordafrika, über den anhaltenden Amoklauf des israelischen Militärs gegen die palästinensische Bevölkerung festgehalten:

„Innerhalb von 72 Stunden an einem Wochenende haben die Bilder von zwei grausamen Angriffen einmal mehr gezeigt, wie unbarmherzig dieser rücksichtslose Krieg gegen Kinder im Gaza-Streifen ist.

Am Freitag sahen wir Videos, auf denen die Leichen verbrannter und zerstückelter Kinder der Familie al-Najjar aus den Trümmern ihres Hauses in Khan Younis gezogen wurden. Von zehn Geschwistern unter 12 Jahren hat Berichten zufolge nur eines überlebt, allerdings mit schweren Verletzungen.

Am frühen Montag sahen wir Bilder von einem kleinen Kind, das in einer brennenden Schule in Gaza-Stadt eingeschlossen war. Bei diesem Angriff in den frühen Morgenstunden wurden Berichten zufolge mindestens 31 Menschen getötet, darunter 18 Kinder.

Diese Kinder – Leben, die niemals auf Zahlen reduziert werden sollten – sind nun Teil einer langen, erschütternden Liste unvorstellbarer Schrecken: die schweren Verstöße gegen Kinder, die Blockade von Hilfsgütern, der Hunger, die ständige Zwangsvertriebung und die Zerstörung von Krankenhäusern, Wassersystemen, Schulen und Häusern. Im Grunde genommen wird das Leben im Gazastreifen selbst zerstört.

Seit dem Ende des Waffenstillstands am 18. März sind Berichten zufolge 1 309 Kinder getötet und 3 738 verletzt worden. Insgesamt wurden seit Oktober 2023 mehr als 50 000 Kinder getötet oder verletzt. Wie



Die Grazer Oberbürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ)

viele tote Mädchen und Jungen braucht es noch? Wie viel Grauen muß noch geschehen, bevor die internationale Gemeinschaft ihren Einfluß geltend macht und mutige, entschlossene Maßnahmen ergreift, um diesem rücksichtslosen Töten von Kindern ein Ende zu setzen?“

In einem Statement des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) vom 10. Juni 2025 heißt es: „In den letzten zwei Wochen mußte das Feldkrankenhaus des Roten Kreuzes in Rafah zwölf Mal sein Verfahren für Massenanfälle von Verletzten aktivieren und eine große Anzahl von Patienten mit Schuß- und Schrapnellwunden aufnehmen. Die Zahl der in diesem Zeitraum aufgenommenen Patienten (933 Fälle, darunter 41, die bei der Ankunft für tot erklärt wurden) ist höher als die Zahl aller Massenanfälle in den zwölf Monaten zuvor zusammen. Die überwältigende Mehrheit der Patienten bei den jüngsten Vorfällen gab an, daß sie versucht hatten, Hilfslieferungen zu erreichen.“

Unsere politischen Eliten lassen die Opfer des israelischen Amoklaufes gegen das palästinensische Volk unberührt, sie schauen weg! Das Grazer Ereignis ist bedrückend. Desanka Maksimovic hat über den Tod von 400 Gymnasiasten infolge eines gezielten Amoklaufes deutscher Faschisten in dem etwa 700 km von Graz entfernten Kragujevac erschütternd geschrieben:

„Es ist geschehen und wahr, daß an einem Tag in einem Land auf dem bergigen Balkan, eine Schülerschar den Märtyrertod fand.

Alle geboren im selben Jahr, in der Schule die gleiche Freude und Plage, zu den gleichen Festlichkeiten geführt, zugleich gegen die selben Krankheiten geimpft und alle starben am selben Tag ...

Noch fünfzig Minuten bevor sie starben, saßen die Schüler in ihren Bänken, mußten Aufgaben lösen, denken.

Wie weit kommt ein Wanderer mit Begleiter, wenn er in fünf Stunden ... Er soll und so weiter...

Die Köpfe voll gleicher Zahlenreihen, und in Heften, in den Mappen viele sinnlose Einser und Dreier. Gestopft voll die Taschen mit gleichen Träumen von Heimatliebe und von Freunden, wie man als Schüler träumt im geheimen.

Und jeder glaubte, er hätte vor sich, noch endlos vor sich ein weites Feld, um endlich zu lösen alle Aufgaben der Welt.

Ganze Reihen von Jungen standen dann bereit, fassten sich an den Händen nach dem letzten Unterricht und liefen zum Erschießen, als berühre der Tod sie nicht.

Sie alle gingen ein zur selben Stunde in die Ewigkeit.

Es ist geschehen und wahr, daß an einem Tag in einem Land auf dem bergigen Balkan eine Schülerschar den Märtyrertod fand.“

Nachweis: Aussendungen der palästinensischen Botschaft; Gedicht von Desanka Maksimovic zitiert nach Zoran Konstantinovic: Deutsch-serbische Begegnungen. Überlegungen zur Geschichte der gegenseitigen Beziehungen zweier Völker. Edition Neue Wege 1997, S.132 f.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler
Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 14.6.2025

Drohnen schwärmen in Afrika aus

Noch vor zehn Jahren hatten die USA praktisch das Drohnen-Monopol unter Afrikas Himmel, um ihren Weltherrschaftsanspruch zu sichern: in Ostafrika vom Camp Lemmonier in Djibouti aus auf Somalias Al Shabab-Milizen, in Westafrika von Agadez in Niger aus auf djihadistische Führer – auch wenn sie in Libyen und Ägypten schon zum Einsatz kamen. Doch der Krieg in der Ukraine hat die weltweite Verbreitung unbemannter Waffensysteme beschleunigt. Und auch in Afrika ist die Nachfrage gestiegen: in Nigeria, Algerien, Äthiopien und Marokko. Heute werden Drohnen von Armeen in knapp 20 afrikanischen Ländern eingesetzt.

Zusammenfassend lassen sich in Afrika vier Trends beobachten:

- Als erstes die friedensgefährdende, weil destabilisierende Beschleunigung des Tempos bei der Beschaffung und des Einsatzes von militärischen low-cost-Drohnen.
- Zweitens ist der verstärkte Einsatz durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen zu nennen – nur das nördliche und südliche Afrika scheinen davon (noch?) unberührt.
- Drittens erweitern Mittelmächte wie die Türkei und arabische Staaten – die Multipolarität ausnutzend – asymmetrisch ihren Einfluß in Afrika über das Drohnengeschäft.
- Viertens versuchen afrikanische Länder wie Südafrika und Nigeria, ihre eigenen Produktionskapazitäten zu entwickeln. Kleine kommerzielle Drohnen werden modifiziert und in taktische Operationen (auch zivilen Charakters) integriert.

Im letzten Jahr fielen schon 1176 Afrikaner den 484 militärischen Drohneneinsätzen zum Opfer, ein steiler Anstieg seit 2022, wie das dem US-Verteidigungsministerium unterstellte *Africa Center for Strategic Studies* berichtete. Im Jahr 2021 seien es noch 155 Tote gewesen, die in 24 Einsätzen umgebracht wurden. Dreiundneunzig Prozent der Drohnenangriffe waren auf sechs Länder konzentriert: im Sudan, in Äthiopien, in Burkina Faso, in Mali und in Somalia.

Die britische NGO „Drone wars UK“ hat in ihrem im März erschienen Report „Tod auf Bestellung. Drohnenverbreitung und zivile Schäden in Afrika“ die afrikanischen Länderregierungen aufgelistet. Im Folgenden kurz zusammengefaßt:

Bereits 2015 beschaffte sich die nigerianische Regierung chinesische Drohnen (Wing Loong I+II), um dann ab Herbst 2017 die islamistische Boko Haram zu bekämpfen. 2022 folgte die türkische Bayraktar TB2. Der „Etat islamique en Afrique de

l'Quest (EIASO) nutzt Drohnen, um die nigerianische Armee auszuspähen und um Propaganda-Videos zu drehen.

In Libyen bekämpfte ab 2019 die Regierung „National Accord“ (GNA) in Tripolis die in Tobruk sitzende LNA (Libyen National Armee) mit türkischen Drohnen, während General Haftars LNA chinesische Drohnen (über die Vereinigten Arabischen Emirate UAE) verwendete.

Zum ersten Mal setzte die äthiopische Armee 2021 im Bürgerkrieg gegen die secessionistische Tigray Drohnen aus China, Türkei und Iran ein und gewann mit ihrer Hilfe Oberhand selbst in dem bergigen unzugänglichen Gelände.

Seit 2021 nähert sich Somalia politisch der Türkei an. Die Türkei verneint Drohnenlieferungen an die somalische Regierung, aber die türkischen Streitkräfte in Somalia besitzen die Bayraktar TB2.

Seit Marokkos Anerkennung Israels gibt auch die USA ihren Segen für die Einverleibung Westsaharas in Groß-Marokko. Im schwelenden Befreiungskrieg ermordete die marokkanische Armee im April 2021 mit einer Drohne einen Polisario-Kommandanten und füllte 2022 ihr Arsenal mit Bayraktar TB2 auf, vor allem zur Überwachung, aber auch mit Blick auf Algerien.

Auch in Burkina Faso und Mali sind ab 2022 Akquisitionen der Streitkräfte von türkischen Drohnen zur Bekämpfung der islamistischen Terrorgruppen dokumentiert. Seit 2015 sind Tausende dem djihadistischen Terror zum Opfer gefallen und eine Million vertrieben. Im Jahr 2021 kaufte Burkina Faso türkische Afsat, landgestützte Minenräumdrohnen. In Burkina Faso hat der djihadistische Aufruhr im Prinzip das gesamte Staatsgebiet erfaßt. Gemäß dem „Global Terrorism Index 2025“ überschreitet die Anzahl der Toten die 25 000-Marke.

Aufgrund ihres relativ geringen Preises (Herstellungskosten einer Shahed-Kampfdrohne iranischer Produktion nur 20 000 Dollar, kleinere panzerbrechende bereits für 450 Dollar) und relativ einfachen Benutzung sind Drohnen auch für bewaffnete Gruppen auf dem kommerziellen Markt verfügbar. Angesichts der aktuellen Budgetkürzungen im US-amerikanischen Haushalt für CIA und Pentagon ein nicht unerheblicher Faktor – allerdings lassen sich alternative „Sponsoren“ finden, die Aufstände wie in Mali oder „Befreiungsbewegungen“ wie in Niger finanzieren.

Die AZAWAD-Rebellen setzen moderne Drohnen in Nordmali ein, schreibt die Website „Military Africa“. Im Juli 2024 hatten in Tinzaouatène die malischen Streitkräfte FAMA mit russischen Soldaten einen schweren Rückschlag erlitten. Die

Tuareg-Rebellen CSP der separatistischen AZAWAD und die islamistische JNIM hatten mit einer Drohne den Überfall vorbereitet und durchgeführt. Sozusagen als Antwort wurde das Dorf mit einer Drohne bombardiert und 21 Menschen getötet.

Niger stattete im Juli 2024 einer bedeutenden türkischen Delegation mit dem Verteidigungs- und Energieminister, dem Geheimdienstchef und Vertretern der Militärindustrie einen Gegenbesuch nach der Visite des nigrischen Premierministers in Ankara einige Monate zuvor, ab. Auch wenn nähere Infos fehlen, geht es offensichtlich darum, die mit knapp 2000 km längste Pipeline Afrikas von Nigers Ölfeld Agadem zum Ölhafen in Benin vor Sabotage und terroristischen Überfällen zu schützen. Drohnen sind allemal effizienter, schneller und billiger als die aufwändige Unterhaltung der angekündigten zehntausend Mann starken „force de protection“ (Schutztruppe) der nigrischen Armee.

Im Sudan ist durch den massiven Einsatz von Drohnen keine Stadt mehr sicher, gerät der Krieg in eine neue Dimension. Die sudanesishe Luftwaffe steht loyal zur offiziellen Führung des Landes, die rebellierende paramilitärische Miliz FSR unter General Mohammed Hamdan Gaglo alias „Hemeti“ glich das Manko aus mit Drohnen, geliefert über die Vereinigten Arabischen Emirate.

Nicht nur Weltmächte, selbst kleine Inselstaaten liefern sich ein Wettrennen um die Anschaffung und den Einsatz von Drohnen. In Zeiten, in denen der Grundsatz vergessen scheint, in Krisengebiete keine Waffen zu exportieren, destabilisiert die Expansion von Drohnen die Beziehungen auch in Afrika. Gerade auf dem afrikanischen Kontinent, auf dem Dutzende von Grenzkonflikten einer Lösung bedürfen und die Konkurrenz um Seltene Erden und Investitionen durch Zoll-Diktate des US-Präsidenten schärfer wird. Der panafrikanische Zusammenhalt und die African Peace Facility der Afrikanischen Union allein kann eine internationale Regulierung nicht ersetzen.

Thomas Sankara Warnung scheint vergessen: Der legendäre Revolutionär, Präsident von Burkina Faso, hatte in seiner letzten Rede gemahnt, „den Teufel zu tun, uns durch den Kauf von Waffen zu verschulden“.¹

Georges Hallermayer

1 Thomas Sankara: „Die Ideen sterben nicht“, hrsg. von Eric Van Grasdorff, Thea Kulla, Nicolai Röscher, 2016, S. 219

Konflikt im Himalaya (Teil II und Schluß)

Indien reagierte mit chauvinistischer Rhetorik auf Pahalgam und demonstrierte eiserne Entschlossenheit. Ohne den geringsten Beweis vorzulegen, beschuldigte Modi sofort die pakistanische Regierung mit dem Anschlag in Verbindung zu stehen und verhängte harte Strafen. Die indische Vergeltungsoperation Sindoor vom 7. bis 10. Mai ist eine Abkehr von den Auseinandersetzungen um Kashmir der Jahre 1999 und 2016, bei denen es nur zu Schußwechseln an der Kontroll-Linie LoC kam. 2019, nach dem Anschlag von Pulwa bei dem 40 indische Sicherheitskräfte getötet wurden, flog die indische Luftwaffe zum ersten Mal Angriffe in pakistanisches Gebiet und griff dort Terrorlager an. 2025 aber waren alle Teilstreitkräfte, Armee, Marine und Luftwaffe am Angriff auf Pakistan beteiligt. Indien hat die Meßlatte nochmals höher gelegt. In der Nacht zum 10. Mai griff Indien drei Luftwaffenstützpunkte an, darunter in Karatschi, Lahore und Rawalpindi, die Partnerstadt von Islamabad, in der sich das Hauptquartier der pakistanischen Armee befindet. Pakistan reagierte mit der Operation Bunyan Ul Marsoos und griff indische Militärziele an. Noch am selben Tag wurde ein Waffenstillstand verkündet, nachdem die USA eilige Vermittlungsversuche unternommen hatte.

Terrorismus auf beiden Seiten

Pakistan hat unbestreitbar ein Terrorismusproblem. Als 1978 die Volkspartei die Macht in Afghanistan übernommen hatte, fanden die Amis es eine gute Idee, Afghanistan mit Hilfe von Jihadisten (Mudschahedin) zu destabilisieren. Osama Bin Laden, angeheuert vom saudischen Geheimdienst und unterstützt von den USA, war eine der zentralen Figuren bei der Anwerbung, Ausbildung und Entsendung sowjetfeindlicher, antikommunistischer Islamisten nach Afghanistan. Die Mudschahedin wurden vom pakistanischen Geheimdienst ISI unterstützt, zu dem Bin Laden gute Beziehungen pflegte. Es steht außer Zweifel, daß der ISI fundamentalistische Gruppen unterstützte, wie weit das heute noch geschieht und ob die ISI die Aktivitäten dieser Gruppen kontrollieren kann, ist unklar.

Die Mudschahedin, die Politik mit Religion gleichsetzen, kamen aus unterschiedlichen Ländern und ideologischen Fraktionen nach Pakistan. Peschawar, wo Bin Laden inzwischen lebte, wurde zur Hauptstadt des internationalen Terrorismus. 1979 besetzte die Sowjetunion Afghanistan, wurde aber von den Mudschahedin besiegt und zog sich 1989 wieder aus dem Land zurück. 1992 eroberten die Mudschahedin Kabul und setzten die Regierung ab. Inzwischen hatten sich in Pakistan die Taliban, die sich

auf Koranschulen stützten, etabliert und neue Gotteskrieger ausgebildet. Die Taliban übernahmen 1996 die Macht von den Mudschahedin.

Die bedeutendsten Terrorgruppen in Pakistan sind die Tehreek-i-Taliban Pakistan (TTP) und die Belutschistan Liberation Front. Eine lokale Terrororganisation in Kashmir, die Resistance Front (TRF), hinter der Indien die pakistanische Terrorgruppe Laschkar-e-Taiba vermutet, hatte sich zum Anschlag in Pahalgam bekannt.

Aber auch Indien kann sich nicht vom Vorwurf des Terrorismus reinwaschen. Modis BJP mit seiner rassistischen Hindutva-Ideologie hat die im Lande ansässigen Muslime im Visier und möchte sie am liebsten ganz aus Indien vertreiben. Der letzte Wahlkampf der BJP war von verbalen Angriffen, Drohungen und physischer Gewalt gegen die Muslime durchwachsen. Es wurden Moscheen abgerissen und Hindutempel auf den Ruinen errichtet, die dann, wie in Ayodhya, von Modi persönlich eingeweiht wurden. Ein Staatsbürgerschaftsgesetz diskriminiert Menschen muslimischen Glaubens. Die BJP unterstützt Straffreiheit für die Täter bei tödlichen Angriffen auf Muslime, radikale hinduistische Mönche hetzen gegen Muslime und bezeichnen sie als Verschwörer im Krieg gegen die Hindus und den indischen Staat. Im Gegenzug zu Indiens Anschuldigungen bezichtigt Pakistan Indien, Terroristen zu unterstützen. Als am 30. Mai in Belutschistan ein Bezirksbeamter von Terroristen bei einem Anschlag getötet wurde, hieß es aus pakistanischen Regierungskreisen, daß „von Indien unterstützte Stellvertreter im Namen (Indiens)“ die Tat begangen hätten.

Indien verbindet Terror mit Wasser

Zu den zahlreichen Maßnahmen, die Indien gegen Pakistan ergriffen hat (siehe Teil I, RF Juni 2025 S. 27), gehört auch die Aussetzung des Indus-Wasservertrages. Der IWT ist ein 1960 geschlossenes Abkommen zwischen Indien und Pakistan, das die Wassernutzung des Indus und seiner Nebenflüsse regelt. Pakistan setzte das Shimla-Abkommen von 1972 aus, das die Grundlage für die Beziehungen beider Staaten bildet, den Verlauf der LoC regelt und beide Staaten dazu verpflichtet, ihre Meinungsverschiedenheiten friedlich beizulegen. Mit dem IWT und dem Shimla-Abkommen sind die beiden wichtigsten Verträge zwischen beiden Staaten ausgesetzt. Der IWT hat keine Laufzeitbegrenzung, ist nicht einseitig kündbar und darf auch nicht ohne gegenseitige Zustimmung abgeändert werden. Indien handelt also vertragswidrig. Indien beansprucht schon seit einiger Zeit einen größeren Teil des Induswassers für sich. Seit 2023 fordert Indien eine Neuverhandlung

des IWT, was Pakistan ablehnt. Indien möchte einen Kanal am Chenab verlängern, wodurch mehr Wasser umgeleitet würde, und will dort Wasserkraftwerke bauen.

Kann Indien Pakistan das Wasser ganz abdrehen? Nein. Das Indus-System entspringt in Tibet und fließt durch den Norden Indiens und den Osten und Südosten Pakistans ins Arabische Meer. Der Indus und seine Zuflüsse Jhelun und Chenab sind riesige Flüsse. Wenn im Sommer der Schnee schmilzt, führen sie Milliarden Kubikmeter Wasser. Indien verfügt über einige Staudämme flußaufwärts, aber die können solche Wassermengen nicht zurückzuhalten. Selbst wenn Indien die Infrastruktur hierzu hätte, was nicht der Fall ist, könnte Indien die Wassermenge nicht aufhalten, ohne die eigenen Oberlaufgebiete zu überfluten. Der Bau großer Staudämme oder Umleitungsprojekte dauert Jahre. Nur in der Trockenzeit könnte Indien derzeit den Zeitpunkt der Abflüsse verschieben, was allein aber schon eine Gefahr für die Ernte flußabwärts darstellt, die von vorhersehbaren Abflusssmengen abhängt. Der Indus speist auch Wasserkraftwerke, die Stromversorgung ist demnach auch involviert. Als Partner des IWT hat Indien das Recht, den Indus und seine westlichen Zuflüsse für Wasserkraft und Bewässerung zu nutzen, darf jedoch deren Wasser nicht in einem Ausmaß verwenden, das den Zugang flußabwärts beeinträchtigt. Es gibt eine ständige Indus-Kommission mit einem Kommissar aus jedem Land für den Datenaustausch und die Prüfung neuer Projekte. Mit der Aussetzung des IWT schafft Indien einen Präzedenzfall. Scheinbar hat Modi vor, die Durchführung von Projekten an den Flüssen Chenab, Jhelum und Indus zu beschleunigen. Pakistan hat erklärt, daß es jeden Versuch, neue Speicher an den Flüssen zu errichten, als Kriegshandlung betrachtet. Indiens Reduzierung der Wasserversorgung Pakistans könnte zu einem nuklearen Wasserkrieg führen. Auch um das Wasser des Mekong gibt es Rivalitäten unter den Staaten in Südostasien. Wenn Indien Pakistan ungestraft das Wasser abdrehen darf, hat jeder Oberlaufstaat damit freie Hand, dasselbe zu tun.

Unzufriedene Bevölkerungen

Ein Krieg richtet sich nicht nur gegen den äußeren Feind, er dient den Machteliten dazu, die Wut der Bevölkerung auf einen äußeren Feind zu leiten, um ihre innere Macht zu stabilisieren. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung inmitten der weltweiten Wirtschaftskrise wächst sowohl in Indien als auch in Pakistan.

Die indische Gewerkschaftsplattform CTU organisierte am 20. Mai landesweite

Kundgebungen, um die Rücknahme der arbeiterfeindlichen Arbeitsgesetze zu fordern. Die Kundgebungen sprachen sich gegen einen Krieg zwischen Indien und Pakistan aus und forderten eine Deeskalation. Die Regierung nutze die „kriegsähnliche Lage, um die Forderungen der Arbeiter zu unterdrücken“. Auch die Bauern sind auf die Regierung Modi schlecht zu sprechen, sie leiden unter zunehmender Verarmung durch Indiens neoliberalen Wirtschaftspolitik. Viele stecken in der Schuldenfalle. Die Bauernverbände fordern einen garantierten Mindestpreis für ihre Feldfrüchte, eine Senkung der Betriebsmittelkosten, den Erlaß von Kreditschulden und eine Senkung der Energiepreise. Anfang dieses Jahres wurde die Protestkampagne der Bauern neu aufgenommen. Ein landesweiter Generalstreik der Gewerkschaften, an dem sich auch die Bauernverbände beteiligen wollen, ist auf den 9. Juli angesetzt. In Pakistan ist die Ernährungsicherheit besorgniserregend. Die Subsistenzbauern sitzen in der Schuldenfalle. In den Provinzen Belutschistan und Khyber Pakhtunkhwa herrscht akute Unterernährung, gepaart mit Durchfallerkrankungen. Hinzu kommen regelmäßige Terroranschläge. Die Popularität der pakistanischen Armee sank 2023, nach der Verhaftung von Regierungschef Imran Khan und nach manipulierten Wahlen 2024, erheblich.

Die tiefere Ursache des Konflikts ist der neoliberale Kapitalismus in seiner weltweiten Krise. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, arbeiterfeindliche Regierungen zu unterstützen. Es sind die Arbeiter und Bauern Indiens und Pakistans, die die Kosten des Krieges zu tragen haben. Die letzte Zuflucht der Herrschenden, wenn sie sonst keinen Ausweg finden, ist das Rühren der

Patriotismustrommel, was auf beide Seiten zutrifft. Modis hindu-nationalistische BJP rührt sie jedoch bei weitem am lautesten. (vgl. „RotFuchs“, Dez. 2023, S.22). Unter Berufung auf erhöhte Sicherheitsbedrohungen erwägt Pakistan eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 18 %.

Indien und Pakistan in einer Ära fragiler Abschreckung

Dem Waffenstillstand am 10. Mai ging eine militärische Eskalation voraus, in der Pakistan und Indien Raketen auf die Luftwaffenstützpunkte des jeweils anderen abgefeuert und sie mit Drohnen und Jagdflugzeugen angegriffen haben. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig, Terroristen gegen ihren Staat zu unterstützen. Sie haben gegenseitig Militärstützpunkte in einem Gebiet angegriffen, das weit über Kaschmir hinausreicht, so daß der Konflikt drohte, sich auf die ganze Region auszuweiten. Indien scheint bereit, in Zukunft auf jede Form von Terrorismus, der seiner Meinung nach von pakistanischem Boden ausgeht, militärisch zu antworten.

Seit den Atomtests im Jahr 1998, als Pakistan sechs und Indien zwei Atomtests durchführten, herrscht zwischen Indien und Pakistan ein System der nuklearen Abschreckung, ein Gleichgewicht, in dem Feindseligkeiten kontrolliert und außerhalb der Eskalationsschwelle blieben. Die aktuelle Krise stellt das Modell in Frage. In einer Zeit, wo weltweit zunehmend das Recht des Stärkeren das Völkerrecht ersetzt, wo völkerrechtswidrige Agriffe auf andere Staaten ungesühnt bleiben, wo die Welt achselzuckend zuschaut, wie Israel in Gaza Völkermord begeht, ist ein Rückgang an Zurückhaltung nicht verwunderlich. Es

war das erste Mal, daß beide Länder einen kontaktlosen Krieg gegeneinander führten. Die Entscheidung der indischen Regierung, die Feindseligkeiten durch einen Angriff auf das pakistanische Festland zu eskalieren, war gefährlich und provokativ. Der Konflikt ist das Ergebnis einer Politik von Starrköpfen, die sich nicht einigen wollen und sich gegenseitig aller möglichen Untaten beschuldigen. Das wenigste, was die Welt derzeit gebrauchen kann, ist ein neuer Krieg zwischen zwei Atomächten. Der Streit ist längst nicht beigelegt und kann jederzeit erneut losbrechen. Trotz Waffenstillstand schüren beide Regierungen weiterhin die Kriegsstimmung in ihren Ländern. Modi hat erklärt, es gäbe keine normalen diplomatischen Beziehungen zu Pakistan. Er würde nur noch über die „Rückgabe Kashmirs“ verhandeln. Auch die Frage des Indus-Wasservertrages steht noch im Raum, was weiterhin den Frieden in der Region gefährdet.

Bei einem fairen Referendum würde sich die überwiegende Mehrheit im indisch verwalteten Kaschmir, sowohl die dort ansässigen Muslime als auch die Hindus, für eine Autonomie aussprechen. Indien verweigert ihnen aber kategorisch jedes Selbstbestimmungsrecht. Zudem scheint Indien immer noch entschlossen, Pakistan das Wasser abzudrehen. Die Frage des Terrorismus kann nur durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelöst werden. Bis jetzt aber scheint sich jede Partei noch über einen Anschlag zu freuen, der den Gegner trifft. Besonders Indien zeigt sich zur Zeit wenig dialogbereit und will auch keine Vermittlung durch äußere Akteure.

Der Konflikt wird wieder aufflammen, wenn seine Ursachen nicht angegangen werden.

KLJ

Stoppt den Krieg gegen Iran!

Erklärung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu den Angriffen Israels

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) protestiert scharf gegen den Krieg Israels gegen den Iran. In der Nacht zum Freitag hat das israelische Militär mit massiven Luftschlägen begonnen. Laut Medienberichten waren etwa 200 Kampfflugzeuge im Einsatz. Sie bombardierten mehr als 100 Ziele, darunter Wohngebiete und zivile nukleare Anlagen. Dabei wurden auch gezielt Wissenschaftler getötet. US-Präsident Donald Trump bestätigte, daß er schon vor dem Angriff von den Plänen wusste. Nach Angaben des „Spiegel“ war auch Bundeskanzler Friedrich Merz vorab informiert worden. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu sprach von einem „Eröffnungsschlag“, dem weitere Angriffe folgen sollen.

„Es handelt sich um einen verbrecherischen Überfall, bei dem durch die Angriffe auf

nukleare Anlagen auch enorme Gefahren für die Menschen in der gesamten Region in Kauf genommen werden“, so Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. „Verbrecherisch ist auch die Komplizenschaft der deutschen Regierung, die diesen Krieg ebenso wie den anhaltenden Völkermord in Gaza mit Waffenlieferungen unterstützt.“

Die DKP verurteilt außerdem die Reaktionen in der deutschen Medienlandschaft, die sich zum großen Teil an den Begriffen der israelischen Kriegspropaganda entlanghangeln. „Da wird von einem ‚Präventivschlag‘ geredet. Wieder einmal zeigt sich, daß die sogenannte ‚Staatsräson‘ zur Rechtfertigung jeglicher Verbrechen herangezogen wird, die die israelische Regierung in den Diensten des Imperialismus begeht“, so Köbele.

Doch diese Form der Propaganda stößt an ihre Grenzen. „Inzwischen merkt es doch jeder: Die NATO und ihre Verbündeten reden nur dann vom Völkerrecht, wenn es in ihre geopolitischen Interessen paßt. Wird über Feinde wie Rußland berichtet, dann kann nicht oft genug von ‚völkerrechtswidrigen Angriffskriegen‘ gefaselt werden. Geht es um Israel, dann wird auch das Bombardieren von Krankenhäusern, das Aushungern von hunderttausenden Palästinensern in Gaza oder der nun erfolgte Angriff auf Atomanlagen im Iran zur ‚Selbstverteidigung‘ erklärt.“

Stoppt die Waffenlieferungen und die Komplizenschaft Deutschlands!

Die DKP ruft zu Protesten gegen die Kriegs- und Völkermordpolitik der israelischen Regierung auf. Eure „Staatsräson“, ohne uns!

Essen, 13. Juni 2025

Pakistan: Für das Selbstbestimmungsrecht der Belutschen

Geburtsstunde und Geburtshelfer des Belutschistan-Konfliktes

Das heutige Belutschistan gehörte bis 1893 zu Afghanistan. Die damalige afghanische Grenze zu Britisch-Indien lag am Westufer des Flusses *Indus*. Um den Russen den Weg zum „warmen Wasser“ zu sperren, so das ewige britische Märchen, das bis heute wie eine tibetanische Gebetsmühle wiederholt wird, bot die britische Kolonialmacht dem damaligen afghanischen König Amir Abdul Rahman (1880–1901) Zuckerbrot und Peitsche. Sie setzten ihn zum einen unter militärischen Druck und zum anderen bot man an, ihm jährlich 120 000 Britische Pfund Subsidien zu zahlen, wenn er bereit wäre, mit der Kolonialmacht einen Vertrag zu schließen. Die Briten erzwangen die Zustimmung des afghanischen Herrschers zum Durand-Vertrag (genannt nach dem britischen Unterhändler Sir Mortimer Durand) vom 12. November 1893. Daraufhin wurde dem afghanischen Despoten eine Erhöhung der Subsidien auf 160 000 Pfund versprochen. Außenpolitisch erhielt das Land am Hindukusch den Status eines britischen Protektorats. Durch dieses koloniale Diktat verlor Afghanistan den Zugang zum Indischen Ozean mit gravierenden ökonomischen und politischen Folgen sowie einen großen Teil seines Territoriums am Khaibar-Paß, wozu auch das heutige Belutschistan gehörte.

Nachdem Indien 1947 von den Briten in die Unabhängigkeit entlassen worden war, bzw. diese erkämpft hatte, entstanden auf dem indischen Subkontinent zwei unabhängige Staaten, die Republik Indien und die Islamische Republik Pakistan. Das im Rahmen des Durand-Vertrages annektierte Territorium Afghanistans (inkl. Belutschistan) wurde den Pakistanis geschenkt. Das war die Geburtsstunde des Belutschistan-Konfliktes, der seit 78 Jahren andauert.

Pakistan, der neue Besatzer Belutschistans?

Als die britische Kolonialmacht den indischen Subkontinent verließ, wurden den ehemaligen Kollaborateuren aus der Region Punjab, u. a. dem Bhutto- und Sharif-Clan, auf dem neu entstandenen Separatstaat Pakistan, riesige Ländereien sowie industrielle Infrastruktur geschenkt und der punjabischen Militärelite die Macht übertragen. Es begann ein faktisch innerer Kolonialismus mit allen bekannten Erscheinungen. Während die punjabischen Städte „verwestlicht“ wurden, blieben in den westlichen Teilen des Landes an der Grenze zu Afghanistan, darunter Belutschistan, die vorfeudalen und feudalen Verhältnisse bestehen. Obwohl Belutschistan, so groß wie Deutschland, mit knapp 350 000

Quadratkilometer die größte der vier Provinzen des Landes ist und über wichtige Bodenschätze verfügt, hat die Zentralregierung zwar Interesse daran, diese zu erschließen, aber nicht, um damit zur Entwicklung dieser Provinz beizutragen. Der einzige Rohstoff, der leicht auszubeuten ist und für die Wirtschaft Pakistans große Bedeutung hat, ist das belutschische Erdgas, das in andere Provinzen transportiert wird. Die übrigen Industriezweige sind extrem unterentwickelt. Die Menschen leben dort von der Landwirtschaft. Das Wohlstands- und Bildungsniveau in der abgelegenen und schwer zugänglichen Provinz gilt als unterdurchschnittlich. Die Alphabetisierungsrate in den Jahren 2014/15 bei der Bevölkerung ab 10 Jahren lag bei 44 % (Frauen: 25 %, Männer: 61 %) und war damit die niedrigste unter den vier Provinzen Pakistans.

Zum Vergleich: Die Alphabetisierungsrate im Punjab, wo die herrschende Elite Pakistans herkommt, ist in den letzten 40 Jahren stark angestiegen. Die Alphabetisierungsrate liegt bei 66,3 %. (Frauen: 55 %, Männer: 71 %) und ist damit die höchste unter den vier Provinzen Pakistans. Punjab hat nach der Erhebung vom *Index der menschlichen Entwicklung* mit 0,550 den höchsten Lebensstandard aller pakistanischen Provinzen.

Die pakistanischen Atomwaffen wurden 1998 ungeachtet der Umweltfolgen für die örtliche Bevölkerung ausgerechnet unter den Bergen von Belutschistan getestet. Die herrschende Elite in Islamabad glaubt, daß man sich um die Bevölkerung in Belutschistan nicht zu kümmern braucht. Ihr ist bewußt, daß Bildung und Entwicklung Unruhe, Selbstbewußtsein und Ansprüche zur Folge haben würden. Je dümmer die Menschen, desto besser sind sie beeinflusst und beherrschbar. Die Belutschen wollen aber nicht nur Entwicklung und Bildung, sondern endlich auch politische Emanzipation. Die Revolutionen 1978 in Afghanistan, 1979 in Iran, die Machtübernahme der islamistischen Mujaheddin 1992 in Afghanistan, die Vertreibung der NATO vom Hindukusch 2021 und die Machtübernahme der Taliban haben die belutschische nationale Bewegung wachgerüttelt. Ein religiöser islamischer Radikalismus spielt aber in Belutschistan kaum eine Rolle. Eher im Gegenteil. Dort ist ein säkularer Umgang mit dem Islam vorherrschend. Seit den 70er und 80er Jahren dominieren sogar linke Gruppierungen mit sozialistischen Vorstellungen den politischen Diskurs in Belutschistan.

In den 70er Jahren hat sich ein großer Teil der Belutschen, darunter manche Stämme,

Teile der feudalen Elite und die linken Kräfte, wegen der Vernachlässigung und Unterentwicklung ihrer Provinz gegen die Zentralregierung in Islamabad erhoben und gegen die pakistanische Armee einen bewaffneten Widerstand entwickelt, der von der Regierung der sozialdemokratischen *Pakistan People's Party* (PPP) unter Zulfikar Ali Bhutto mit großer Brutalität niedergeschlagen wurde. Die Armut und Unsicherheit in Belutschistan sind so groß, daß kein Staatsbediensteter, ob als Zivilist oder als Militär, freiwillig dort arbeiten möchte.

Eine neue Phase des Kampfes

Die belutschische nationale Bewegung forderte stets eine Autonomie im Rahmen des Staates Pakistan. Da die Zentralregierung darauf nicht einging, brach 2004 ein heftiger Konflikt aus. 2006 wurde der Führer der Bewegung *Akbar Bugti* durch pakistanische Sicherheitskräfte getötet. Im Verlauf der Jahre wurde die Auseinandersetzung von beiden Seiten immer brutaler. Gasleitungen wurden gesprengt, Entwicklungshelfer, Diplomaten und Journalisten entführt und getötet. Auch werden zunehmend Übergriffe auf Zuwanderer aus anderen pakistanischen Provinzen gemeldet. Die staatlichen Repressionen sind allgegenwärtig und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Vor allem die pakistanische Armee wird von Menschenrechtsaktivisten beschuldigt, einen *schmutzigen Krieg* gegen die Belutschen zu führen und vielfach Personen verschwinden zu lassen. In Pakistan haben schon seit der Entstehung des Staates die Obristen das Sagen.

In der Regel leisten sich Staaten eine Armee. Aber in Pakistan ist es umgekehrt, die Armee leistet sich eine Regierung, die dann auch viermal weggeputscht wurde. Die Armee ist ein Faktor der Stabilität bzw. einer Friedhofsruhe, aber gleichzeitig ein Faktor der Destabilität. Sie hat keine Idee, wie man ein Land weiterentwickelt, und in den letzten 78 Jahren hat sie auch nichts dazugelernt, bzw. sie hat daran auch kaum Interesse. Pakistanische und internationale Journalisten haben nur eingeschränkt die Möglichkeit, vor Ort Informationen aus erster Hand zu erhalten. Eine freie und kritische Berichterstattung über die Armee ist pakistanischen Journalisten kaum möglich. Wer sich traut, kritisch zu berichten, verschwindet spurlos. Am 22. März 2025 wurde die pakistanische Menschenrechtsaktivistin Mahrang Baloch durch Sicherheitskräfte festgenommen, weil sie zu friedlichen Protesten aufgerufen und die sofortige Freilassung des entführten 15-jährigen Menschenrechtaktivisten Ans Ahmed durch Sicherheitskräfte

in Belutschistan verlangt hatte. Die belutschische Menschenrechtsgruppe *Paank* hat die zunehmende Zahl des „Verschwindenlassens“ von Belutschen verurteilt. Am 26. und 29. Januar 2025 wurden sechs Personen aus verschiedenen Teilen Belutschistans gewaltsam entführt, nachdem am 14. Januar 2025 der Belutsche Pindok getötet worden war. Im November 2024 hat die *Baloch Liberation Army* (BLA) einen Anschlag auf den Hauptbahnhof von Quetta durchgeführt, bei dem 26 Menschen, darunter 14 Soldaten, getötet wurden. Hauptziel der nationalen Widerstandsbewegungen sind die Sicherheitskräfte, wobei es auch immer zu Kollateralschäden kommt. Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen hat zugenommen, seitdem die VR China in Pakistan den *Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridor* (CPEC) ausbaut. Das ist ein gigantischer Transportweg, der vom Himalaja bis zum Indischen Ozean nach Gwadar führt. Die VR China hat dieses Fischerdorf seit 2015 zu einem Tiefwasserhafen für Containerschiffe ausgebaut, um sich im Rahmen der *maritimen Seidenstraße* einen großen Teil der kontinentalen Strecke für Warenlieferungen nach Europa zu sparen. Die VR China hat seit 2015 Investitionen für mehr als 50 Milliarden Euro in Pakistan getätigt. Da die Seidenstraße aber durch Belutschistan führt, sind immer wieder chinesische Bauprojekte Ziele der BLA. Als im Oktober 2024 am Flughafen von Karatschi ein

Selbstmordattentat verübt wurde, kamen dabei viele chinesische Arbeiter ums Leben. Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan am 15. August 2021 verschlechterte sich die Lage in Pakistan signifikant. Auch die pakistanischen Taliban drängen mit Gewalt zurück in ihre angestammten Gebiete an der Grenze zu Afghanistan und setzen die Zentralregierung in Islamabad mit regelmäßigen Terroranschlägen unter Druck. Um der Verfolgung zu entgehen, ziehen sie sich immer wieder nach Afghanistan zurück. Am 24. Dezember 2024 drangen mehrere Kampfbots der pakistanischen Streitkräfte in den afghanischen Luftraum ein und bombardierten vier Stellungen der pakistanischen Taliban, *Tehreek-i-Taliban* (TTP) sowie die Camps der *Baloch Republican Arm* (BRA) und von mit ihnen verbündeten Organisationen. Das führte am 26. Dezember 2024 an der afghanisch-pakistanischen Grenze zwischen den Grenzposten beider Länder zu einem militärischen Schlagabtausch und zu diplomatischen Verstimmungen zwischen den einstigen Verbündeten. Daher wendet sich die pakistanische Elite an ihren Allwetter-Freund, die VR China. Dies paßt aber gewissen US-Politikern nicht. Hochrangige US-Senatoren drohen Pakistan, sie würden die Belutschen bei ihren Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützen, wenn Pakistan sich weiter der VR China annähert.

Als die Regierung in Islamabad die international weniger bekannte *Baloch Republican*

Arm (BRA) im September 2010 verbot, kam es zwischen den Sicherheitskräften und der BRA zur bewaffneten Auseinandersetzung. Die BRA wird angeblich als der militante Flügel einer marxistischen Organisation in Belutschistan angesehen.

Die im Jahre 2000 gegründete *Baloch Liberation Army* (BLA) kämpft für einen unabhängigen Staat Belutschistan. Sie hat am 11. März 2025 den „Jaffar-Expresszug“, der auf dem Weg von Quetta nach Peshawar unterwegs war, gestürmt und etwa 440 Passagiere in ihre Gewalt gebracht, darunter 200 Soldaten. Die BLA-Kämpfer hätten die Frauen und ältere Menschen von den anderen Passagieren getrennt und freigelassen, berichtete ein Augenzeuge der Zeitung *Dawn*. Bis zum Abend des 13. März 2025 töteten die Geiselnahmer nach eigenen Angaben 50 Passagiere, darunter 20 Soldaten. Die Armee stürmte den Zug und erschoss alle 33 Geiselnahmer. Dieser Angriff der BLA war der erste dieser Art und dürfte wahrscheinlich nicht der letzte gewesen sein. Ruhe wird es auch weiter in Belutschistan nicht geben, sowie auch keine militärische Lösung. Dies hat die über 70jährige Geschichte Pakistans bewiesen. Die einzige Alternative wäre die Anerkennung einer Autonomie, gepaart mit breiten Aufbau- und Bildungsprojekten, um der Bevölkerung Hoffnung und Zukunft zu vermitteln.

Dr. Matin Baraki

Chinas De-facto-Monopol

Die Erkenntnis, daß China global die Förderung seltener Erden dominiert und bei ihrer Aufbereitung sowie bei ihrer Weiterverarbeitung fast ein Monopol innehat, ist nicht neu. Es gibt dennoch bis heute wenige Alternativen. Eine davon ist die Mine Mountain Pass (MP) in Kalifornien, die zweitgrößte Seltene-Erden-Mine weltweit nach Bayan Obo in China. Dort werden seit den 50er Jahren seltene Erden gefördert. Seit den 2000er Jahren geriet sie immer wieder in größere Schwierigkeiten – zum Teil wegen schwerer Umweltschäden, zum Teil wegen übermächtig werdender chinesischer Konkurrenz. Heute fördert dort das Unternehmen MP Materials seltene Erden. MP Materials ist auch in der Aufbereitung aktiv, allerdings nur partiell; einen großen Teil seiner Fördermenge verkauft das Unternehmen zur Aufbereitung oder zur Weiterverarbeitung nach China. Sein technologischer Rückstand gegenüber der chinesischen Konkurrenz wird auf mehrere Jahre geschätzt. Schon seit längerer Zeit mit der Förderung seltener Erden befasst ist darüber

hinaus das Unternehmen Lynas aus Australien. Lynas gilt als der zur Zeit größte Produzent außerhalb der Volksrepublik. Das Unternehmen ist allerdings ebenfalls noch auf den Export eines größeren Teils seiner seltenen Erden zur Aufbereitung und Weiterverarbeitung nach China angewiesen. Das werde trotz eifriger Bestrebungen, eigene Aufbereitungskapazitäten zu entwickeln, bis mindestens 2026 so bleiben, urteilte im April das Center for Strategic & International Studies (CSIS) aus Washington. Mitte Mai wurde gemeldet, Lynas sei es gelungen, in seinem Werk in Malaysia, das bislang sogenannte leichte seltene Erden aufbereitet, zum ersten Mal in industriellem Maßstab Dysprosium zu verarbeiten; Dysprosium ist eine der sogenannten schweren seltenen Erden, auf deren industrielle Aufbereitung China gegenwärtig ein vollständiges Monopol hat. Jetzt will Lynas dies auch mit Terbium schaffen, das gleichfalls zu den schweren seltenen Erden zählt. Freilich sind die Aufbereitungsvolumina bei Lynas in Malaysia noch recht gering.

Weitere Länder dürften folgen. Auch in Brasilien etwa werden inzwischen seltene Erden gefördert. Noch werden sie zur Aufbereitung nach China geliefert; doch die kanadische Firma Aclara Resources plant den Bau eines Aufbereitungswerks in den USA, in das die Metalle in Zukunft exportiert werden sollen. Freilich dürfte das – wie der Beginn der Aufbereitung im großen Stil in Mountain Paß – noch ein paar Jahren dauern. Die Volksrepublik hat also mit ihrem Monopol auf die Aufbereitung und die Weiterverarbeitung seltener Erden ein Mittel, mit dem sie vermutlich noch einige Jahre massiv Druck ausüben kann. Sobald aber Firmen in anderen Ländern technologisch aufgeholt haben, geht das nicht mehr. Fraglich bleibt allerdings, ob es etwa in Mountain Paß oder in anderen westlichen Ländern gelingen wird, seltene Erden ähnlich preisgünstig zu fördern und aufzubereiten wie in China. Allzu wahrscheinlich ist das nicht.

Jörg Kronauer

junge Welt, 10.6.2025

Offene terroristische Diktatur

Vom 25. Juli bis zum 20. August 1935 tagte in Moskau der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. An ihm nahmen Delegierte aus 65 kommunistischen Parteien, die etwa vier Millionen Kommunisten repräsentierten, teil. Im Mittelpunkt des Kongresses stand das Referat Georgi Dimitroffs „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“. Wir dokumentieren einen Auszug:

Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist (...) die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus deutschen Schlages. Er hat die Dreistigkeit, sich Nationalsozialismus zu nennen, obwohl er nichts mit Sozialismus gemein hat. Der Hitlerfaschismus ist nicht bloß bürgerlicher Nationalismus, er ist ein tierischer Chauvinismus. Das ist ein Regierungssystem des politischen Banditentums, ein System der Provokationen und Folterungen gegenüber der Arbeiterklasse und den revolutionären Elementen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Das ist mittelalterliche Barbarei und Grausamkeit, zügellose Aggressivität gegenüber den anderen Völkern und Ländern. Der deutsche Faschismus spielt die Rolle des Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion, das große Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt.

Der Faschismus ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich „über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie, steht“, wie das zum Beispiel Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht das „aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat“, wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen Abrechnung mit der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz. Der Faschismus in der Außenpolitik ist der Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Haß gegen die anderen Völker kultiviert.

Dieser wirkliche Charakter des Faschismus muß besonders stark unterstrichen werden, weil der Deckmantel der sozialen Demagogie dem Faschismus die Möglichkeit gegeben hat, in einer Reihe von Ländern

die durch die Krise aus ihrem Geleise geworfenen Massen des Kleinbürgertums und sogar manche Teile der rückständigsten Schichten des Proletariats mitzureißen, die niemals dem Faschismus gefolgt wären, wenn sie seinen wirklichen Klassencharakter, seine wirkliche Natur begriffen hätten. Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes. (...)

Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – durch die offene terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler, der das revolutionäre Proletariat daran hindern würde, die breitesten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf gegen die Gefahr einer Ergreifung der Macht durch die Faschisten zu mobilisieren sowie die Gegensätze auszunutzen, die im Lager der Bourgeoisie selbst vorhanden sind. Doch ein nicht minder ernster und gefährlicher Fehler ist die Unterschätzung der Bedeutung, die die gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben, jene Maßnahmen, die die demokratischen Freiheiten der Werktätigen unterdrücken, die Rechte des Parlaments fälschen und beschneiden, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung verschärfen.

Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir das in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben. Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tatsache, daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstapen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsstapen nicht

gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr. (...)

Welches ist die Quelle des Einflusses des Faschismus auf die Massen? Es gelingt dem Faschismus, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert. Der Faschismus entfacht nicht nur die in den Massen tief verwurzelten Vorurteile, sondern er spekuliert auch mit den besten Empfindungen der Massen, ihrem Gerechtigkeitsgefühl und mitunter sogar ihren revolutionären Traditionen. (...)

Der Faschismus handelt im Interesse der extremen Imperialisten, aber vor den Massen tritt er unter der Maske des Beschützers der beleidigten Nation auf und appelliert an das gekränkte Nationalgefühl, wie zum Beispiel der deutsche Faschismus, der die Massen mit der Losung „Gegen Versailles!“ mit sich riß.

Der Faschismus erstrebt die zügelloseste Ausbeutung der Massen, tritt aber mit einer raffinierten antikapitalistischen Demagogie an sie heran, macht sich den tiefen Haß der Werktätigen gegen die räuberische Bourgeoisie, gegen die Banken, die Trusts und die Finanzmagnaten zunutze und stellt Losungen auf, die im gegebenen Moment für die politisch unreifen Massen die verlockendsten sind: in Deutschland – „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“; in Italien – „Unser Staat ist kein kapitalistischer, sondern ein Korporativstaat“; in Japan – „Für ein Japan ohne Ausbeutung“; in den Vereinigten Staaten – „Für die Aufteilung der Reichtümer“ usw.

Der Faschismus liefert das Volk den korruptesten, käuflichsten Elementen zur Ausplünderung aus, tritt aber vor dem Volk mit der Forderung einer „ehrlichen und unbestechlichen Regierung“ auf. (...) Der Faschismus fängt im Interesse der reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie die enttäuschten Massen ein, die sich von den alten bürgerlichen Parteien abkehren. Aber er imponiert diesen Massen durch die Heftigkeit seiner Angriffe gegen die bürgerlichen Regierungen, durch seine Unversöhnlichkeit gegenüber den alten Parteien der Bourgeoisie. (...) Aber welche Maske der Faschismus auch aufsetzen mag, in welchen Formen er auch auftreten mag, auf welchem Wege er immer auch zur Macht gelangen mag:

Der Faschismus ist die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen. Der Faschismus ist zügellosester Chauvinismus und Raubkrieg.

Der Faschismus ist wütende Reaktion und Konterrevolution.

Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Sachsenburger Mahnung – Wehret den Anfängen!

Bereits Anfang Juni 1933 fand in dem durch SA-Gruppierungen eingerichteten KZ Sachsenburg bei Frankenberg in Sachsen der erste Lagerappell statt. Die Gefangenen waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter und kamen meist aus dem KZ Plau und aus verschiedenen Chemnitzer Haftstätten in das KZ Sachsenburg, das unter Leitung von SA-Standartenführer Max Hähnel stand. Später wurden Juden, Zeugen Jehovas und Pfarrer im Lager inhaftiert. Die Wachtruppe bestand sowohl aus SA- als auch SS-Angehörigen.

Das KZ war eines der frühesten faschistischen Konzentrationslager und bestand von Mai 1933 bis August 1937. Das Lager gilt als Bindeglied zwischen den frühen Konzentrationslagern und dem späteren KZ-System sowie als Experimentierfeld und Ausbildungsstätte der Lager-SS.

Zum gleichen Zeitpunkt entstanden in ganz Sachsen hunderte kleine Haft- und Folterstätten, die im Laufe des Jahres 1933 aufgelöst wurden.

Im August 1934, nach dem inszenierten „Röhm-Putsch“, übernahm das „SS-Sonderkommando Sachsen“ das bislang SA-geführte Konzentrationslager, was eine deutliche Verschlechterung der Haftbedingungen bedeutete. Gewalt und Mißhandlungen nahmen zu. Im April 1935 wurde die Prügelstrafe offiziell eingeführt.

Mit der Einrichtung größerer zentralisierter Lager wie Sachsenhausen und Buchenwald wurde das KZ Sachsenburg aufgelöst. Im Juli 1937 wurden Gefangene nach Sachsenhausen und teilweise direkt weiter nach Buchenwald transportiert. Auch die Angehörigen des SS-Kommandanturstabes und der Wachtruppen folgten zu einem großen Teil in die neu errichteten Konzentrationslager. Damit fanden in Sachsenburg entwickelte und erprobte Organisationsprinzipien und Foltermethoden Eingang in das KZ-System. Die genaue Zahl der Gefangenen aus Sachsenburg läßt sich mangels Überlieferung von Häftlingslisten nicht bestimmen. Die Forschung geht von insgesamt mehr als 10 000 Inhaftierten aus. Bislang konnten die Namen von 7200 Häftlinge ermittelt werden.

Das KZ Hohnstein war ein sogenanntes frühes Konzentrationslager in Hohnstein in der Sächsischen Schweiz von März 1933 bis August 1934. Am 8. März 1933 besetzten SA-Leute des Sturmes 5/100 die Jugendburg Hohnstein und funktionierten sie in ein Konzentrationslager um. Ab dem 14. März kamen die ersten Gefangenen in das Lager.

Bei den Inhaftierten handelte es sich meist um NS-Gegner – größtenteils Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter – aus dem Großraum Dresden, so 17 Zeugen Jehovas. Es waren aber auch etwa 400 Jugendliche auf der Burg inhaftiert.

Bis August 1934 hat man ungefähr 5600 Menschen nach Hohnstein verschleppt. Die Bewachung erfolgte durch Angehörige des Pirnaer SA-Sturmes 177. Es starben mehrere Häftlinge an den Folgen der Peinigung durch SA-Angehörige, einige nahmen sich das Leben. Insgesamt gab es ca. 40 Todesopfer. Nach der Entmachtung der SA im Zuge des „Röhm-Putsches“ übernahmen am 30. Juni 1934 Angehörige der SS die Bewachung. Das Lager wurde am 25. August 1934 aufgelöst. Viele der Häftlinge wurden in das KZ Sachsenburg verlegt.

Am 1. Oktober 1939 hat man das Gefängnis als Offizierslager Oflag IV-A wieder eröffnet. Bis Ende 1940 wurden hier polnische, französische und niederländische Offiziere inhaftiert.

Die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein befand sich in der ehemaligen Festung Schloß Sonnenstein bei Pirna. Dort wurden in den Jahren 1940 und 1941 mindestens 14 751 Menschen ermordet. Dabei handelte es sich vorwiegend um psychisch Kranke und geistig Behinderte. Dies geschah ab 1939 unter dem Namen „Euthanasie“ im Rahmen der zentral koordinierten und weitgehend geheim gehaltenen „Aktion T4“ der Faschisten zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Die Tötungsanstalt diente damit auch der personellen, organisatorischen und technischen Vorbereitung des Holocaust.

Im Frühjahr 1940 ließ die Berliner „Euthanasie“-Zentrale in einem abgeschirmten Teil des Anstaltsgeländes eine Tötungsanstalt einrichten. Im Keller eines Krankengebäudes wurden eine Gaskammer installiert und ein Krematorium eingebaut. Die Leichen wurden in einer Ofenanlage verbrannt. Am 28. Juni 1940 nahm die Vernichtungsanstalt ihren Betrieb auf. An diesem Tag wurden zehn Patienten aus der Heil- und Pflegeanstalt Waldheim vergast. In den Jahren 1940/1941 waren hier insgesamt mehr als 100 Angestellte als Ärzte, Pfleger, Fahrer, Schwestern, Bürokräfte und Polizisten tätig. Mehrmals wöchentlich wurden Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten mit Bussen abgeholt und auf den Sonnenstein gebracht.

Ermordet wurden auf dem Sonnenstein Frauen und Männer aller Altersstufen und selbst Kinder, die u.a. aus dem „Katharinenhof“ im sächsischen Großhennersdorf, den Landesanstalten Chemnitz-Altendorf,

Arnsdorf, Großschweidnitz, Waldheim und Zschadraß sowie aus Thüringen, Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, dem Sudetengebiet und Bayern kamen.

Im Sommer 1941 wurden mehr als tausend Häftlinge aus den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Buchenwald und Auschwitz ermordet.

Das Sächsische Krankenhaus Großschweidnitz ist ein psychiatrisches Krankenhaus im sächsischen Großschweidnitz. Für die Vernichtungsaktion „T4“ diente die Anstalt als Zwischenanstalt für die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein. So wurden etwa am 9. Juli 1941 272 Patienten der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Kortau nach Großschweidnitz verlegt, von diesen wurden 131 Patienten am 22. Juli, 92 am 28. Juli und weitere 5 am 14. August nach Pirna-Sonnenstein gebracht und dort ermordet. Ab Dezember 1943 bestand in der Landesanstalt eine sogenannte Kinderfachabteilung.

Allein zwischen Mitte 1943 und September 1944 wurden in Großschweidnitz rund 2400 Patienten getötet. Insgesamt sind von 1939 bis 1945 über 5000 Personen ermordet worden.

Das Gefängnis Hoheneck bei Stollberg in Sachsen wurde ab 1933 kurzzeitig als Gefängnis für Männer – politische Schutzhaft – genutzt. Danach war es ein Zuchthaus für verurteilte „Verbrecher“, darunter auch für viele antifaschistische Widerstandskämpfer.

Im Zuchthaus Waldheim in Sachsen wurden während der Zeit des Faschismus viele politische Gefangene inhaftiert. Typische Haftgründe waren „Hören feindlicher Rundfunksendungen und antifaschistischer Propaganda“, „Wehrkraftzersetzung“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“. Auf dem Zuchthausgelände befand sich auch die Heil- und Pflegeanstalt Waldheim.

Das Zuchthaus diente ferner medizinischen Versuchen. Die ausgesuchten Häftlinge wurden isoliert und erhielten eine Vitamin-A-freie Kost. Ergebnis waren deutliche Gesundheitsbeeinträchtigungen im sechsten Monat des Versuchs, insbesondere der Sehfunktionen und der Blutzusammensetzung.

Im Zuchthaus Bautzen waren zwischen 1933 und 1945 politische Gegner aus der KPD und der SPD und Angehörige weiterer von den Faschisten verfolgter religiöser Gruppen, wie Zeugen Jehovas, Reformadventisten und kirchliche Oppositionelle, inhaftiert. Dabei arbeitete die Gefängnisleitung eng mit der Gestapo zusammen.

Raimon Brete
Chemnitz

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

25 Jahre Volksbetrug

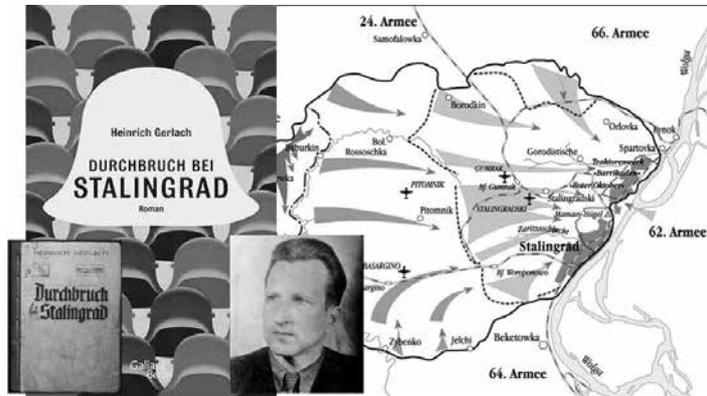
Am 25. Februar [1945] fühlte sich Hitler bemüßigt, unserem deutschen Volke in Erinnerung zu bringen, daß er vor 25 Jahren das Parteiprogramm der NSDAP verkündete. Mit gewohnter Unverfrorenheit sprach er wieder einmal „von dem Wege des Aufbaus eines wahrhaften Volksstaates“. Gewiß, in den 25 Punkten seines Parteiprogramms hat Hitler unserem Volke den „deutschen Volksstaat“ versprochen, und mancher Deutsche mochte glauben, daß das kameradschaftliche „Du“ und die Abschaffung der Anrede „Herr“ in der SA schon ein verheißungsvoller Schritt auf dem Wege dazu seien. Nach der Machtergreifung war jedoch nicht mehr die Rede vom „Volksstaat“, und den Unentwegten, die nicht danach zu fragen aufhörten, wurde am 30. Juni 1934 und bei anderen passenden Gelegenheiten für immer der Mund gestopft. Statt des versprochenen „Volksstaates“ kam die Aufrüstung. Die alten Träger der Reaktion, die Herren der Großbanken und der Rüstungsindustrie, heimsen nie dagewesene Gewinne ein.

Um ihren Machtbereich zu erweitern, wurden Österreich und die Tschechoslowakei besetzt, *ihnen zuliebe* und *in ihrem Auftrag* begann Hitler den Krieg. Zusammen mit den goldgeschmückten Parteibonzen zogen die Vertreter der deutschen Bank- und Industriekönige in die besetzten Länder, eigneten sich die fremden Industrien an und beuteten die neugewonnenen Rohstoffgebiete aus. Während Millionen deutscher Soldaten im Glauben an Deutschland kämpften und starben, blühte der Weizen der Plutokraten. Das war der deutsche „Volksstaat“ von Hitlers Gnaden!

Fünf Jahre lang haben die gequälten Völker Europas die Prinzipien dieses Hitlerschen „Volksstaates“ genießen können. Sie haben sich erhoben und die Ausbeuter und Unterdrücker zum Teufel gejagt.

Millionen von Deutschen haben das alles in den Schmerzen und Leiden von fünfzehn Kriegsjahren sehen gelernt. Zum wenigsten haben sie das erkannt: Hitlers einziges Wunderrezept zur Heilung aller Nöte war von Anfang an – *der Krieg*. Diese Millionen deutscher Menschen sehen aber heute auch: Hitler hat diesen Krieg nicht zum Wohle des deutschen Volkes begonnen, sondern wiederum nur im Interesse der ewigen Geschäftemacher und Großverdiener, die schon den ersten Weltkrieg um

der Erzgruben von Longwy und Briey, der russischen Randstaaten und der Ukraine willen geführt hatten. Aber Hitler hat diesen Krieg nicht gewonnen! Er hat ihn verloren, erbärmlich verlieren müssen, wie jeder Räuber letzten Endes verlieren muß, solange es eine Gerechtigkeit in der Welt gibt. Das alles sehen Millionen Deutsche heute, und sie fragen sich ernstlich, wie sie mit diesem verlorenen Eroberungskrieg, den sie nicht gewollt haben, Schluß machen können.



Heinrich Gerlach (1908–1991)

Hitler kennt diese Stimmung des Volkes. Und wenn er sie in der Abgeschiedenheit seines Hauptquartiers über seinen albernen Zukunftsplänen einmal vergessen sollte, dann erinnern ihn die Narben von den Bombensplittern des 20. Juli immer wieder daran. Und in seiner Angst holt er nun aus der Mottenkiste wieder einmal den alten, abgespielten Ladenhüter hervor, die Parole vom „deutschen Volksstaat“. Bisher sei es leider nichts damit geworden! Die bösen Feinde hätten es verhindert! Aber nach dem „Endsieg“, dann würde er kommen! Ganz bestimmt!

Umsonst! Es ist zu spät! Hier helfen keine Versprechungen und Beschwörungen mehr, es ist aus und vorbei! Das deutsche Volk weiß Bescheid!

Jawohl, der Volksstaat kommt! Wer Augen hat zu sehen, der sieht, wie überall um Deutschland herum, in den Ländern, die vom Hitlerjoch befreit sind, in Frankreich und Belgien, in Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Polen und Ungarn wirkliche Volksstaaten entstehen. Alle diese Staaten sind im Begriff, sich im Zuge der Befreiung von der Hitlerbesatzung auch von jenen reaktionären Kräften zu befreien, die mit Hitler und der deutschen Plutokratenclique zusammenarbeiteten, weil deren Geschäft auch ihr Geschäft war. In

allen diesen Staaten ergreift das Volk die Macht.

Hitler freilich will uns diese Dinge anders sehen lassen. Er behauptet, in den genannten Ländern hätten die bisherigen Machthaber Hitler verraten, weil sie seine „geniale“ Idee der europäischen Neuordnung nicht begriffen haben. Das will Hitler uns weismachen. Aber so ist es nicht! Im Gegenteil! Diese „Führer“, die ungarischen Magnaten mit ihrem Szalasi, die rumänischen Großgrundbesitzer mit Herrn Antonescu, die italienischen Großindustriellen mit ihrem Lakaien Mussolini und Leute wie einer der größten französischen Kriegsverbrecher, der Autokönig Renault, die sind es gerade, die heute noch zu Hitler halten! Denn sie waren die einzigen Nutznießer seiner „Neuordnung“. Und sie sind es, die heute von ihren eigenen Völkern mitsamt den deutschen Besatzungstruppen hinausgeworfen oder abgeurteilt werden. Das hat nichts zu tun mit „bolschewisieren“, mit

„Chaos“ und ähnlichen Schlag-

wörtern, mit denen Herr Goebbels uns schrecken möchte. Die Regierungen aller dieser befreiten Länder stehen auf einer breiten demokratischen Grundlage, die alle Schichten des Volkes erfaßt.

Hitlers Versprechungen vom Volksstaat waren Demagogie, Volksbetrug. Er hat sie nie erfüllt, weil er sie von Anfang an nicht erfüllen wollte. Aber dort, in den befreiten Ländern, entsteht – wie alles Neue oft nicht ohne heftige Geburtswehen – nach der Verjagung der Hitleragenten das, was das deutsche Volk nach 1918 und später nach 1933 vergeblich erhofft hatte: der Volksstaat, in dem das Volk sich selbst schützt vor kleinen, eigennützligen Cliquen ausbeuterischer Kriegstreiber, in dem das Volk selbst regiert zum Wohle des Volksganzen.

Hitler hat Deutschland den Volksstaat nicht gebracht. Er *wird* ihn nicht bringen, *will* ihn nicht bringen, und er *kann* ihn überhaupt nicht bringen. Das deutsche Volk kann nur frei werden, wenn es die Hitler Tyrannie beseitigt und allen Volksbetrüggern, Ausbeutern und Kriegstreibern ein für allemal des Handwerk legt.

Oblt. d. R. Heinrich Gerlach, Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“
„Freies Deutschland“, Moskau, 4. März 1945

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Hunger über Deutschland

Hinter dem Schlachtendonner des längst verlorenen, aber noch nicht beendeten Hitlerkrieges bereitet sich für die Millionenmassen des deutschen Volkes eine Tragödie vor, deren Ausmaß und Furchtbarkeit gegenüber selbst das heutige Elend der Flüchtlingskarawanen aus dem Osten und das Trümmerdasein der zerbombten Städte einst gering erscheinen wird: die von den Hitlerbanditen durch die Fortsetzung des Krieges verschuldete Hungersnot.

Wir brauchen nur das „Statistische Jahrbuch“ nachzuschlagen, um zu erkennen, aus welchen Reichsteilen das deutsche Volk bisher hauptsächlich ernährt wurde. Es sind die relativ dünn bevölkerten, stark agrarischen Ostprovinzen unter Einschluß der Mark Brandenburg (ohne Berlin), Pommerns und Niederschlesiens. In diesen Gebieten liegt über ein Drittel der Anbauflächen der wichtigsten Feldprodukte. Und von diesen Gebieten ist heute schon ein großer Teil durch die Rote Armee besetzt, während der Rest von Tag zu Tag mehr Frontgebiet wird und der Bearbeitung entzogen ist.

Fast noch schlimmer wird das Bild, wenn wir die Ernteerträge vergleichen und zugleich auf den Kopf der zu ernährenden Bevölkerung umrechnen. An Brotgetreide (Roggen und Weizen) haben in Friedenszeiten die genannten Ostgebiete stark über ein Drittel des Gesamtertrags von ganz Deutschland hervorgebracht, an Kartoffeln fast die Hälfte, Zuckerrüben sogar über die Hälfte. Der Futtermittelanbau ist durch Hitler, insbesondere seit dem Vierjahresplan vom Frühjahr 1937, gerade hier im Osten besonders forciert worden, so daß auch die Viehbestände in West- und Süddeutschland heute wesentlich von den Leistungen dieser östlichen Provinzen abhängen. Was die Fleisch- und Fetterzeugung betrifft, so befanden sich rund ein Drittel aller Milchkühe und fast die Hälfte aller Schweine vor Ausbruch des Krieges und erst recht im Laufe der Kriegsjahre in den Ostgebieten.

Dabei hatten alle diese Gebiete (ohne Berlin) zusammen noch nicht einmal den fünften Teil der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Die Schlußfolgerungen aus dieser Situation liegen auf der Hand. Würde es der Nazibande gelingen, den Krieg noch über diesen Sommer hinaus fortzusetzen, so muß allein schon der Verlust der genannten Gebiete oder ihre Einbeziehung in die Zone der Kriegshandlungen zwangsläufig eine Hungerkatastrophe für

das ganze noch hitlerhörige Deutschland nach sich ziehen.

Aber es sind nicht nur die oben erwähnten Faktoren, die die Ernährungslage des deutschen Volkes mit einer Katastrophe bedrohen. Die gewissenlosen Naziführer haben mit Betrug und Gewalt einen großen Teil der Bevölkerung aller von der Roten Armee besetzten oder bedrohten Ostgebiete nach dem Innern Deutschlands evakuiert. Es handelt sich hierbei bereits heute um einen Flüchtlingsstrom von rund acht Millionen, der von Tag zu Tag wächst. Dieser muß in den anderen Teilen Deutschlands, wo die Nahrungsmitteldecke nie ausreichte und die immer Zuschußgebiete waren, von nun an auch noch miternährt werden.

Aber auch das ist nicht alles. Die Feld- und Stallerträge der deutschen Landwirtschaft gehen von Kriegsjahr zu Kriegsjahr rapid zurück. Bereits im letzten Herbst war die Lage bedrohlich. Schon zur Herbstbestellung konnte von einer auch nur einigermaßen ausreichenden und rechtzeitigen Düngemittelversorgung nicht mehr die Rede sein. Die letzten männlichen Arbeitskräfte wurden durch Goebbels' Totalmobilisierung ausgekämmt. An Maschinen, Treibstoff, Pferden etc. war äußerster Mangel. In diesem Frühjahr ist die Lage natürlich noch viel zugespitzter. Je mehr Teile Deutschlands im Osten wie im Westen zu Operationsgebieten werden, desto mehr muß die Landwirtschaft verfallen und schließlich infolge der „Volkssturm“-aufgebote und der Anlage immer neuer „tiefgestaffelter“ Verteidigungszonen zum Stillstand kommen. Bei alledem müssen wir uns darüber klar sein, daß die Wehrmacht bisher zum größten Teil durch die Ausplünderung der besetzten Gebiete gepflegt wurde. Darüber hinaus liefen allein aus den besetzten Ostgebieten nach den Angaben von Erich Koch, Goebbels, Ley und anderen jährlich Tausende von Lebensmittelzügen über die deutschen Grenzen. Im Westen wurde durch rücksichtslose Beschlagnahme vor allem Frankreich, im Norden besonders Dänemark ausgequetscht. Aus den Balkanländern und den Vasallenstaaten an der Donau kamen jährlich viele Hunderttausende Tonnen Brot- und Futtergetreide. Das alles hat jetzt ein Ende.

Wie ist nun die Perspektive für das Jahr 1945 vom Standpunkt der Ernährungswirtschaft? Die amtlichen deutschen Berichte verabreichen seit Anfang Februar Beruhigungspillen – ein Beweis,

daß das deutsche Volk die kommende Ernährungskatastrophe bereits spürt. Eine Krise wird zugestanden, aber, so fügt die amtliche „NS-Landpost“ hinzu: „Mehrablieferung des Erzeugers und äußerste Sparsamkeit des Verbrauchers werden über die Krise hinweghelfen.“ Wenn die deutsche Arbeiter- oder Mittelstandsmutter glaubte, schon bisher „äußerste Sparsamkeit“ geübt zu haben, so erfährt sie jetzt: das war erst ein harmloser Anfang. Die „Sparsamkeit“ beginnt erst. In der Tat haben ja die ersten drastischen Schnitte in der Lebensmittelzuteilung Anfang Februar bereits begonnen. Und wenn der deutsche Bauer mit Recht schon im letzten Sommer die Ansicht äußerte, daß seine Lieferungen die letzte für die weitere Existenz der Landwirtschaft nur irgendwie tragbare Grenze erreicht haben, so erfährt er jetzt durch die amtlichen Stellen des „Reichsnährstandes“: Das alles war noch gar nichts. Die Mehrablieferungen beginnen erst. Rücksicht auf Saatgutbestände und das Existenzminimum der Viehwirtschaft wird nicht mehr genommen, die letzte Substanz der deutschen Landwirtschaft wird aufgezehrt.

Die Hitlerbande will auch die ganze deutsche Landwirtschaft, die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes, mit in ihren Untergang hineinreißen. Rücksichtslos, ohne das geringste nationale Verantwortungsbewußtsein, werden Millionen deutscher Männer, Frauen und vor allem Kinder, zusätzlich zu allen bisherigen Leiden und Schrecken des Krieges, einem langsamen, aber um so gewisseren Hungertod entgegengetrieben. Die Zeit drängt. Geht das Frühjahr ohne die Volkserhebung gegen Hitler und die sofortige Waffenstreckung vorüber, dann erfolgt unabwendbar der Sturz ganz Deutschlands in den Hungerabgrund. Diese Hungerkatastrophe muß Ausmaße annehmen, wie sie Europa seit Jahrhunderten nicht erlebt hat. Das ist die notwendige Schlußfolgerung aus den gegebenen Tatsachen, wenn es nicht gelingt, Hitler rechtzeitig zu beseitigen und dadurch das Allerschlimmste zu verhindern.

Reichstagsabgeordneter Edwin Hoernle
Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“

„Freies Deutschland“, Moskau,
18. Februar 1945

Am 22. Juni 1941 überfiel die faschistische Wehrmacht die Sowjetunion

In der Hetzschrift „Mein Kampf“ entwickelte Adolf Hitler in einem besonderen Kapitel seine Sicht auf die künftige Ostpolitik und Lebensraumpläne. Er rief dazu auf, dem deutschen Volk den „ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern“ und bekundete: „Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“

Am 22. Juni 1941 erfolgte der Einmarsch der faschistischen Wehrmacht in die Sowjetunion mit dem Ziel, den „jüdischen Bolschewismus mit Stumpf und Stiel“ auszurotten. Es war von Anbeginn ein gnadenloser Raub- und Vernichtungsfeldzug gegen die Rote Armee und die gesamte Bevölkerung. Bereits am 12. Mai 1941, fünf Wochen vor dem verbrecherischen Überfall („Unternehmen Barbarossa“), drängte das Oberkommando des Heeres (OKW) bei Hitler darauf, einen Befehl zu erteilen, wonach politische Kommissare der Roten Armee durch das Heer zu erledigen seien.

Der Befehl (offiziell Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare – „Kommissarbefehl“) wurde am 6. Juni 1941 vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) erlassen und an die Kommandeure weitergegeben: „Politische Kommissare als Organe der feindlichen Truppe sind kenntlich an besonderen Abzeichen – roter Stern mit golden eingewebtem Hammer und Sichel auf den Ärmeln. [...] Sie sind aus den Kriegsgefangenen sofort, d. h. noch auf dem Gefechtsfelde, abzusondern. Dies ist notwendig, um ihnen jede Einflußmöglichkeit auf die gefangenen Soldaten abzunehmen. Diese Kommissare werden nicht als Soldaten anerkannt; der für die Kriegsgefangenen völkerrechtlich geltende Schutz findet auf sie keine Anwendung. Sie sind nach durchgeführter Absonderung zu erledigen.“

Ebenso sollten „politische Kommissare aller Art“, nämlich zivile Hoheitsträger und politische Leiter, liquidiert werden, „auch wenn sie nur des Widerstandes, der Sabotage oder der Anstiftung hierzu verdächtig“ seien. Während sich der erste Teil des Befehls, die Exekution von Politikommissaren sofort nach deren Festnahme, unmittelbar

an die Angehörigen der Wehrmacht richtete, war der zweite Teil Aufgabe des Sicherheitsdienstes, der allerdings auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Wehrmacht angewiesen war.

Das OKW wies die Kommandanten der Durchgangs- und Kriegsgefangenenlager

Transnistria vorsahen, daß politische Kommissare an die Deutschen zu übergeben seien. Die finnische Staatspolizei und die finnischen Streitkräfte überstellten insgesamt fast 2900 Personen der SS in Kenntnis der Befehlslage. Darunter waren 400 bis 500 Kommunisten und 118 politische Kommissare.



Juni 1941: Der faschistische Überfall hat begonnen

an, eine grobe Auslese der Gefangenen vorzunehmen, um „sich umgehend von denjenigen Elementen unter den Kriegsgefangenen zu befreien, die als bolschewistische Triebkräfte anzusehen“ seien. Zumeist sorgten die deutschen Lagerärzte für die Identifizierung der Gefangenen.

Der Einsatzbefehl Nr. 8 vom 17. Juli 1941 für das Generalgouvernement und Ostpreußen besagte: In jedem Kriegsgefangenenlager und Durchgangslager sollten die „in politisch, krimineller oder sonstiger Hinsicht untragbare[n] Elemente“ durch ein Kommando von SS- und SD-Mitarbeitern herausgefiltert werden. Am 21. Juli folgte der Einsatzbefehl Nr. 9, der das Reichsgebiet einbezog und am 29. Oktober der Einsatzbefehl Nr. 14 für die Einsatzgruppen im besetzten Ostgebiet.

Tausende Kommissare wurden schon bei der Gefangennahme an der Front von Angehörigen der Wehrmacht erschossen. Annähernd 80 000 jüdische kriegsgefangene Angehörige der Roten Armee wurden ermordet.

Ausländische Verbündete des Deutschen Reiches schlossen sich der mörderischen Vernichtungspolitik an. General Antonescu, der nominelle Oberbefehlshaber der „deutsch-rumänischen Heeresfront Rumänien“, fanatischer Antisemit und Antikommunist, wurde über den Kommissarbefehl und den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß informiert, dessen Richtlinien für die Besatzungspolitik in

Nach der verlorenen Schlacht um Moskau (1941/42) und des in weiten Teilen panischen Rückzuges wandten die faschistischen Truppen in großen Umfang die Taktik der verbrannten Erde an.

Kurz nach der verheerenden Niederlage von Stalingrad befahl Hitler Anfang 1943, Waffen und Gerät nicht unzerstört in Feindeshand fallen zu lassen sowie alle Dörfer und Unterkunftsmöglichkeiten zu vernichten. Alle Männer zwischen 15 und 65 Jahren seien von der Truppe für Schanzarbeiten mitzuführen. Entsprechend wurde von den deutschen Truppen auf ihrem Rückzug Vieh vertrieben oder vernichtet, Maschinenparks demontiert oder zerstört und wurden Städte, Dörfer und Getreidefelder abgebrannt und Massendeportationen vorgenommen.

Evakuierte wurden in Trecks von einigen zehntausend Menschen in Richtung Westen in Marsch gesetzt, immer wieder ohne ausreichende Versorgung und Unterbringung. Am 19. März 1945, wenige Wochen vor Kriegsende, erließ Hitler den „Nerobefehl“: Alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind zur Fortsetzung seines Kampfes irgendwie, sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.

Raimon Brete
Chemnitz

Erinnerung an die Potsdamer Konferenz und deren Lehren vor 80 Jahren

Am 17. Juli 2025 jährt sich zum 80. Mal der Tag des Beginns der Potsdamer Konferenz der drei führenden Staatsmänner der Siegermächte entsprechend den Abmachungen von Teheran und Jalta, um über die Nachkriegsordnung in Europa zu beraten. Sie fand in Potsdam, im Schloß Cecilienhof, in der Zeit vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 statt und war die dritte und letzte der Konferenzen der „Großen Drei“. Die Delegationen wurden vom Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Verteidigung der UdSSR, Josef W. Stalin, geleitet. Die amerikanische Delegation nach dem Tode von Präsident Roosevelt, durch den neuen Präsidenten Harry Truman und die englische Delegation zunächst von Winston Churchill und nach dessen Wahlniederlage ab dem 28. Juli vom neuen englischen Ministerpräsidenten Clement Attlee. Zu den Delegationen gehörten die jeweiligen Außenminister: Wjatscheslaw Molotow (UdSSR), James Byrnes (USA), Anthony Eden (England), ab dem 28. Juli dann Ernest Bevin sowie höhere Militärs und entsprechende Beraterstäbe. Die Konferenz fand in einer Zeit statt, wo ungeachtet der Unterschiede in den politischen Ansichten ein gewisser Optimismus herrschte, nun in eine Phase neuer Zusammenarbeit eintreten zu können, so, wie sie sich im Kriege ja bewährt hatte. Dies begründete sich auch darin, daß nach dem völkerrechtswidrigen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, die Rote Armee während des Großen Vaterländischen Krieges nach 1942 von Sieg zu Sieg eilte. Es wurden die großen Leistungen der Sowjetunion bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus anerkannt und gewürdigt und der großen Opfer der sowjetischen Völker im Kampf um die Befreiung gedacht. Die Potsdamer Konferenz und ihre Beschlüsse stärkten diese Ansichten und Vorstellungen. So gab es auch keinen großen Widerspruch über den Ort der Konferenz. Es sollte Berlin in der sowjetischen Besatzungszone sein, der Ort, von dem das fürchterliche Völkermorden ausging. Da Berlin selbst sehr zerstört war, gab es auch keine Einwendungen gegen Potsdam, im Schloß Cecilienhof als Verhandlungs-ort, und in Neubabelsberg mit seinen vielen unversehrten Villen als Ort der Unterbringung der Delegationen. Damit oblag der sowjetischen Seite aber auch die gesamte Organisation und Vorbereitung dieser Konferenz bis ins kleinste Detail. Selbst der große runde Beratungstisch für die Konferenz wurde speziell in Moskau angefertigt. Die Konferenz beschäftigte sich mit einer Reihe von Fragen, wobei die Neuordnung

Europas mit den Regelungen zum polnischen Staat, der Unabhängigkeit Italiens, Bulgariens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Spaniens und Österreichs und insbesondere die deutsche Frage im Mittelpunkt standen. Hier ging es um die politischen und ökonomischen Grundsätze und Prinzipien der weiteren Entwicklung Deutschlands als Ganzes. Vor allem ging es darum, die Deklaration über Deutschland, die auf der Krim (Jalta) gefaßt war, zu erfüllen. Dazu kamen Fragen zum Iran und zur Indochina-Politik der Alliierten und die Teilnahme der Sowjetarmee zur Beendigung des Krieges mit Japan. In der Periode bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt,



Die Außenminister der Siegermächte in Potsdam (v. l.): Molotow (UdSSR), Byrnes (USA), Eden (Großbritannien)

und nach einer Pause wegen den Wahlen in England vom 28. Juli bis 2. August noch vier weitere Sitzungen. Außerdem gab es einen regen Meinungsaustausch zu einer Reihe anderer Fragen. In den Sitzungen wurde sehr hart um Lösungen gerungen, man war sich nicht immer einig, aber man fand zum Schluß Kompromißlösungen, die dann als Beschlüsse in der „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“, allgemein als Potsdamer Abkommen bekannt, festgeschrieben wurden. Gleich zu Beginn der Konferenz wurde dem amerikanischen Projekt der Bildung des „Rates der Außenminister“ durch die Außenminister der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens, zusätzlich Frankreichs und Chinas, zugestimmt. Sie sollten alle

weiteren Fragen der allgemeinen Friedensregelung für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien und Finnland lösen sowie territoriale Fragen und die Fragen der friedlichen Regelung für Deutschland mit vorbereiten. Dies wurde im Punkt II der „Mitteilung“ formuliert. Im Ergebnis der Außenministerkonferenzen kam es dann zur Pariser Friedenskonferenz 1946 und zu den Friedensverträgen 1947 mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Es wurden mit diesen Staaten die Grenzfragen gelöst, die Leistungen von Reparationen bestimmt, Festlegungen zur Bestrafung von Kriegsverbrechen getroffen und die Stärke der Streitkräfte bestimmt. Österreich erhielt 1955 mit den Siegermächten und Frankreich einen Staatsvertrag, der ihm die Gleichberechtigung und Souveränität sicherte und es zur Neutralität verpflichtete. Die Hauptfrage auf der Konferenz war die deutsche Frage, die sehr ausführlich im Punkt III der „Mitteilung“ dargelegt wurde. *„Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle erzielt. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“* Und weiter heißt es: *„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, sondern sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen ...“* Dazu wurden in den politischen Grundsätzen (Pkt. A) die Aufgaben festgelegt, die man mit den bekannten „vier großen D“ bezeichnen kann: Denazifizierung, Demokratisierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung. Klar und eindeutig legte das Potsdamer Abkommen also fest, *„für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen“*. Die Wehrmacht mit allen ihren Teilen und Einrichtungen, die SS, SA, SD, Gestapo sind aufzulösen, Waffen dürfen nicht mehr produziert werden. Die NSDAP, die Nazipartei also, mit allen ihren Einrichtungen sind zu vernichten und es ist zu sichern, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können. Bereits hier wurde schon gleich nach der Potsdamer Konferenz in den westlichen Zonen nicht nach diesen Grundsätzen gehandelt. Die Auflösung der bestehenden Wehrmachtgruppierungen wurde erst nach

energischem Protest der sowjetischen Seite im Kontrollrat im Herbst 1945 nur zögernd begonnen. Diese Politik setzte sich fort und fand in Adenauer einen der größten Unterstützer bei der Verletzung des Potsdamer Abkommens. Während man sich in der sowjetischen Besatzungszone streng an diese Festlegungen hielt, wurden in den westlichen Zonen in der weiteren Entwicklung diese Festlegungen hintertrieben. Auch wenn im Nürnberger Tribunal die Hauptkriegsverbrecher abgeurteilt wurden und ihre gerechte Strafe erhielten, hat man in den westlichen Zonen in den Jahren 1947/48 nur zögerlich eine Reihe führender Nazifunktionäre, höhere SS-Offiziere und Militärs sowie führende Industrielle vor Gericht gestellt. Viele der Prozesse endeten mit Freisprüchen, und die Verurteilten waren 1950/51 in vielen Fällen bereits wieder auf freiem Fuß. Man brauchte diese Spezialisten für den Aufbau des neuen Staates BRD und wollte auf deren Erfahrungen im Kampf gegen Sozialismus und Demokratisierung nicht verzichten. Die alten „Kameraden“ der Wehrmacht, die Nazirichter und Nazi-Beamten kamen wieder in Amt und Würden und bestimmten die Entwicklung in der BRD.

Auf der Potsdamer Konferenz setzte sich Stalin sehr energisch dafür ein, Deutschland als Ganzes zu behandeln und es nicht zu teilen. Den sowjetischen Vorschlag zur Bildung einer zentralen deutschen Regierung lehnten die Westmächte jedoch ab. Eine Friedensregelung mit Deutschland gibt es bis heute nicht. Sie scheiterte in erster Linie an den politischen Interessen der USA, England und dem neu entstandenen Staat BRD. Auch der nochmalige Versuch Stalins 1952 mit dem Entwurf eines Friedensvertrages für Deutschland stieß auf Ablehnung. Ein unabhängiges und neutrales Deutschland war für die Westmächte nicht erwünscht. Deutschland wurde im Kalten Krieg wieder gebraucht als Speerspitze, zu der es ja dann auch aufgebaut wurde und heute wieder ist.

Im Abschnitt „III B“ der „Mitteilung“ ging es um die wirtschaftlichen Grundsätze, also die „Demonopolisierung“, zur Entflechtung der großen Monopole. Dort hieß es: „Die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen (sind) zu verbieten und zu unterbinden“. Das Wirtschaftsleben sollte dezentralisiert, „Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen verhindert“ (werden). Deutschland sollte während der Zeit der Besatzung als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden. Was ist davon realisiert worden und wie sieht es heute in der nun größer gewordenen BRD aus? Diese Frage kann sich jeder, der denken kann, selbst beantworten. Man brauchte die BRD wieder im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion. Streit gab es vor allem dann bei der Frage der Reparationen, die von der sowjetischen

und auch von polnischer Seite gefordert wurden. Man einigte sich auf eine Kompromißlösung, indem auch die westlichen Zonen 10 % der industriellen Ausrüstung abgeben sollten, sowie weitere 15 % der industriellen Ausrüstungen im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln und Industrieprodukten wie Kohle, Kali, Holz u.a. Ein weiterer Streitpunkt waren die Festlegungen der Grenzen Polens. Hier setzte sich Stalin mit seinen Vorstellungen insbesondere zu den Grenzen und der territorialen Größe Polens durch. Die provisorische polnische Regierung unter Leitung von Boleslaw Bierut, dem späteren polnischen Staatspräsidenten, durfte bei

mit weit über 10 Millionen Menschen. Sie baten die jeweiligen Regierungen, weitere Ausweisungen erst einmal zu unterlassen, mit dem Kontrollrat gemeinsam Wege zu finden, um in humaner Weise ordnungsgemäßer die Übersiedlung durchzuführen. Leider wurden diese Aufgaben nicht erfüllt. Schaut man heute, nach 80 Jahren, auf die Ergebnisse dieser so wichtigen Konferenz und deren Beschlüsse, so muß man feststellen, daß sich schon bald nach der Konferenz vieles in eine andere, gegensätzliche Richtung entwickelte und sich die im Kriege gemeinsam gegen den Hitlerfaschismus kämpfenden Staaten der Antihitlerkoalition mehr und mehr voneinander entfernten



Die Chefs der Siegermächte in Potsdam (v. l.): Churchill (Großbritannien), Truman (USA), Stalin (UdSSR)

der Konferenz auch ihre Vorstellungen darstellen. Die drei Mächte stimmten dann Polens Westgrenze westlich von Swinemünde, entlang der Oder-Neiße bis zur Tschechoslowakei, zu. Polen erhielt damit die dortigen ehemaligen deutschen Gebiete sowie Teile Ostpreußens und das Gebiet der freien Stadt Danzig zugesprochen. Das Gebiet um Königsberg (heute Kaliningrad) erhielt die Sowjetunion. Durch die drei Mächte wurde die provisorische Regierung Polens als alleinige Regierung Polens anerkannt. Die Grenze sollte dann durch einen Friedensvertrag bestätigt werden. Von der DDR wurde diese Grenze bereits im Juni 1950 anerkannt, von der BRD dann 1970 und endgültig im November 1990 im deutsch-polnischen Grenzvertrag. Um so unverständlicher ist die Politik der heutigen polnischen Regierung, die die Leistungen der Sowjetarmee für die Befreiung Polens nicht anerkennt, die Opfer verleugnet, die Geschichte versucht umzuschreiben und Rußland als Feind betrachtet.

Problematisch waren auch die Behandlung der Fragen der Flüchtlinge und die Ausweisungen deutscher Bevölkerungsschichten aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei

bis hin zum Bruch, der Bildung der NATO und der Entwicklung des Kalten Krieges mit einer ständigen Kriegsgefahr. Diese ist heute größer denn je. Schon wieder wird zum Krieg gerüstet, wird Rußland als der Hauptfeind in Europa und China als der Hauptfeind der USA und seiner Satellitenstaaten angesehen. Die Ursachen liegen in der Politik der USA und des Weltmonopolkapitals mit ihrem Streben nach Maximalprofit und der Weltherrschaft. Dazu braucht man willfährige Partner, die die alte amerikanische Strategie „mit fremden Händen“ verwirklichen, Kriege für sie stellvertretend zu führen. Dazu haben wir genügend Beispiele, beginnend mit dem Koreakrieg gleich nach dem Ende des 2. Weltkrieges bis zu Syrien, Libyen, Afghanistan und Jemen und nun in der Ukraine. Wenn deutsche Soldaten der Bundeswehr sich wieder an Kriegen beteiligen, wie gegen Jugoslawien, im Kosovo, Irak, Afghanistan, Syrien und Afrika, dann ist das nicht im Sinne von Potsdam. Die deutsche Geschichte ab 1933 mahnt uns, so etwas nie wieder zuzulassen. Die Lehren von Potsdam vor 80 Jahren müssen endlich gezogen werden!

Generalmajor a.D. Sebald Daum †

Als die Russen kamen ...

RF veröffentlicht in zwei Folgen die persönlichen Erinnerungen von **Thomas Metscher**, emeritierter Professor an der Universität Bremen, zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2025

Mit vielfältigen Mitteln versuchen die Medien dieser unserer Republik, den Anteil der Roten Armee an der Befreiung Deutschlands, ja der zivilisierten Welt, von der Geißel des Faschismus zu bestreiten, wenn nicht gänzlich in Abrede zu stellen. Selbst dort, wo im Hinblick auf den 8. Mai 1945 noch von Befreiung durch sowjetische Soldaten und deren Opfertod die Rede ist, wird deren Handeln in Frage gestellt, indem es mit eigener Untat in Verbindung gebracht wird. So in dem Artikel „Das Gegenmodell“ aus der Feder Kurt Kisters, er-

Ende durch eine glückliche Fügung des Geschicks bei seiner Familie verbringen. Mein Vater war von Beruf Fischhändler (Fisch war damals ein Hauptnahrungsmittel der Berliner Bevölkerung, vor allem der ärmeren Schichten), im Habitus bürgerlich, doch im Unterschied zu den üblichen deutschen Bürgern Pazifist und Demokrat, also leidenschaftlicher Hitlergegner. ‚Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg‘, hörte ich oft aus seinem Munde, nicht laut und öffentlich, doch entschieden politisch gemeint. Er war überzeugter Antimilitarist und An-

meines Vaters Großmutter in der Wedding-Kellerwohnung im proletarischem Sinn erzog. Das Begabteste dieser Kinder war der Vater meines Vaters, der die Kellerwohnung in der Brunnenstraße in das Geschäft HANS METSCHER, Seefische, geräuchert und frisch, verwandelte. Er hatte, der Erzählung meines Vaters zufolge, politische Sympathien für die Leute um Luxemburg/Liebkecht, die er vermutlich finanziell unterstützte. Jedenfalls wurde in den Tagen der Novemberrevolution einzig der Laden Hans Metscher, Seefische, vor dem Zugriff des revolutionären Berliner Proletariats verschont und blieb so den Erben erhalten. Der älteste Sohn, Christian, übernahm das Fischgeschäft seines Vaters, der zweite, Wilhelm, den Großhandel mit Räucherfisch, der, wie sich zeigte, klug geführt seinen Besitzer zu einem moderat wohlhabenden Mann machte, der sich am Weißen See in Neufahrland, gegenüber dem Haus seines Vaters, eine Villa mit Seeblick bauen ließ, der er Zeit seines Lebens verbunden blieb. Christian freilich mangelte der Sinn für alles Geschäftliche. Er zog es vor, in den Havelseen zu angeln und für das Angeln Boote zu bauen. Für ihn war dies der Auszug ins Freie. Das Geschäft blieb sich selbst überlassen und moderte vor sich hin.

Der Auszug ins Freie für meinen Vater war nichts Geschäftliches, sondern die Literatur. Das hatte bereits für seinen Vater Hans gegolten (dessen Bibliothek ich selbst im Dachgeschoß seines Nedlitzer Landhauses entdeckte), und das galt bewußt für meinen Vater, der mich nicht als Kaufmann, sondern als Schriftsteller, zumindest als Deutschlehrer sehen wollte, und so galt es zugespitzt auch für mich selbst. Der Weg ins Freie war für mich, generisch gesehen, mit Blut und Tränen erkaufte. Ich selbst war der erste mit Abitur und Studium in unserer Familie, benötigte einige Zeit, mich in der Westberliner Universität (die sog. FU in Berlin-Dahlem) einzurichten, wurde heimisch erst in der Philosophie, Margareta von Brentano und Wilhelm Weischedel seien bedankt dafür. Rudolph Sühnel kam mit philologischer Kunst hinzu. Es wäre leichter gewesen, wenn ich mich in der Humboldt-Universität eingeschrieben hätte. Nach Ende des Kriegs waren alle Türen offen. Ich ging für einige Zeit in eine Potsdamer Oberschule, die Potsdamer Tageszeitung veröffentlichte ein Gedicht von mir (my first publication!), leider ist der Text verloren gegangen, und ich selbst erinnere mich nur an den Beginn: „*Krieg auf dem Lande,/ Krieg auf dem Meer. / Land gegen Lande,/ Heer gegen Heer*“ – ein



Thomas Metscher

schienen in der *Süddeutschen Zeitung* vom 3./4. Mai 2025, in dem es sehr richtig heißt: „Die Sowjetunion war Ziel deutscher Kriegs- und Ausrottungspolitik, ohne ihre immens verlustreiche Gegenwehr wäre Hitlers Deutschland nicht zusammengebrochen. Ohne Russen keine Befreiung.“ Dann aber folgt ein ominöser Satz, der das Gesagte, wenn nicht zurücknimmt, dann doch in hohem Maß relativiert: „Daß die Soldaten der Roten Armee 1944/45 in Deutschland blutige Rache nahmen und Gräueltaten verübten, gehört auch zur Geschichte der Befreiung.“ Belege für die Anschuldigungen ‚blutiger Rache‘ und verübter ‚Gräueltaten‘ werden hier wie anderen Orts nicht gegeben.

Ich selbst war bei Kriegsende noch keine 11 Jahre alt, doch erinnere ich mich sehr genau an die letzten Tage des Kriegs, war ständiger Begleiter meines Vaters (Wilhelm Metscher, geb. 1900), wann immer dieser zu Hause war. Er überlebte den Krieg als Sanitätssoldat und konnte sein

timonarchist. Den Antisemitismus hielt er für die ‚große Schuld‘ des deutschen Bürgertums und der deutschen Geschichte. Sein bester Freund war jüdischer Herkunft. Er erwarb sich eine Bibliothek von mehreren tausend Büchern, vorzugsweise realistische Weltliteratur. Seine literarischen Helden waren Tolstoi, Scott, Balzac, Heine, Fontane, Dehmel, Ossietzky, Tucholsky, Heinrich und Thomas Mann, Leonhard Frank, Bert Brecht, Kästner und Ringelnatz. Er war ein Mann des Theaters, hielt sich in Reinhardts Deutschem Theater ein Premierenabonnement. Er hatte selbst kein Abitur – so etwas gab es in unserer Familie nicht, gehörte auch nicht zu ihren unbekanntem proletarischen Wurzeln. Der Familiensage nach war der Großvater meines Vaters ein wilder Matrose, den es irgendwie von der Waterkant nach Berlin-Wedding verschlug, wo er eine Kellerwohnung in der Brunnenstraße mietete, Bücklinge (das sind geräucherte Heringe) verkaufte und mehrere Kinder zeugte, die

Antikriegsgedicht im rhetorischen Stil, das mit einer Strophe endet, die den Frieden besingt – weiß der Kuckuck, wo ich es hergenommen habe, denn ein Vorbild hat es natürlich. Es gefiel meinen meist jungen Lehrern, vor allem meinem Deutschlehrer, Herrn Wewers, der gerade, von der Front zurück, Lehrer geworden war. In seinem Unterricht brillierte ich durch Kenntnisse von Literatur aus meines Vaters Bibliothek. Mein damaliger Held war Leonhard Frank, mit der *Räuberbande* und dem *Ochsenfurter Männerquartett*, später dann mit der Novelle *Karl und Anna*, heute vergessen. Ich erhielt einen Preis für Russisch, überreicht vor der ganzen Schule von einem freundlichen sowjetischen Kulturoffizier, Stolz einer Lehrerin, die mir prophezeite, ich würde einmal in Moskau studieren – alles vergangen im Wind der Zeit. In Potsdam gewann ich einen ersten Platz im Freischwimmen beim Wettbewerb der Potsdamer Schulen (wofür ich im Weißen See unter meines Vaters Anleitung trainiert hatte). Ich hatte Freunde, mit denen ich in unserem Garten Boxkämpfe austrug – mehr als das brauchte und wollte ich nicht. Doch mußten wir umsiedeln nach West-Berlin, zurück in meines Vaters Geschäft – in Potsdam gab es zu dieser Zeit noch keine Fische, mit denen er handeln konnte. Ich kam in eine Oberschule, nach Diesterweg benannt, in der mir nichts gefiel. Ein Beispiel aus dem Deutsch-Unterricht. Wie damals (und auch heute) üblich, mußte jeder Schüler/Schülerin ein selbst gewähltes Thema vorstellen. Ich schlug Tucholsky vor. Dazu mein Lehrer (ein Herr Dr. Gewande: den Namen habe ich mir fürs Fegefeuer gemerkt): „Mit Tucholsky können Sie in den Osten gehen, zu Ulbricht. Hier wird so etwas nicht gemacht.“ Da hatte ich den Salat. In Musik kam, da ich beim Singen keine Tonhöhen halten konnte, noch eine saure Gurke dazu. Die mußte ich essen, während die anderen sangen. Als ich meinem Vater von meinen neuen Lehrern erzählte, sagte der nur: „Alte Nazis – da kann man nichts machen. Nur halte durch, Junge.“ Er verteidigte Ulbricht und den Mauerbau – die für ihn ein antifaschistisches Bauwerk war, hat zuletzt SEW gewählt, starb an gebrochenem Herzen. An ihm lag es nicht, daß es die deutsche Reconquista gab, das neue Deutschland zur ersten und aggressivsten Militärmacht in Europa wurde. Was meine Schule in Westberlin betrifft, so ist es kein Wunder, daß mich an diese Schule keine freundliche Erinnerung bindet – mit der Ausnahme einiger Freunde, die aber gleichfalls Außenseiter waren. Mit einem von ihnen habe ich meine ersten Bergtouren gemacht: Marmolata-Südwand, Laliderer-Wand, mit einem anderen segelte ich im Sturm auf dem Tegeler See. Doch zurück zur Geschichte meines Vaters. Zu Kriegsbeginn erhielt dieser, als erfahrener, geschickter und erfolgreicher

Kaufmann, das offizielle Angebot der Herrscher in Berlin, den Fischhandel für Groß-Berlin, Räucher- und Frischfisch, zu organisieren. Es gäbe nur eine Bedingung: Er müsse Mitglied von Hitlers Partei, der Nazi-Partei also, der NSDAP werden – was er nach kurzer Überlegung ablehnte. Als ich ihn später fragte, warum er dies getan hätte, wo so viel auf dem Spiel stand, für seine Familie und für ihn selbst, Deutschland zudem zu diesem Zeitpunkt siegesicher schien – da sagte er nur: „Ich mußte an meinen Vater denken – wie dieser gehandelt hätte.“ Die Nazi-Herrschaft sei eine Herrschaft des Abschaums, die Führungskräfte eine Bande von Verbrechern, mit der man sich nicht einlassen darf, wenn man nicht selbst zum Verbrecher werden will. Mit dieser Entscheidung wurde er kein kriegsferner Großkaufmann, sondern einfacher Soldat. Er meldete sich freiwillig zur generell unbeliebten Sanitätsabteilung, weil er, wie er sagte, „auf keinen Menschen schießen“ könne, das Sanitätsgewerbe aber eine Menschen rettende Bedeutung hat, selbst in der Naziarmee. Er traf dort auch Gleichgesinnte, nicht viele, doch einige, auch einen Offizier, der an der Verschwörung gegen Hitler beteiligt war, und ihn nach der politischen Stimmung der einfachen Soldaten befragte. Mein Vater sagte ihm, daß diese keine politische Überzeugung mehr hätten, sondern nur „nach Hause“ wollten – mit wenigen Ausnahmen hitlerhöriger Lakaien. Im Offizierskorps sei es ähnlich, sagte der Offizier, doch wenn solche Leute Stimmung für Hitler machten, würde er sie erledigen. Nach dem mißlungenen Putsch sah mein Vater noch mehrmals diesen Offizier, der ihm grußlos begegnete, und er sagte sich: *Den haben sie nicht erwischt.*

Zuletzt arbeitete mein Vater in der Sanitätsabteilung des Potsdamer Militärkrankenhauses, mit dem Fahrrad eine halbe Stunde von unserem Haus am Weißen See entfernt. Sein letzter Auftrag war die Vernichtung sämtlicher Unterlagen der Sanitätsabteilung, während sich seine Kolonne „in den Westen“ absetzte, um der Gefangenschaft durch die sowjetische Armee zu entgehen. Er erhielt mit diesem Auftrag die erwünschte Erlaubnis, sich von seiner Abteilung zu entfernen und als zivile Person seiner Familie anzuschließen. Auf diese Weise erlebte er das Ende der faschistischen Herrschaft auch als Stunde der Befreiung vom Zwang des Soldaten.

So kam es, daß mein Vater, ein vom Jahrgang her durchaus noch „kriegstüchtiger“ Mann, in der Siedlung Neufahrland bei Potsdam verblieb und der Roten Armee als zivile Person in die Hände fiel, die ihn, was er selbst kaum erwartete, nicht als Soldaten, sondern als Privatperson behandelte – mit einer Ausnahme, die nicht den Russen anzukreiden ist. Von „blutiger Rache“ und „Gräueltaten“ konnte freilich auch hier die Rede nicht sein.

Als Bewohner des Hauses am See erlebten wir die Rote Armee als Besatzungsmacht über mehrere Jahre hinweg, in der Form sogenannter Einquartierung, zu der unser relativ großes Haus einlud. Wir zogen in zwei nicht genutzte Räume, die Russen, wie wir sie nannten, mit wechselndem Personal in den zentralen Teil des Hauses, hausfremde Bewohner von unterschiedlicher Wesensart, freundlich, unfreundlich, meist unverbindlich neutral, zu uns Kindern (ich hatte damals noch eine später verstorbene jüngere Schwester) in der Regel rücksichtsvoll und nett. Mich titulierten sie „Klein Professor“, da ich immer ein Buch aus Vaters großer Bibliothek mit mir trug, auch schnell und ungezwungen im täglichen Gespräch Russisch lernte. Von Blutrache und Gräueltaten ist auch hier keine Spur zu finden. Szenen aus dieser Zeit sind meiner Erinnerung, so jung ich war, fest eingeebnet. Ich möchte vier von ihnen in knapper Verdeutlichung wiedergeben.

Ein Gruß den Befreiern: der Tag, als die Russen kamen

Es geschah in den letzten Tagen des Kriegs. Im Wald, wenige Minuten oberhalb unseres Hauses, dem sogenannten Kirchberg (den bereits Fontane in den *Wanderungen durch die Mark* benennt), wurde noch geschossen, und eine Granatkugel riß ein Loch in die Wand unseres Hauses. In solchen Fällen, doch auch während der Bomberangriffe der westlichen Alliierten auf das ca. 30 km entfernte Berlin, pflegten wir und andere Bewohner der meist kellerlosen Häuser unserer Umgebung in den tief gebauten, von Balken gestützten Keller des nachbarlichen Bauernhauses zu flüchten. Dort waren wir auch an dem Tag, als die Russen kamen. Ich erinnere mich noch an den ängstlich-hysterischen Ruf: „Die Russen sind da“, und alles verkroch sich in den Tiefen des Kellers. Nicht so mein Vater. „Den Hitler sind wir los“, rief er und trat aus dem Haus (ich natürlich mit ihm): Vor ihm standen drei Russen mit Kalaschnikows im Anschlag, durchschwitzte Gesichter, sie waren ja noch im Krieg, und es war ein warmer Frühsommertag. Im Hintergrund ein (wie mir schien riesiger) T 34, der Panzer, der die Faschisten vertrieb und den Krieg zur Entscheidung brachte. Da holte mein Vater aus einer Tasche, die er bei sich trug, eine Flasche Rotwein hervor. Ich weiß, es war eine seiner letzten, und er hob sie auf, „für eine passende Gelegenheit“, wie er sagte, und die war jetzt gekommen. Er entkorkte sie und goß ihren Inhalt in vier mitgebrachte Gläser. Die Russen ließen ihn zur Probe kosten (wohl um sicherzugehen, daß der Wein nicht vergiftet war), dann leerten sie ihre Gläser und gaben sie mit kurzem Dank zurück. Darauf fuhren sie mit ihrem T 34 davon. Das Haus wurde nicht betreten – nichts wurde inspiziert. Ob es am Wein lag, weiß ich nicht. Sicher verspürten die roten Soldaten, daß sie an diesem Ort als Befreier begrüßt wurden.

Neonazismus in Westeuropa

Zweiter und letzter Teil des Berichts über Neonazismus in den Ländern der EU und der NATO, den das russische Außenministerium am 25. April veröffentlichte

Was ist es, was die „zivilisierten Demokratien“ hartnäckig nicht sehen wollen oder Angst haben zu sehen – in Estland ein jährliches Treffen von Veteranen der 20. Division der Waffen-SS und ihrer Bewunderer, die Errichtung von Denkmälern für die Nazikollaborateure Harald Nugiseks, Georg Sooden und Raul Jüriado, die für den Tod Tausender Zivilisten, ihrer Mitbürger, verantwortlich sind? Oder die Proklamation der „Waldbrüder“ (in der litauischen Version „Partisanen“) in Litauen als „Kämpfer gegen die Sowjetmacht“, „Helden der nationalen Befreiungsbewegung“? Ihre bewaffneten Gruppen, die von 1944 bis 1956 aktiv waren, töteten mehr als 25 000 Einwohner, darunter Tausende Kinder. Viele der Banditen waren Kollaborateure, die Teil der Besatzungsverwaltung des Dritten Reichs wurden und direkt am Holocaust in Litauen beteiligt waren, bei dem etwa 22 000 Juden ausgerottet wurden. Oder vielleicht nationalistische Ereignisse in Polen? Jedes Jahr am 11. November, dem Unabhängigkeitstag des Landes, organisieren polnische Nationalisten in Warschau Demonstrationen. Im Jahr 2024 nahmen etwa 90 000 Menschen daran teil.

In Deutschland gibt es über 40 000 Menschen mit rechtsextremen Ansichten. Es sind mehrere rechtsextreme politische Parteien aktiv. In den Streitkräften der BRD tragen etwa 40 Kasernen die Namen ehemaliger hochrangiger Wehrmachtsoffiziere. Auch heute noch, 80 Jahre später, weigern sich die Behörden vieler deutscher Städte und Gemeinden, Adolf Hitler und einigen anderen Spitzenpolitikern des Dritten Reiches offiziell den Ehrenbürgerstatus abzuerkennen. In Deutschland kommt es regelmäßig zu Massenveranstaltungen mit rechtsextremem und fremdenfeindlichem Hintergrund. (...)

Spaniens rechtsextreme Gruppen, die mehr als 10 000 Mitglieder haben, veranstalten jedes Jahr Dutzende von Events, und im Internet gibt es etwa tausend Websites, die den Neonazismus propagieren. Seit 2007 finden jedes Jahr im Februar in Madrid Märsche zum Gedenken an die Soldaten der spanischen Freiwilligendivision „Blaue Division“ (die von 1941 bis 1943 als Teil der deutschen Streitkräfte auf dem Gebiet der UdSSR kämpfte) statt. Die Behörden reagieren auf diese Aktionen in keiner Weise, obwohl das Gesetz die Glorifizierung von Militäreinheiten verbietet, die mit dem Franco-Regime und den Achsenmächten kollaborierten.

In Italien gibt es in vielen Städten, darunter auch in der Hauptstadt, noch immer Denkmäler und Gedenktafeln, die italienischen Faschisten sowie Teilnehmern der Kolonialkriege gewidmet sind. Die meisten Kommunen ergreifen keine Maßnahmen zur Bekämpfung dieses „architektonischen Erbes“. (...)

Mitglieder der britischen Regierung und des Parlaments verwenden bewußt die Rhetorik und Symbole ukrainischer Nationalisten und tun so, als habe dies nichts mit radikalen Ideen zu tun. Eindrückliche Beispiele hierfür sind die Erklärungen von Premierminister Keir Starmer vom 24. August 2024 und 24. Februar 2025, die vom nationalistischen Slogan des in Kiew herrschenden Neonaziregimes „Slawa Ukraini“ begleitet wurden. Im Mai 2024 fand in London eine Veranstaltung zu Ehren der Neonaziformation „Asow“ statt, an der auch Abgeordnete der damals regierenden Konservativen Partei teilnahmen, darunter der ehemalige Premierminister Boris Johnson und Verteidigungsminister Ben Wallace. (...)

In Schweden, das wie Finnland vor kurzem der NATO beigetreten ist, sind die Positionen der Neonaziideologen traditionell stark vertreten. Haupttreiber rechtsextremer Einstellungen ist die ultrarechte Organisation „Northern European (Northern) Resistance Movement“ (NRM), die ihren Einfluß auch auf die Nachbarländer Dänemark, Norwegen und Finnland ausdehnt. Es ist bekannt, daß sie über das Potential verfügt, terroristische Aktivitäten durchzuführen. (...)

Wenn man über den Aufstieg des Neonazismus in Europa spricht, kann man die aggressive Russophobie, die sich (mit wenigen Ausnahmen) auch auf staatlicher Ebene in fast allen Ländern des Kontinents entwickelt hat, nicht ignorieren. (...) Im März 2022 wurden in Griechenland Akte des Vandalismus und der Schändung von Denkmälern registriert, die mit Rußland und anderen Ländern in Verbindung stehen, die als Republiken Teil der UdSSR waren und ihr Erbe nicht aufgaben. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde eine mit dem antifaschistischen Kampf verbundene Gedenkstätte geschändet: Am 19. März 2022 bemalten Unbekannte das in Athen gelegene Denkmal für sowjetische Soldaten, die 1941 bis 1944 für die Freiheit und Unabhängigkeit Griechenlands starben, mit dem Namen und den Symbolen des ukrainischen Nationalregiments „Asow“. In Deutschland kam es

seit Ende Februar 2022 zu zahlreichen Vorfällen unterschiedlicher Art: Anwendung körperlicher Gewalt, Drohungen, Beleidigungen, vorsätzliche Sachbeschädigung russischsprachiger Bürger, Verweigerung von Dienstleistungen, auch im medizinischen und Bankbereich, unrechtmäßige Entlassungen, erzwungene öffentliche Reue und Verurteilung des Vorgehens der russischen Behörden usw. Es kam zu Angriffen auf orthodoxe Kirchen der Russisch-Orthodoxen Kirche in Düsseldorf, Essen, Krefeld und der Russisch-Orthodoxen Kirche im Ausland in Hannover, Berlin und Bielefeld sowie zu Kirchenschändungen. Die Zahl der Fälle von Schändung und Vandalismus auf russischen (sowjetischen) Militärfriedhöfen und Gedenkstätten hat zugenommen. In Berlin war am 8. und 9. Mai 2024 die Verwendung russischer und sowjetischer Flaggen, des Siegesbanners, von Elementen historischer Militäruniformen, Georgsbändern, Orden und Medaillen in der Nähe sowjetischer Kriegsdenkmäler nicht gestattet.

Eine massive Informationskampagne zur Dämonisierung Rußlands hat in Finnland zu einer negativen Haltung gegenüber Rußland geführt: Dank dieser „Gehirnwäsche“ sehen 94 Prozent der Finnen unser Land in einem negativen Licht. (...) Zur „neuen Normalität“, zur „neuen Ethik“, die in der EU blüht, gehört auch die Toleranz gegenüber dem NS. Das ist das Ergebnis einer bewußten Umschreibung der Geschichte und einer Revision der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkriegs. Die Prinzipien des Dritten Reiches haben den europäischen Raum nicht verlassen. Die Formel, die die Einteilung der Menschen in „richtig“ und „falsch“ impliziert, wird „umprogrammiert“, um den Vorstellungen eines „schönen Gartens“ und eines „wildem Dschungels“ zu entsprechen, der der Früchte ebendieses „Gartens“ nicht würdig ist. Die europäische Bürokratie unterstützte das Naziregime in Kiew, um Europa unter rassistischer und NS-Flagge für den Krieg gegen Rußland zu vereinen. Die demonstrative Mißachtung der schweren Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine ist ein Beleg dafür, daß die Europäische Union neonazistischen Ideen nachgibt.

Übersetzung aus dem Russischen: Arnold Schölzel

Die heutige Kriegsmobilisierung und das Vermächtnis der Rosenbergs

Zu der Erkenntnis über die Wahrheiten des kapitalistischen, zumal imperialistischen Systems gehört das historisch gesicherte Wissen, daß die Orientierung der Gesellschaft auf Krieg notwendigerweise immer die Schaffung eines Klimas der Angst und Hysterie beinhaltet. Psychische Kriegsmobilisierung arbeitet dabei nicht mit den Mitteln der Vernunft, sondern mit den Mitteln zur Emotionalisierung breiter Schichten der Gesellschaft. Es kommt bei den zur Kriegsvorbereitung und Feinddefinition gestreuten „Nachrichten“ auch nicht darauf an, ob diese „wahr“ sind, es kommt allein darauf an, daß sie für „wahr“ gehalten werden können. So notwendig und verdienstvoll es ist, die von der herrschenden Klasse und ihren politischen Ausführungsorganen tagtäglich hervorgebrachten Bedrohungsszenarien mit ihrem tatsächlichen Wahrheitsgehalt zu konterkarieren, so klar ist gleichzeitig, daß damit der Bodensatz der erzeugten Mythen der Angst nicht effektiv beseitigt werden kann. Das Stakkato der Berieselung mit Unwahrheiten hat sein Ziel schon dann erreicht, wenn der einst oder sporadisch noch kritische Medienkonsument es schlicht aufgegeben hat, Meldungen auf ihren Gehalt zu überprüfen und das Rauschen der tausend Unwahrheiten kritiklos über sich ergehen läßt. Eine Ausprägung der Kriegshysterie ist die stets und nimmermüde Mär von den überall lauern den und im Dunkeln arbeitenden Spionen des „Feindes“. Ein Blick in die Tageszeitungen, Rundfunkmeldungen und Fernsehberichte einer beliebigen Woche führt uns – auch jenen, an denen der hetzerische Inhalt abtropft – wie dicht und ohne Unterlaß die Propagandamaschinerie arbeitet: „Russische Hacker nehmen Logistik- und Tech-Unternehmen ins Visier“ (ingenieur.de), „Handlanger des Kreml: Propagandaaktionen, Paketbomben, zerstörte Unterseekabel“ (jungle-world), „Spionage, Cyber: Wie Rußland Deutschland schon jetzt angreift“ (NTV), „Verfassungsschützer entlarven 3 Russen-Spione“ (Focus), „Rußland setzt auf Wegwerf-Agenten“ (Tagesschau), „Ungepflegtes Äußeres, merkwürdige Fragen: Lettland erklärt, wie man russische Spione erkennt“ (Welt). Nichts ist zu absurd, nichts zu lächerlich, um nicht in die geölte Hetze mit aufgenommen zu werden.

Am 22. Februar 1946, wenige Monate nach dem Sieg über Hitler-Deutschland, sandte

der Geschäftsträger der US-Botschaft in Moskau, George Kennan, ein Telegramm an seine Heimatdienststelle. „Der Weltkommunismus ist wie ein bösartiger Parasit, der sich nur von erkranktem Gewebe ernährt, der stetige Vormarsch des unruhigen russischen Nationalismus in Gestalt des internationalen Marxismus ist gefährlicher und heimtückischer als je zuvor.“ Am 5. März 1946 besuchte der britische Premier Winston Churchill US-Präsident Harry Truman und erzielte Einigkeit, daß Europa zu Recht durch den Eisernen Vorhang in zwei Teile geteilt sei. Mit Fug und



Ethel und Julius Rosenberg

Recht läßt sich behaupten, daß der Abwurf der US-Atombomben über Nagasaki und Hiroshima im August 1945 bereits ein Signal an die Adresse der Sowjetunion sein sollte, wer mittels atomarer Bedrohung künftig allein die Geschicke des Globus bestimmt. Der Kalte Krieg war schon im Gange, als die Sowjetunion ihre erste Atombombe, genannt RDS-1, am 29. August 1949 auf dem Testgelände Semipalatinsk in Kasachstan zündete. Es brauchte einen Monat, bis US-Präsident Truman in einer Presseerklärung „dem amerikanischen Volk“ erläuterte, daß man nun Beweise für eine „Atomexplosion in der UdSSR“ habe. Wie man heute aus dem geleakten Bericht der CIA („Analysis of Soviet press an Radio“) vom 14. April 1949 weiß, liefen die geheimdienstlichen Beobachtungen des sowjetischen Atomprogramms schon ein Jahr länger. Die Kernfrage, mit der sich die Geheimdienste der USA seither intensiv beschäftigten, war, wie es der Sowjetunion gelingen konnte, nuklear gleichzuziehen und damit die ausufernden

Träume von der atomaren Weltbeherrschung durch die USA zunichte zu machen. Am Abend des 19. Juni 1953 wurde der Journalist Bob Considine vor den Toren des Sing-Sing-Gefängnis von seinen Kollegen abgefangen und über das, was er wenige Minuten zuvor im Todesstrakt gesehen hatte, befragt. Er war Zeuge der Hinrichtung des Ehepaars Julius und Ethel Rosenberg, die das „Atomgeheimnis der USA“ an die Sowjetunion verraten haben sollen. Sie waren die einzigen amerikanischen Staatsbürger, die jemals von einem US-Gericht wegen Spionage zum Tode verurteilt wurden. Aus den Worten, die Considine benutzte, triefte ein letztes Mal der Haß der Regierungsmedien. Ethel Rosenberg, so erklärte er, habe beim ersten Mal „nicht genug Strom abbekommen“, so daß die Ärzte sie vom elektrischen Stuhl abge schnallt hätten und „dieser Person im billigen Gefängnisfummel“ ein Stethoskop ans Herz gelegt hätten. Zum Erstaunen der Anwesenden lebte sie noch. So wurde „sie wieder an die Elektroden angeschlossen und erhielt mehr Strom. Eine Rauchwolke trieb von ihrem Kopf zum Oberlicht.“ „Jetzt“, so Considine, habe „sie ihrem Schöpfer eine Menge zu erzählen“. Eine Anspielung darauf, daß die Rosenbergs seit dem Tage ihrer Verhaftung im Juli 1950 ihre Schuld bestritten und geschwiegen hatten. Ethel Rosenberg wurde kurz nach Julius Rosenberg

verhaftet, da das FBI davon überzeugt war, er werde seine Hintermänner und „Glaubensgenossen“ verraten, wenn er weiß, daß auch seine Frau in Haft ist. Die Rechnung ging nicht auf. Auch nach dem Todesurteil (5. April 1951), anlässlich der neun von ihren Anwälten gestellten Gnadengesuche und zuletzt am Tag der Hinrichtung, unterbreitete die Staatsanwaltschaft beiden das Angebot, ihr Leben zu retten, wenn sie doch endlich redeten. Sie schwiegen. Verurteilt nach dem Spionagegesetz von 1917, das die Todesstrafe allerdings nur dann vorsah, wenn sich die USA in „einem Krieg“ befinden. Der „Kalte Krieg“ reichte Richter Kaufman. Er wandte sich am letzten Verhandlungstag an die Angeklagten: „Ich glaube, daß Ihr Verhalten – die Atombombe in die Hände der Russen zu legen, Jahre bevor unsere besten Wissenschaftler vorher sagten, daß Rußland die Bombe fertigstellen würde – meiner Meinung nach bereits die Ursache für die kommunistische Aggression gegen Korea ist, die über 50 000 Todesopfer

forderte, und wer weiß, wie viele weitere Millionen unschuldiger Menschen den Preis für Ihren Verrat zahlen werden.“ Verurteilt am Gesetz vorbei, nicht nur, weil die Todesstrafe des Spionagegesetzes gar nicht hätte verhängt werden dürfen. Ohne direkte Beweise basiert das Urteil allein auf den Aussagen des Bruders von Ethel Rosenberg, dem Mechaniker David Greenglass und seiner Frau Ruth, die bekundeten, beobachtet zu haben, wie Ethel handschriftliche Notizen ihres Bruders, die dieser Julius zur Verfügung gestellt hatte, mit einer Schreibmaschine abgetippt hätte. David Greenglass, der beim Atomwaffenprojekt in Los Alamos (Codename: „Manhattan-Projekt“) als bloßer Handlanger arbeitete, hatte damit seinen eigenen Kopf aus der Schlinge gezogen. Mehr als 30 Jahre später – inzwischen hatte er seine Haftstrafe verbüßt – erklärte er, er habe damals im Rosenberg-Prozeß unter Eid stehend gelogen: „Meine Frau ist mir wichtiger als meine Schwester. Ich würde meine Frau und meine Kinder nicht für meine Schwester opfern.“ Die von Greenglass in Los Alamos beschafften Informationen waren für das sowjetische Atomwaffenprojekt ohnehin wertlos, wie man heute, nachdem in den letzten 20 Jahren verschiedene geheime Informationen öffentlich gemacht wurden, weiß. Aufsehen erregte im Oktober 2024 die Veröffentlichung einer Geheimdienstnotiz des US-Geheimdienstes NSA vom 22. August 1950. Das handschriftliche Memo von Meredith Gardner, einer Linguistin der NSA, berichtet über die Auswertung von Funksprüchen, die die sowjetische Botschaft nach Moskau gekabelt haben soll. Es offenbart, daß Julius Rosenberg unter seinen vermeintlichen Decknamen „Antenna“ und „Liberal“ zwar Informationen für die Sowjetunion beschafft hat, weist aber keine Bezüge zum „Manhattanprojekt“ auf. Zu Ethel Rosenberg heißt es, sie

sei „Parteimitglied“ (gemeint ist die Kommunistische Partei der USA – CPUSA), wegen ihrer kränklichen Konstitution nicht zur Mitarbeit geeignet. Das Memo war schon in den NSA-Akten, als die Rosenbergs noch nicht einmal angeklagt waren. Das NSA, so steht heute fest, hat diese entlastenden Feststellungen auch vor Gericht und Staatsanwaltschaft geheimgehalten. Der Grund hierfür war, daß man die Überwachungsmaßnahmen nicht öffentlich machen wollte, weil die Sowjetunion weiter davon ausgehen sollte, der Nachrichtencode sei nicht von der NSA geknackt worden. Ohnedies blieb schon 1950 offen, weshalb ein Mechaniker wie David Greenglass, der keinerlei Zugang zum Kreis der Atomwissenschaftler in Los Alamos hatte, überhaupt hätte brisante Informationen beschaffen können. Offen zu Tage lag 1950 auch folgendes: Der deutschstämmige Kommunist Klaus Fuchs wurde im August 1944 nach Los Alamos verlegt, wo er in der theoretischen Abteilung unter Hans Bethe und Edward Teller arbeitete. Er spezialisierte sich auf die Erforschung von Implosionsmethoden. Nach Kriegsende kehrte Fuchs nach England zurück und setzte seine Arbeit am britischen Atombombenprojekt als Leiter der Physikabteilung des Harwell Atomic Energy Research Establishment fort. 1949, vier Jahre nach Kriegsende, entschlüsselte der United States Army Signal Intelligence Service (SIS) Nachrichten, die nahe legten, daß Fuchs Nachrichten an die Sowjetunion weitergegeben haben soll. Fuchs wurde im Januar 1950 verhaftet und wegen Verletzung der Geheimnisgesetze angeklagt. Er gab zu, für die UdSSR Kundschafterdienste geleistet zu haben und wurde im März wegen Spionage zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er neun verbüßte. Die Solidaritätsbewegung für die Rettung der Rosenbergs vor dem Tod auf dem elektrischen Stuhl umspannte den gesamten

Globus. Pablo Picasso, Paul Robeson, Papst Pius XII., Prof. Albert Einstein, sie alle wandten sich öffentlich und wie Einstein auch durch Telegramme an US-Präsident Eisenhower mit der Forderung nach Begnadigung. 161 Kirchenvertreter in den USA verfaßten eine Resolution zur Rettung der Rosenbergs. Unzählige Solidaritätsbekundungen aus Europa überschwemmen die Briefkästen des Weißen Hauses, auch aus der DDR, wo beispielsweise die Belegschaft des VEB Fernmeldewesen am 24. November 1952 die Forderung nach der „sofortigen Aufhebung dieses ungerechten Urteils“ nach New York kablete. Ethel und Julius Rosenberg heirateten 1939. Das Paar hatte zwei Söhne, Michael und Robert. Beide, inzwischen hochbetagt, arbeiten seit über 50 Jahren an einer Rehabilitierung der Rosenbergs: „Unsere Eltern, Ethel und Julius Rosenberg, wurden am 19. Juni 1953 während der antikomunistischen Hysterie der Ära des Kalten Krieges hingerichtet. Sie waren wegen Verschwörung zur Spionage verurteilt worden, was als ‚Verbrechen des Jahrhunderts‘ bezeichnet wurde. Wir waren sechs und zehn Jahre alt, als sie getötet wurden.“ Ihre Wiederaufnahmegesuche an die US-Präsidenten Obama, Donald Trump und Joe Biden verhallen ohne Reaktion. Die Geschichte der Rosenbergs ist vielmehr als die Geschichte zweier Menschen, die ihre Prinzipien über ihren eigenen Tod stellten, die der Erpressung eines menschenverachtenden Machtapparats trotzten, selbst als ihre engsten Angehörigen mit Lügen ihren Tod beförderten. Ihr Fall ist ein Fanal, das bis heute zeigt, wohin die von Mächtigen betriebene Hetze gegen andere Völker zu führen vermag. In ihrem letzten Brief am Tag der Hinrichtung schrieb Ethel und Julius Rosenberg an ihre Söhne: „Wir sind ruhig in der Gewißheit, daß andere nach uns weitermachen werden.“

Dr. Ralf Hohmann

BUCHTIPP

► KEINE MÄRCHEN: Frauen erzählen Geschichte(n)

von Helga W. Schwarz (Herausgeber)

Micky Háy, Florence Hervé, Rosa Jochmann, Marie Juchacz, Luise Kautsky, Maria Leitner, Helga Prinzessin zu Löwenstein, Johanna Ludwig, Louise Otto-Peters, Larissa Reisner, Frida Rubiner, Anna Siemsen, Clara Zetkin
Die in diesem Buch versammelten Texte von Frauen – aber nicht nur für Frauen – ergaben ein Lesebuch zur Zeitgeschichte. Es sind literarische und journalistische

Fundstücke ohne Patina, kleine Spiegel einer jeweils erlebten Zeit etwa zwischen 1845 und 1950. Bei Recherchen zum Leben und Schaffen noch heute bekannter Autorinnen (wieder-)gefunden, sind sie außerdem wahrhaftige Ergänzungen ihrer Biografien, so unterschiedlich auch die Form der Aussagen sein mag.

Herausgeber: Nora, 246 Seiten, ISBN-10: 3865574610, ISBN-13: 978-3865574619



Strategie des Rückzugs

Im dritten und letzten Band seiner Erinnerungen schildert Egon Krenz das Jahr 1989 und sein persönliches Leben danach

Zum 100. Geburtstag Alvaro Cunhals würdigte Klaus Steiniger am 9. November 2013 in der „jungen Welt“ den legendären Führer der Portugiesischen KP. Cunhals größte Leistung als kommunistischer Politiker und Revolutionsführer bestand aus seiner Sicht „darin, daß er sich nicht nur auf die Strategie des Vormarsches, sondern auch auf die Kunst des geordneten Rückzugs verstand.“ Als sich herausgestellt habe, daß die „Nelkenrevolution“ von 1974 in einem westeuropäischen NATO-Staat mit einer „weißen“ Bevölkerungsmehrheit im Landesnorden, Franco-Spanien im Rücken und der 6. US-Flotte vor den Küsten die Machtfrage nicht zu ihren Gunsten werde entscheiden können, habe die PCP ihre strategische Orientierung geändert und sich „ganz auf die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den neuerlichen Ansturm faschistoider Kräfte“ konzentriert.

An dieses Problem – den geordneten Rückzug einer kommunistischen Partei in Anbetracht des Kräfteverhältnisses – erinnert der dritte Band des Buches von Egon Krenz unter dem Titel „Verlust und Erwartung“. Vorbereitet waren er und die SED-Führung auf diese Problematik nicht. Marxisten-Leninisten haben zwar sehr viel über historischen Fortschritt und Revolution nachgedacht, aber wenig über Niedergang und Konterrevolution – vielleicht mit Ausnahme Kubas und Chinas. Erscheinungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stagnation wurden in den sozialistischen Ländern Europas nicht breit thematisiert, d. h. wesentliche Fragen der Entwicklungsdialektik sozialistischer Gesellschaften verschwanden aus den öffentlichen Debatten von Partei und Wissenschaft – in der DDR nach Walter Ulbrichts Sturz. Damit ging verloren, worin nach Lenin „das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse einer konkreten Situation.“ (Lenin: Werke, Band 31, Seite 154)

Krenz hat im zweiten Teil seiner Erinnerungen, die Ende 2023 unter dem Titel „Gestaltung und Veränderung“ erschienen, aus meiner Sicht einen großen Beitrag zur Analyse der wirtschaftlichen und politischen Situation in der DDR seit Anfang der 70er Jahre geleistet: Die inneren und äußeren Zwänge, unter denen die SED-Führung stand, sind dort tiefgründig dargestellt worden. Die Besprechung des Bandes faßte ich im Januar-„RotFuchs“ 2024 so zusammen: „Damit war im Machtzentrum der DDR Sprengstoff gelegt, dessen Lunte nach einem Jahrzehnt wachsender wirtschaftlicher Probleme und erhöhter Spannungen mit Moskau nur noch gezündet werden mußte.“

Darum, um diese subjektive Seite der objektiven Prozesse, auf denen der Schwerpunkt des zweiten Bandes lag, geht es nun im dritten Teil. Er hat faktisch zwei Teile: Das Jahr 1989 einerseits sowie die Erfahrungen, die Krenz als politisch Verunglimpfter, als Verfolgter, Häftling und Publizist in den folgenden 35 Jahren gemacht hat. Am Schluß des Buches steht die Rede, die er auf der „junge Welt“-Veranstaltung zum 75. Jahrestag der Gründung der DDR am 7. Oktober 2024 im Berliner Kino Babylon hielt.

Bei der Buchvorstellung am 26. Mai, die ebenfalls im Babylon stattfand, wiederholte Krenz Sätze aus dem Text, die ihm besonders wichtig erschienen: „Nein, es wird ihnen nicht gelingen, die DDR zu einer Fußnote der deutschen Geschichte herabzuwürdigen. Sie ist mindestens ein Kapitel. Und nicht das schlechteste. Man kann mir vorwerfen, ich idealisiere die DDR. Mag sein. Na und?“ Ihm sei es wichtig, zu mehr Wahrhaftigkeit zu motivieren, wenn über den ostdeutschen Staat und seine Menschen geurteilt werde.

Das ist dringend nötig. Je mehr die BRD auf Kriegskurs gelenkt wird, je höher die Weltkriegsgefahr auch durch die Mächte des deutschen Imperialismus in der Ukraine und in Nahost steigt, desto mehr drischt das offizielle Berlin auf die DDR ein. So wie vergessen werden soll, daß die deutschen Monopole die bisher größte Kriegskatastrophe der Menschheitsgeschichte herbeiführten, soll auch aus der Erinnerung getilgt werden, daß die DDR nie an einem Krieg teilnahm und Kriege verhindert hat.

Es war deswegen kein Zufall, daß trotz Konterrevolution in der DDR die Waffen in den Händen der Staatsmacht schwiegen. In der offiziellen BRD wird das abgetan, bei Krenz zieht sich das Problem wie ein roter Faden durch: Das Problem des geordneten Rückzugs. Dabei ging es ab Ende 1988 um harte Fragen. Bereits auf den ersten Seiten zitiert Krenz seinen langjährigen Freund, den Leiter der Abteilung Sicherheitsfragen im SED-Zentralkomitee, Wolfgang Herger: „Wenn Erich Honecker Altersweisheit besäße, würde er jetzt zurücktreten. Wenn er es auf der nächsten Tagung des ZK nicht macht, werde ich ihn dazu auffordern.“ Krenz brachte Herger von dem Vorhaben ab, aber im Februar 1989 machte Gerhard Schürer, Kandidat des Politbüros und Chef der Plankommission, „einen ersten ernsthaften Versuch, mich für einen Sturz Honeckers zu gewinnen“. Krenz zitiert, was Schürer selbst in seinen Erinnerungen dazu schrieb: Im Gespräch sei deutlich geworden, „daß sich Krenz schon länger mit ähnlichen Gedanken beschäftigt hatte“. Und Krenz nennt noch zwei weitere Politiker,

den FDJ-Vorsitzenden Eberhard Aurich und den Leiter der Abteilung Jugend im ZK, Gerd Schulz, die ihn am 12. September 1989 im Urlaub aufsuchten und dasselbe Ansinnen hatten.

Am Ende war die Ablösung der Führungsspitze nur „putschartig“ möglich – mit vielen Unwägbarkeiten. Krenz: „Die Dringlichkeit eines kontinuierlichen Generationswechsels in der politischen Führung hatte ich unterschätzt. Zu groß war überdies mein Respekt vor Honecker und seinen gleichaltrigen Genossen, die in der Nazizeit widerstanden und in Konzentrationslagern und Kerkern gelitten hatten.“ Von den 22 Politbüromitgliedern waren das zehn. Zu dem Zeitpunkt allerdings sei die nie einkalkulierte Situation eingetreten, daß die Bevölkerung nicht mehr der Führung folgte. Laut Krenz registrierten Wissenschaftler in Umfragen zwischen 1983 und 1986 noch ein „Zwischenhoch“ an Zustimmung, ab 1987 aber habe „ein bis dahin für die DDR unbekannter Schwund politischer Überzeugungen“ begonnen, „den das Politbüro nicht zur Kenntnis nehmen wollte“. Das Resultat stellt Krenz in der Leninschen Formulierung einer revolutionären Situation dar: „Zwar war die DDR-Führung nicht mehr in der Lage, die Macht in der gewohnten Weise auszuüben, und das Volk seinerseits war nicht mehr bereit, alles hinzunehmen – doch eine Revolution gegen den Sozialismus, nein, das war es nicht. Die Menschen wollten eine andere, eine bessere DDR.“ Einzuwenden wäre: Der Boden für das Überlaufen zum Kapitalismus war aber bereit.

Der Rest ist rasch wiedergegeben: Krenz war zusammen mit den Spitzen der DDR-Sicherheitsbehörden dafür verantwortlich, daß bei den Demonstrationen im Oktober 1989 insbesondere in Leipzig nicht geschossen wurde. Er überschritt dabei nach seinen Worten die eigenen Kompetenzen, da Honecker noch Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates war. Die Vorbereitung auf dessen Rücktritt am 18. Oktober – kurz danach – schildert der Autor im Rahmen des bisher Bekannten.

Was Krenz über die anschließende polizeiliche und juristische Verfolgung berichtet, ist eine Skandalchronik, die nur eine Schlußfolgerung zuläßt: Der siegreiche Staat hat nie verziehen, daß der Umschwung in der DDR unblutig verlief. Zehn Jahre nach 1989 bombardierte die deutsche Luftwaffe Belgrad. Das allein sollte reichen, um die BRD zu verabscheuen. Gründe, die DDR zu studieren und zu mögen, nennt Krenz zur Genüge.

Arnold Schölzel

Egon Krenz: Verlust und Erwartung. Erinnerungen. Edition Ost, Berlin 2025, 349 Seiten, 26 Euro

Autonome Gemeinschaft Baskenland

Ich hatte die Gelegenheit, zehn Tage in Bilbao im Baskenland mit Ausflügen nach Guernica, Durango, San Sebastian und anderen kleineren Ansiedlungen zuzubringen. Ich hatte den Eindruck, daß die Basken mit ihrer Geschichte, die auch von der faschistischen Vergangenheit unter Franco und dem spanischen Bürgerkrieg (1935 bis 1939) geprägt ist, völlig anders als in Deutschland umgehen.

Bilbao besitzt eine Standseilbahn, die einen Höhenunterschied von 750 m überwindet und oben einen herrlichen Ausblick über die Stadt gestattet. Das Eindrucksvollste sind jedoch Gedenktafeln, die an den Bürgerkrieg erinnern mit Namen von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Sacco und Vanzetti, Karl Marx, Bakunin, Lenin und vieler anderer, die entweder am spanischen Bürgerkrieg teilnahmen oder deren Namen den Internationalen Brigaden verliehen wurden. In den Bataillonen Hans Beimler, Thälmann, Tschapajew und Etkar André kämpften deutsche Kommunisten und Antifaschisten wie Heinz Hoffmann, Hans Beimler, Max Roscher, Walter Janka, Wilhelm Zaiser und Richard Kreikemeyer gegen die Franco- und deutschen Faschisten. Neben der deutschen Luftwaffe entsandte Hitler 10 000 Soldaten der faschistischen Legion „Condor“ zur Bekämpfung der rechtmäßigen linksgerichteten Regierung nach Spanien. Im Sommer 1937 bestand das Volksheer aus 153 Brigaden mit 800 000 Mann, ein Jahr später aus 200 Brigaden mit etwa 1,2 Millionen Soldaten. Für die Verteidigung der Republik kämpften nicht nur spanische Republikaner, sondern auch tausende ausländische Freiwillige.

Guernica, die von deutschen und italienischen Faschisten im April 1937 mit ca. 2000 bis 3000 Toten in Schutt und Asche gelegte Kleinstadt, hatte keinerlei militärische Bedeutung. Bereits Wochen vorher hatten die Faschisten aus Deutschland den Ort Durango zerbombt, was mehr als 300 Menschen den Tod brachte. Erst nach der Abdankung Francos 1975 bequeme sich die BRD zu einer Entschuldigung. Man sieht auch Losungen an Häuserwänden, wie z.B. „Sozialismus aufbauen“ und vor allem keine militärisch untersetzte Werbung in der Öffentlichkeit. Das kann man auch in Guernica feststellen. Das mag in Madrid sicher anders sein. Die Basken wollen aber mit Madrid nichts zu tun haben. Franco hatte die Sprachen kastilianisches Spanisch, Katalanisch, Valencianisch, Galicisch, Baskisch und Aranesisch verboten. Diese Sprachen unterscheiden sich explizit von dem in Madrid und im Süden gesprochenen Spanisch. So mußten die Menschen das in Madrid gesprochene Spanisch als Amtssprache erlernen. Dieses Verbot gilt

heute nicht mehr, und die Bewohner dieser Gebiete sprechen ihre Sprache.

Bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts war das Baskenland eine wohl ziemlich heruntergekommene Industrieregion. Deshalb organisierte sich damals in den 50er Jahren die ETA, die mit militärischen Mitteln die Abtrennung des Baskenlandes von



Stadtansicht aus Gernika (Guernica)

Spanien verfolgte. 2011 verkündete die ETA das Ende ihres bewaffneten Kampfes.

Mit dem Bau des Guggenheimmuseums in den ehemaligen Industriebrachen erfolgte eine Aufwertung des gesamten Gebietes und der Stadt. Eindrucksvolle Architektur, innen wie außen. An dem Standort befanden sich bis Anfang 1980 Werften, Eisengießereien und andere Industrien. Im Museum selbst gibt es eine Ausstellung einer brasilianischen kommunistischen Malerin aus dem vergangenen Jahrhundert und dem Bildnis mit Aussagen von Dolores Ibarruri, eine der Gründerinnen der Kommunistischen Partei in Asturien und Mitglied des Zentralkomitees der PCE. Das Museum wird von vielen Schulklassen besucht. Überall in Bilbao und Nebenorten entstehen Neubauten und allseits gepflegte Anlagen. In die Augen sticht die allgemeine Sauberkeit in Bilbao und angrenzenden Gebieten. Die Gegend besitzt ein ausgezeichnetes infrastrukturelles öffentliches und preislich unschlagbares Verkehrssystem mit S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn und Busverkehr, mit einem unterirdischen Busbahnhof und das bei einer Stadt mit 350

000 Einwohnern. Außerdem gibt es ein vorbildlich ausgebautes Autobahn- und Fernstraßensystem. Auf den S- und U-Bahnen keinerlei Verkaufseinrichtungen. Diese sind zum Fahren da und nicht zum Shoppen, wie im Berliner Hauptbahnhof, wo man nicht so richtig weiß, ob man sich in einem Bahnhof oder einer Shoppingmeile befindet. Eine Busfahrt nach dem 33 km entfernten Guernica kostete nur Cent-Beträge.

Der Berliner Verkehrssenat sollte sich hierzu einfach mal informieren, wie so etwas funktioniert. Berlin hat eigentlich ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrssystem, aber es wurde über Jahrzehnte kaputtgespart. Das Ergebnis sieht man gegenwärtig. Wohin man blickt, Müll und Dreck, Bettler allerorten. Berlin will Haupt- und Weltstadt sein. Man liegt jedoch meilenweit daneben. Hauptsache, das Geld für die Aufrüstung ist vorhanden. Das Bedenkliche hierbei ist, daß es eine Menge Kleinanleger gibt, die ihre Ersparnisse bei den boomenden Rüstungsunternehmen investieren, in denen für die Vorbereitung eines Krieges gearbeitet wird. Sie freuen sich über die paar Cent Rendite und begreifen nicht, daß sie helfen, einen Krieg nicht nur vorzubereiten, sondern auch zu organisieren. Guernica mahnt!

Reiner Neubert
Berlin



„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht

Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

BSW: Konsequent gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft

Alexander King ist Gründungsmitglied des BSW und Landesvorsitzender der Partei in Berlin. Im Interview mit Rainer Balcerowiak skizziert King die aktuelle Situation des BSW und die anstehenden Aufgaben.

Rainer Balcerowiak: Das BSW ist immer noch damit beschäftigt, den Schock des verpaßten Einzugs in den Bundestag zu verarbeiten. Wo steht denn die Partei jetzt?

Alexander King: Sie steht jetzt vor allem am Anfang, jedenfalls was den Strukturaufbau betrifft. Bislang waren wir quasi permanent in Wahlkämpfen. Jetzt ist wichtig, daß wir Gebietsverbände gründen und sehr viele neue Mitglieder aufnehmen. Und was den Schock betrifft: Natürlich wäre die Stimmung besser, wenn wir es geschafft hätten. Aber ein Schock wäre es gewesen, wenn wir jetzt wirklich nur drei Prozent, wie manche Umfrageinstitute uns vorausgesagt haben, erreicht hätten. Das Ergebnis von fünf Prozent war für mich jedenfalls kein Schock.

Die in der Anfangszeit nachvollziehbare, sehr restriktive Aufnahmepraxis für Mitglieder hat sich nicht nur im Wahlkampf als Hemmschuh für das BSW entwickelt. Die Partei ist offensichtlich nicht umfassend kampagnenfähig. War und ist das BSW durch seine starke Fixierung auf parlamentarische Repräsentanz überhaupt in der Lage, sich auch als starke außerparlamentarische Opposition zu formieren und breite politische Bewegungen zu initiieren?

Die restriktive Aufnahmepolitik war gut begründet und auch sinnvoll am Anfang. Hätte es die vorgezogene Bundestagswahl nicht gegeben, dann hätten wir bis zum regulären Termin natürlich viel mehr Mitglieder gehabt und auch viel mehr Unterstützer, die quasi die Aufnahme als Mitglied vor Augen gehabt hätten. So hatten wir wirklich zu wenig Manpower. Denn der Wahlkampf findet zwar auch im Netz, aber im wesentlichen auch auf der Straße statt. Und bei vielen Unterstützern, die nach mehreren vorangegangenen Wahlkämpfen immer noch keine Mitglieder waren, sank natürlich auch die Motivation.

Deswegen ist uns das ein bißchen auf die Füße gefallen. Es war trotzdem richtig, weil, wenn wir von Anfang an die Tore aufgemacht hätten, dann gäbe es uns vielleicht schon gar nicht mehr. Aber jetzt muß es eine Änderung geben, und die gibt es auch. Das Ziel ist, alle Unterstützer, die das wollen,

aufzunehmen, wobei wir natürlich weiterhin darauf achten, absolute Querulanten fernzuhalten.

Nicht nur für Wahlkämpfe, sondern auch für außerparlamentarische Kampagnenfähigkeit braucht man viele Leute, richtig. Aber man braucht auch den Willen und die Fähigkeit der Parteispitze, sich darauf zu orientieren. Sahra Wagenknecht hat wenige Wochen vor der Wahl gesagt: „Wer nicht im Bundestag ist, ist in der deutschen Politik kein relevanter Faktor mehr.“ Klingt das nicht eher demotivierend?

Eine politische Partei gründet sich, um gewählt zu werden und im Parlament eine Rol-



Alexander King

le zu spielen und eben die Interessen oder den Ärger der Wähler ins Parlament zu tragen. Aber wir müssen natürlich trotzdem auch auf der Straße sichtbar sein. Waren wir auch, etwa bei den Ostermärschen, wo wir als BSW deutlich präsent waren; oder am 8. Mai, wo unsere Kranzniederlegungen an Ehrenmalen auch medial rezipiert wurden. Am Ehrenmal am Berliner Tiergarten ging es auch um das Auftreten von ukrainischen Gruppen, mit übelster antirussischer Hetze und sogar einer NATO-Flagge. Da wurden dann z.B. die Parteivorsitzende Amira Mohammed Ali und ich im Tagesspiegel zitiert. Das ist ein gutes Beispiel dafür, daß man nicht nur mit parlamentarischer Arbeit, sondern auch mit öffentlicher Präsenz Wirkung erzielen kann. Trotzdem: Wir sind keine Bewegung, wir sind eine Partei, die natürlich auch auf der Straße so gut wie es geht sichtbar sein muß – jetzt, wo wir nicht mehr im Bundestag sind, erst recht.

Das BSW ist unbestritten die einzige nennenswerte politische Kraft, die konsequent gegen Krieg, Aufrüstung und

Militarisierung der gesamten Gesellschaft steht. Aber reicht das wirklich aus, um zum Beispiel bei Landtagswahlen als umfassende Alternative für Vernunft und Gerechtigkeit wahrgenommen zu werden? Noch mal zu Berlin: Da brennt es an allen Ecken und Enden. Mieten, Bauen, Wohnungslosigkeit, Verkehr, Schulen, Gesundheitsversorgung, Kultur usw. Manchen BSW-Mitgliedern scheint aber zu reichen, sich mit Friedenstransparenzen bei irgendwelchen Kleinkundgebungen oder am Rand größerer Veranstaltungen in Szene zu setzen, um das dann fleißig bei Facebook, X oder Instagram in entsprechenden Blasen zu verbreiten. Aber was hat das BSW denn landespolitisch zu bieten?

Zum einen ist unser „Markenkern“ ja auch in der Landes- und Bezirkspolitik wichtig. Da geht es z.B. um Fragen wie Bundeswehr-Werbung an Haltestellen und Fahrzeugen der Verkehrsbetriebe. Oder es geht um die rund 200 000 russischstämmigen Bürger in Berlin, die durch diese Kriegsrhetorik an den Rand gedrängt werden. Dann geht es auch um Städtepartnerschaften und wie die von Berliner Seite betrieben werden, etwa zu Moskau, Kiew oder Tel Aviv. Das sind alles auch landespolitische Themen, die mit Friedenspolitik zu tun haben. Aber wir vernetzen uns auch in anderen Bereichen, vor allem in bezug auf die katastrophale Wohnraumlage in Berlin.

Das muß natürlich für die Wahlen im Herbst 2026 alles noch genauer und konkreter gefaßt werden. Es gibt politische Eckpunkte des Landesvorstands und insgesamt 15 Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Themenbereichen, die weiter daran arbeiten. Und durch die forcierte Aufnahme neuer Mitglieder werden wir auch viel sachbezogene Expertise dazugewinnen.

Die klassische Abschlußfrage: Wie wird das BSW nach Ihrer Einschätzung in einem Jahr dastehen?

Das BSW wird auch in einem Jahr noch bestehen und weiter wachsen, weil der politische Platz, den wir eingenommen haben, sonst unbesetzt bliebe. Für Berlin bin ich mir sicher, daß wir dann mit einem sehr guten Programm und sehr guten Kandidaten in den Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus starten, getragen von einer stabilen Basis mit deutlich mehr Mitgliedern und Unterstützern.

Demokratiefeindlich und unfair

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hatte wegen starker Indizien bezüglich Unregelmäßigkeiten beim Wahlvorgang und angesichts eines historisch knappen Abschneidens unterhalb der fünf Prozent vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu diversen Aspekten geklagt. Im Zentrum stehe der Vorwurf an den Bundestag, keinen sogenannten Rechtsbehelf eingeführt zu haben, um bei Zweifeln an der Richtigkeit des Wahlergebnisses umgehend eine Neuauszählung der Stimmen verlangen zu können. Dieser Vorwurf ist meiner Meinung nach berechtigt und die diesbezügliche Situation muß geändert werden. Nun seien die Klagen aber vom BVerfG „als unzulässig“ verworfen worden, so die *ARD*.

Der EU-Abgeordnete des BSW, Fabio De Masi, stellt zur Einordnung der Entscheidungen des BVerfG auf X fest: „Es ging nur um die bereits per Eilantrag abgewiesenen Sachverhalte, ob bei knappen Wahlergebnissen ein schnelleres Wahlprüfungsverfahren geschaffen werden muß und ob die Reihung auf dem Stimmzettel zulässig war.“ Medienberichte, nach denen das BSW mit seiner Wahlprüfungsbeschwerde endgültig vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert sei, seien unzutreffend.

Die folgenden Passagen aus einem Artikel der *Tagesschau* machen deutlich, wie absurd und ganz offensichtlich inakzeptabel die bestehende Situation des Wahlrechts in den vom BSW angesprochenen Punkten ist: „*Allerdings verweisen die Richterinnen*

und Richter in Karlsruhe darauf, daß das BSW sich ja an das ‚übliche Wahlprüfungsverfahren im Bundestag‘ wenden könne. Doch da gibt es ein Problem. Denn mehr als drei Monate nach der Wahl gibt es noch immer niemanden, der sich im Bundestag für diesen Einspruch zuständig erklärt.“

Das BSW habe sich an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung gewandt. Doch von dort komme zurück: „Zu Ihrem Anliegen kann ich mich als Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung nicht äußern. Dieser Ausschuß führt zwar die Wahlprüfung im Titel, diese obliegt aber dem vom Plenum gesondert gewählten Wahlprüfungsausschuß.“

Es gebe also offenbar einen – wichtigen – Unterschied zwischen dem „Ausschuß für Wahlprüfung“ und dem „Wahlprüfungsausschuß“, so der Artikel. Die Pressestelle des Bundestages würde zudem mitteilen, daß sich alle Bundestagsausschüsse am 21. Mai konstituiert hätten, so auch der Ausschuß für Wahlprüfung. Den Vorsitz hat Macit Karaahmetoglu von der SPD. Der wiederum verweise aber auf den Wahlprüfungsausschuß (nicht Ausschuß für Wahlprüfung!), nur der sei für die Bewertung der Einsprüche zur Bundestagswahl 2025 zuständig – und: Dieser Ausschuß müsse erst noch vom Plenum gewählt werden, so die *ARD*.

Der Ausschußvorsitzende schreibt demnach weiter: „Der Wahlprüfungsausschuß wird dann abschließend dem Plenum des

Deutschen Bundestages zu jedem Einspruch eine Beschlußempfehlung vorlegen. Das Plenum wird anschließend über die Beschlußempfehlung entscheiden.“ Gänzlich inakzeptabel ist aber dieser Zustand: Laut Wahlprüfungsgesetz gibt es „keine Frist für die Beratungen und die Abgabe einer Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses an den Deutschen Bundestag“. Im Klartext heißt das: Die durch starke Indizien gestützten und darum meines Erachtens absolut berechtigten Forderungen des BSW nach einer seriösen Klärung des Wahlvorgangs können durch Abgeordnete konkurrierender Parteien ganz einfach ausgesessen werden. Und es sieht schwer danach aus, als würden viele der momentan im Parlament sitzenden Politiker genau das vorhaben.

Das ist, da es möglicherweise nicht illegal ist, demokratiefeindlich, unfair, ehrlos und ganz einfach skandalös.

Eine Überprüfung der Unregelmäßigkeiten wäre selbstverständlich ergebnisoffen: Möglicherweise würden dadurch ja auch die Sorgen der BSW-Wähler eindeutig widerlegt, daß ihre Stimmen unberechtigt unter den Tisch fallen sollen. Aber Klarheit muß geschaffen werden – und das schnell! Daß sich auch Politiker gegen eine solche seriöse Klärung sträuben, die permanent vom hohen Stellenwert der Demokratie reden, macht den Vorgang noch aufreizender.

Tobias Riegel

Quelle: Nachdenkseiten, 6.6.2025

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juli!

Zum 96. Geburtstag

Wolfgang Giensch (Neubrandenburg) am 18. Juli

Zum 94. Geburtstag

Günter Lidke (Bitterfeld/Wolfen) am 29. Juli

Zum 93. Geburtstag

Franz Kramer (Berlin) am 8. Juli

Zum 92. Geburtstag

Dr. Hans-Joachim Lorenz (Berlin) am 3. Juli

Eberhard Fischer (Berlin) am 9. Juli

Volker Fongern (Berlin) am 13. Juli

Frieder Rosada (Wismar) am 18. Juli

Josef Weihrauch (Teterow) am 25. Juli

Zum 91. Geburtstag

Werner Teichmann (Ludwigsfeld) am 5. Juli

Arno Reinhold (Schwerin) am 6. Juli

Hans Krämer (Cölpin) am 8. Juli

Klaus Baltruschat (Berlin) am 27. Juli

Zum 90. Geburtstag

Karl-Heinz Helms (Berlin) am 3. Juli

Lieselotte Heise (Heringen/Helme) am 26. Juli

Alfred Mauch (Wismar) am 27. Juli

Manfred Theisinger (Bestensee) am 31. Juli

Zum 85. Geburtstag

Rainer Paskowsky (Pinnow) am 2. Juli

Rainer Uhlig (Chemnitz) am 4. Juli

Werner Billwitz (Leipzig) am 10. Juli

Kurt Jannaschk (Ilseburg) am 31. Juli

Zum 80. Geburtstag

Helmut Kohlmann (Moraas) am 11. Juli

Gisela Weidauer (Wandlitz) am 28. Juli

Zum 75. Geburtstag

Michael Junghans (Rosenthal-Bielatal) am 27. Juli

Dietmar Löwa (Chemnitz) am 27. Juli

Zum 70. Geburtstag

Susanne Steinhardt (Heidesee) am 28. Juli

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

„Die Deutsche Volkspolizei – ein Sicherheitsorgan in Übereinstimmung mit den Interessen der Bürger der DDR“

Gedanken zum 80. Gründungstag der Deutschen Volkspolizei

Die Geschichte der Deutschen Volkspolizei ist Teil der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, der Verteidigung der Errungenschaften der Werktätigen und des Kampfes um die Sicherung des Friedens. Die Volkspolizei (VP) schützte in all den Jahren ihres Wirkens die Rechte der Bürger, so auch das Recht des Eintretens gegen Krieg und Faschismus, für Frieden, Sozialismus, Völkerfreundschaft und internationale Solidarität mit unterdrückten Völkern. Ob im Alltag oder bei Großveranstaltungen wie den Weltfestspielen der Jugend und Studenten, den Deutschlandtreffen der FDJ, den 1.-Mai-Demonstrationen, den Januar-Demonstrationen zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Kranzniederlegungen an sowjetischen Ehrenmalen und zu weiteren gesellschaftlichen Höhepunkten.

Erinnerung an den Aufbau einer neuen, antifaschistischen Polizei nach der Befreiung vom Faschismus

Die Befreiung, auch des deutschen Volkes, vom Faschismus eröffnete den Weg zum gesellschaftlichen Fortschritt. Zugleich erwuchs daraus die Verpflichtung, Sorge zu tragen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Für die Bewältigung schwierigster gesellschaftlicher Probleme setzten sich in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die „Aktivisten der ersten Stunde“ ein, zurückgekehrt aus Konzentrationslagern, dem Exil oder aus den Reihen der Roten Armee. Deutsche Verwaltungsorgane wurden gebildet, so auch antifaschistisch-demokratische Polizeikräfte. Den Kern der neuen Polizei bildeten Kommunisten und andere Antifaschisten. In den Personalbestand wurden Arbeiter und Bauern übernommen. Die Polizei wurde zur Abwehr von Bedrohungen durch Terroristen, gegen Plünderer und Schieber eingesetzt. Im Zusammenwirken mit der sowjetischen Besatzungsmacht ermittelte die Kriminalpolizei gegen untergetauchte Nazi- und Kriegsverbrecher und legte beweiskräftige Ermittlungsergebnisse vor. Die Polizei sicherte die Durchführung der demokratischen Bodenreform und des Volksentscheids über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in Sachsen. Im Mai 1949 wurde der Befehl erlassen, den 1. Juni als Tag der Volkspolizei zu begehen. Dieser wurde später auf den 1. Juli festgesetzt, als der 1. Juni Kindertag wurde.

Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war ein Staat entstanden, dessen Schutz und Unantastbarkeit den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes entsprachen. Die neue einheitliche

Staatsmacht wurde zum Hauptinstrument der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung.

Die erste ernsthafte Bewährungsprobe bestand die Volkspolizei gemeinsam mit der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) und den anderen bewaffneten Organen bei der Zerschlagung des konterrevolutionären Putschversuchs am 17. Juni 1953. In Auswertung dieser Ereignisse wurden die Kampfgruppen der Arbeiterklasse für den Schutz der Betriebe und für die Territorialverteidigung aufgebaut, von der VP ausgebildet und bewaffnet (Personalstärke 200 000 Mann).

An der Planung und Organisierung der Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 zur Sicherung des Friedens hatte die Volkspolizei einen entscheidenden Anteil. In Berlin standen in vorderster Linie die Angehörigen der Bereitschaftspolizei, gemeinsam mit Werktätigen in den Uniformen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse.

Am 12. Oktober 1949 erfolgte die Bildung des Ministeriums des Innern (Mdi)

Organe des Mdi waren die Volkspolizei, Feuerwehr und der Strafvollzug. Ihre Personalstärke belief sich im Jahre 1989 auf 150 000 Mann, davon 40 000 Zivilangestellte. Zum Apparat des Ministeriums gehörten ebenfalls die Hauptabteilungen Volkspolizei-Bereitschaften und Kampfgruppen. Operative Hauptkraft auf der Straße war die Schutzpolizei mit einem Personalbestand von 36 000 Mann, zusätzlich 6000 Abschnittsbevollmächtigte (ABV). Weibliche Angehörige wurden im schutzpolizeilichen Streifendienst im Wesentlichen nicht eingesetzt. 150 000 freiwillige Helfer kamen zur Unterstützung der ABV und der Verkehrspolizei zum Einsatz. Für die Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit engagierten sich bis zu 280 000 Bürger in Verkehrssicherheitsaktivitäten sowie als Lektoren in Verkehrsteilnehmerschulungen (Stand 1982). Zur Gewährleistung des Brandschutzes waren die Berufsfeuerwehren und freiwilligen Feuerwehren mit 440 000 Angehörigen rund um die Uhr im Einsatz.

Innenminister in der Geschichte der DDR waren in chronologischer Reihenfolge: Karl Steinhoff (SED), Willi Stoph (SED), Karl Maron (SED), Friedrich Dickel (SED), Lothar Ahrendt (SED) und Peter-Michael Diestel (DSU/CDU). Im Jahre 1963 wurde Friedrich Dickel in die Funktion des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei eingeführt – Arbeitersohn, Jungkommunist, Kämpfer der Interbrigaden in Spanien, Mitarbeiter der Militäraufklärung der Roten

Armee (GRU) im Zweiten Weltkrieg, nach der Rückkehr Angehöriger der Volkspolizei, Absolvent der Generalstabsakademie der Sowjetarmee, Stellvertreter des Verteidigungsministers der DDR. Seine persönlichen Leistungen rückte er niemals in den Vordergrund. Die sowjetischen Genossen bezeichneten ihn als „Kämpfer der alten Thälmannschen Garde“. Nach dem Rücktritt der Regierung Willi Stoph am 7. November 1989 konnte Genosse Dickel das Ministerium erhobenen Hauptes verlassen. Unter seiner Leitung wurde das Mdi zu einem effizienten Organ der Staatsmacht entwickelt. Sein Auftrag bestand in der Vorbeugung von Gefahren, Beseitigung von Störungen, Verhütung und Aufklärung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen (erreichte Aufklärungsquote über 70 %, bei Tötungsdelikten fast 100 %). Geschützt wurde das sozialistische, persönliche und private Eigentum. Gesichert wurden wichtige Betriebe und Anlagen. Ordnung und Sicherheit im Straßen- und Schienenverkehr mußten gewährleistet werden, eine strenge Ordnung im Umgang mit Waffen und Sprengmitteln wurde durchgesetzt. Die Kriminalitätshäufigkeit war im internationalen Vergleich niedriger als in anderen Ländern. Der Aufgabenerfüllung dienten darüber hinaus die Experten des Kriminalistischen Instituts der Deutschen Volkspolizei, der Zentralstelle für Datenverarbeitung, des Instituts der Feuerwehr, die Piloten der Hubschrauberinheit des Mdi und weiterer Dienststellen.

Die Aus- und Weiterbildung der Angehörigen der Organe des Mdi erfolgte in über 15 Bildungsstätten. Aufgebaut wurde ein einheitliches Schulsystem von der Dienstanfängerausbildung, Ausbildung der Offiziere der mittleren Laufbahn bis zur höheren Laufbahn, für diese an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei „Karl Liebknecht“ und der Offiziershochschule des Ministeriums des Innern „Artur Becker“ – Bereitschaften. Darüber hinaus wurden die Führungskader an den höheren akademischen Kursen der Hochschule der Volkspolizei und dem Institut für marxistisch-leninistische Weiterbildung des Mdi ausgebildet, sowie an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Akademie des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der UdSSR, der Militäarakademie der NVA und anderen Einrichtungen.

Rechtsgrundlagen der Tätigkeit der Volkspolizei waren die Verfassung und die Gesetze der Volkskammer. Das Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei vom 1. August 1968 regelte die

Grundsätze, Aufgaben und Befugnisse, den Schadensersatz für Bürger bei der Unterstützung der VP sowie das Beschwerdeverfahren gegen Maßnahmen der VP. Dieses, sowie das Brandschutzgesetz und das Strafvollzugsgesetz bildeten die Arbeitsgrundlage für das MdI und seine Organe.

Die jederzeitige Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als gesamtgesellschaftliches Anliegen erforderte eine enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Gleichzeitig wurde das Zusammenwirken mit den örtlichen Volksvertretungen, den Staats- und Wirtschaftsorganen sowie gesellschaftlichen Organisationen ausgebaut. Darüber hinaus mußten jährlich 200 000 Eingaben der Bürger bearbeitet werden, wovon 12 000 die VP-Dienststellen direkt betrafen. Diese wurden einerseits als Ausdruck des Vertrauens und andererseits als Hinweise für die Aufdeckung eigener Schwachstellen betrachtet.

Zur internationalen Arbeit des MdI

Der Innenminister führte einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den sowjetischen Amtskollegen. Vertragliche Beziehungen wurden ebenfalls mit den

Innenministerien anderer sozialistischer Länder hergestellt, so der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Volksrepublik Polen, Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, Republik Kuba, der Mongolischen Volksrepublik und der Sozialistischen Republik Vietnam.

Gegenstand der Zusammenarbeit waren die Führungstätigkeit, Forschung für die Kriminalitätsbekämpfung, der Brandschutz, die Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie logistische Aufgaben. Der Austausch erfolgte im Rahmen von Studienlegationen sowie in Form gemeinsamer Publikationen, durch Auswertung von Dokumentationen, Periodika und Ausbildungsunterlagen.

Regelmäßig wurden die Internationalen Kriminalistischen Symposien und Konferenzen der Brandschutzorgane veranstaltet. Zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit fanden Konsultativberatungen der Leiter der Verkehrspolizei der Mitgliedsländer des RGW, wissenschaftlich-technische Konferenzen und die Abstimmung von Verkehrsregeln in der Arbeitsgruppe Straßenverkehrssicherheit des RGW statt.

Mit der weltweiten internationalen Anerkennung beteiligte sich die DDR unter Federführung des MdI an der Arbeit internationaler Gremien, so der Expertengruppe Straßenverkehrssicherheit der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) und des Internationalen Technischen Komitees für vorbeugenden Brandschutz (CTIF) sowie an den UNO-Kongressen über Kriminalitätsvorbeugung und Behandlung von Strafrechtsverletzern.

Enge Verbindungen bestanden zwischen dem MdI und dem Oberkommando der 400 000 Mann starken Westgruppe der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Die Volkspolizei stand von Beginn an bis zum Ende der DDR für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und das friedliche Leben der Bürger ein. Der Einsatz von Generationen von Volkspolizisten ist hoch zu würdigen. Sie waren stets bemüht, in Übereinstimmung mit den Interessen der Bürger zu handeln. Sie kamen „aus dem Volk, für das Volk“ (Paul Markgraf, Polizeipräsident von Berlin 1945).

Bernhard Schwarz, Berlin

Quelle der Zahlenangaben (gerundet): Karl-Heinz Schmalfuß, Innenansichten, Helios Verlags- und Buchgesellschaft mbH, Aachen, 2009

17. Sanktionspaket der EU gegen Rußland hat keine Rechtsgrundlage

Die Charta der Vereinten Nationen wurde am 26. Juni 1945 als Grundlage des Völkerrechts beschlossen. Sie beinhaltet u.a. Sanktionen gegen Staaten, die den Frieden in der Welt bedrohen.

Dieses ist in der Charta unter Artikel 33 und Artikel 36 verankert. Im Artikel 41 ist festgelegt, daß ausschließlich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Maßnahmen beschließen kann, die sich gegen Staaten richten, die keine Anwendung von Waffengewalt beinhalten, z.B. die völlige oder teilweise Unterbrechung wirtschaftlicher Beziehungen und des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen-, Funk- und sonstiger Verbindungen sowie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen umfassen.

Seit Jahrzehnten verstößt der „kollektive Westen“ mit seinen Vorstellungen über eine „regelbasierte Ordnung“ gegen das in der UN-Charta fixierte Völkerrecht und beschließt vielfältige Sanktionen gegen Staaten, aber auch gegen Einzelpersonen zur Durchsetzung seiner Interessen.

Länder und Einzelpersonen, die gegen die Interessen imperialistischer Staaten stehen, werden diskreditiert, sanktioniert, politisch, wirtschaftlich und militärisch angegriffen.

Rußland kämpft in der Ukraine gegen die Bedrohung durch die NATO, gegen die Mißachtung seiner nationalen Interessen und gegen den wiedererstarkenden Faschismus in der Ukraine und in Europa. Nur in diesem Zusammenhang sind die antirusischen Sanktionspakete der Europäischen Union, der USA und anderer Staaten zu verstehen.

Im 17. Sanktionspaket der Europäischen Union gegen die russische Volkswirtschaft gibt es jedoch eine Neuerung, indem erstmalig auch Sanktionen gegen zwei deutsche Staatsbürger verhängt werden. Es handelt sich um Alina Lipp und Thomas Röper. Der Stern übernimmt die Behauptungen der EU: „Die Bloggerin Lipp hatte in der Vergangenheit häufiger Falschinformationen über den Ukraine-Krieg auf ihrem Kanal „Neues aus Rußland“ im Onlinedienst Telegram verbreitet. Ihr und Röper werden vorgeworfen, „den demokratischen Prozeß in Deutschland untergraben“ zu wollen ...

Die Sanktionen gegen Institutionen und Menschen umfassen das Einfrieren ihrer Vermögenswerte. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen der EU ist es künftig untersagt, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus gilt für sie ein Reiseverbot, das sie an der Einreise

in oder der Durchreise durch EU-Gebiete hindert.¹

Beide Journalisten würden nach Auffassung der EU-Oberen auf der falschen Seite der Front im Rußland-Ukraine-Krieg stehen. Die Entscheidung der Europäischen Union auf Verfolgung der beiden Deutschen ist ein Versuch der Einschränkung der Pressefreiheit, der Meinungsfreiheit, der Informationsfreiheit und der freien Reisemöglichkeit. Es handelt sich zugleich um eine Einmischung in innere Angelegenheiten der BRD. Die EU ist kein Staat, die EU ist lediglich ein wirtschaftlicher Staatenverbund aus 27 Nationalstaaten.

Der Entzug von Rechten, von Vermögen und der Existenzgrundlagen für politisch anders Denkende erinnert an die düstersten Zeiten Europas.

Es spricht Bände, daß der vielgepriesene deutsche „Rechtsstaat“ nicht sofort gegen die Einschränkungen und Aufhebung der Bürgerrechte seiner deutschen Staatsbürger bei Frau Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, interveniert hat, zumal Bundeskanzler Merz doch selbst Jurist ist ...

Dr. Ulrich Sommerfeld, Berlin

¹ <https://www.stern.de/politik/alina-lipp-und-thomas-roeper--eu-verhaengt-sanktionen-gegen-deutsche-35741804.html>

Rußland hat das Feindbild zu sein

Israel bombt und bombt, wie es will. Es greift eine Atommacht an und hierzulande erhebt man bestenfalls den Finger. Ist Israels Angriffskrieg rechtens und nur Verteidigungskrieg, weil jede Kritik daran Antisemitismus sei nach westlichem Völker- und Staatsverständnis? Rußlands Sicherheitsinteressen dagegen werden ganz anders vom "Wertewesten" beurteilt. Warum ist das so? Warum darf medial nichts verlauten zum Standpunkt Rußlands? Hat man 70 Jahre lang "den Kommunismus" zum Feindbild gemacht, ist es nun Rußland. Doch wen bedroht Rußland eigentlich? Es ist offenbar die größte Bedrohung für den Westen, wenn Rußland seine Sicherheit an seinen Grenzen einfordert, was für jeden westlichen Staat Selbstverständnis ist. Man könnte sich der russischen Geschichte erinnern, an das Rußland, welches bereits 1918 von der Allianz westlicher Staaten militärisch angegriffen wurde, von Staaten, die im Ersten Weltkrieg noch Feinde gewesen sind. Wer weiß davon? Wer weiß heute noch, wer den Zweiten wie den Ersten Weltkrieg ganz offen vom Zaune gebrochen hat,

immer gegen Rußland, gegen die Sowjetunion?

Mit dem Feindbild und gesteuerter Bevölkerung funktioniert es, wie es Goebbels und Göring schon propagierten. „Das Volk kann mit oder ohne Stimmrecht immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.“ (Hermann Göring vor dem Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg, 18.4.1946)

Propagandagrundregel Nummer eins: Das Volk nie mit komplizierten Velfronten- und Feindbildern verwirren, ihm immer nur einen einzigen, einprägsamen Feind zeigen und ihm dieses Feindbild beharrlich, ständig und emotional klarmachen. Es funktioniert und die Bevölkerung glaubt mehrheitlich, in Demokratie und Freiheit zu leben.

Die Regel der bürgerlichen Propaganda: „Lüge, lärm, schreie, wiederhole die Lüge,

etwas wird schon hängenbleiben.“ (Lenin: „Der Lügenbund“)

Und heute? Bei allen noch bestehenden Unterschieden der Feindbildwahrnehmung zwischen Ost und West zeigt die Massenverdummung Wirkung. Sie zeigt sich in Gleichgültigkeit, Desinteresse, politischer Denkablenkung und das bei überzeugtem Besitz von Demokratie und Freiheit. Dabei sind die aggressivsten, kriegerischsten Mächte und das imperialistische Streben nach Weltmacht leicht zu erkennen. Was sie riskieren und bei Strafe des eignen Untergangs eingehen, kann man aus der eigenen Geschichte wissen, aber bestimmt nicht aus der Geschichte Rußlands. Was ist los, wenn die deutsche Bevölkerung mehrheitlich in den Chor der Putin-Verdammung einstimmt, den Antisemitismus-Nebel nicht begreift und sich alle westlichen Kriege als reine Verteidigung eintrichtern läßt? Die Frage ist, wann setzt das eigene Denken im eigenem Interesse wieder spürbar ein und das nicht nur nach AfD-Lesart?

Roland Winkler
Aue

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Juli/August

Juli

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Am Sonnabend, dem 19. Juli, um 14 Uhr spricht Uwe Trostel, ehem. Berater in Rußland und der Ukraine zum Thema: **Die „russische Gefahr“ – Realität oder Mythos?**

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 17. Juli, um 15 Uhr Diskussion zum Thema: **Russische Ansichten in Bildern und Ausführungen zur kollektiven Sicherheit von Dieter Neitzel**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

August

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Freitag, dem 15. August, um 14 Uhr: **Sommerfest/Gedankenaustausch zur Politik der neuen Bundesregierung in den ersten 100 Tagen ihrer Wahlperiode**

Ort: Birkenweg 2 a in 19230 Moraas

Es wird um Anmeldung bis zum 18. Juli 2025 gebeten:
Arno Reinhold: Tel.: 0385 39460535
0176 46155291, Mail: arnoreinhold50@hotmail.de/
reinholdschwerin80@gmail.com

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 16. August, um 10 Uhr spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats August!

Zum 97. Geburtstag

Harry Machals (Rostock) am 26. August

Zum 94. Geburtstag

Manfred Gimlott (Eichwalde) am 17. August

Zum 93. Geburtstag

Georg Haus (Neubrandenburg) am 20. August

Zum 92. Geburtstag

Hans-Joachim Zober (Cottbus) am 28. August

Zum 90. Geburtstag

Gerda Krahnert (Jena) am 28. August

Zum 85. Geburtstag

Reinhold Lang (Wandlitz) am 3. August
Hubert Fiebig (Stralsund) am 14. August
Rolf Schmidt (Berlin) am 21. August
Gerhard Fuchs (Strausberg) am 22. August
Horst Hommel (Berlin) am 22. August

Zum 80. Geburtstag

Bernd Vogler (Dereburg) am 5. August
Manfred Pohl (Sonneberg) am 26. August

Zum 70. Geburtstag

Uta Gohlke (Jena) am 5. August
Michal Schroedl (Veitshochheim) am 27. August
Ulf Wittkowski (Hamburg) am 31. August

Zum 65. Geburtstag

Jörg Lipmann (Niedergörsdorf) am 22. August

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



LESERBRIEFE

Israel eskaliert

Drei Tage vor den Gesprächen der USA in Oman mit dem Iran über dessen Atomprogramm führte Israel, selbst im Besitz von mehr als 70 nuklearen Waffen, einen brutalen Militärschlag auf die Bevölkerung, atomare Anlagen und Städte im Iran durch. Angeblich stehe der Iran unmittelbar vor der Fertigstellung von Atombomben. Israels Angriff ist nichts weiter als ein brutaler Krieg. Tulusi Gabbard, Chefin des amerikanischen Geheimdienstes, sagte noch im März 2025, der Iran baut keine Atombombe. Es hält sich an das Abkommen aus dem Jahr 2015. Mit Israels Überfall rückt die Welt einem nuklearen Krieg ein gutes Stück näher. Die USA und die BRD, die größten Unterstützer Israels, waren vorher informiert, unternahmen aber nichts dagegen. Auch keine Verurteilung ist zu hören. Der CDU-Politiker Armin Laschet nennt Israels Angriff berechtigt. Für Bundeskanzler Merz hat das Vorgehen Israels nur mit „Verteidigung“ zu tun. Merz übersieht, nicht der Iran, sondern Israel war der Angreifer.

Wilfried Schubert, Güstrow

Staatsstreich gegen die Staatsfinanzen

Es ist anzunehmen, daß Außenminister Wadephul am 15. Mai 2025 nicht nur in seinem eigenen Namen sprach, als er verkündete, die Bundesrepublik fühle sich verpflichtet, in Kürze mindestens 5 Prozent der volkswirtschaftlichen Leistung Deutschlands in Militär und Rüstung zu stecken. Nach gegenwärtigem Stand wären das ca. 225 Milliarden Euro, 45 Prozent des Staatshaushaltes der BRD und rund viermal so viel, wie bisher im Verteidigungshaushalt 2025 vorgesehen. Eine solche Erklärung gibt ein CDU-Außenminister einfach so nebenbei auf einer NATO-Konferenz ab. Es gibt zu dieser Idiotie weder eine breitere Aussprache im Lande noch eine bindende Festlegung im Parlament, das ja angeblich die Finanzhoheit im Lande ausübt. Es handelt sich um einen so gravierenden Einschnitt in die Gepflogenheiten

einer parlamentarischen Demokratie und die Staatsfinanzen, daß auch dem unbedarftesten Politiker klar sein dürfte: Das ist ein offener Putsch gegen das Volk und das von ihm gewählte Parlament. Zur gleichen Zeit darf zu Hause Finanzminister Klingbeil leise weinend feststellen, daß die Steuereinnahmen deutlich hinter den bisherigen Prognosen zurückbleiben werden. Und es geht kein Aufschrei durchs Land, wie dieser Wahnsinn dann bezahlt werden soll. Kaum an der Macht beweist die CDU damit, was all ihre bisherigen Sonntagsreden über unser Land und seine künftige Entwicklung wert sind: Nicht einen müden Groschen.

Diese Vergeudung von Mitteln ist nicht nur ein Putsch gegen den gesunden Menschenverstand. Es ist auch ein Putsch gegen das Parlament und seine Hoheit über die Staatsfinanzen. Das ist ein Putsch gegen jegliches Entwicklungsinteresse des deutschen Volkes. Wie gewohnt wiegeln die Medien ab und der deutsche Michel pflegt weiter seinen Tiefschlaf. Man leert ihm das Portemonnaie und bereitet sich darauf vor, sein Leben mit absoluter Sicherheit zu ruinieren. Wer einen solchen Putsch verschläft, dem ist wohl kaum noch zu helfen.

Achim Seider, Berlin

Meine Meinung zum „Manifest“

Ja, es gehört Mut dazu, in der gegenwärtigen Lage in diesem Land ein „Manifest“ zu veröffentlichen, in dem eine völlige Umkehr der Politik der EU und Deutschlands gegenüber Rußland gefordert wird.

Dieses Friedensmanifest wiegt um so schwerer, da es nicht von irgendwelchen „vaterlandslosen Gesellen“ verfaßt wurde, sondern vom SPD-Friedenskreis, dem namhafte Politiker angehören. Und die Liste derer, die zwischenzeitlich mit ihrer Unterschrift ihren Willen zum Frieden, zur Verständigung und Zusammenarbeit mit Rußland, zu einer diplomatischen Lösung und Beendigung des Krieges in der Ukraine bekundet haben, ist lang.

Was treibt diese Leute, in einem Land, in dem der Russenhaß Staatsräson ist, ein solches Dokument zu verfassen? Ich möchte nicht spekulieren, aber ich bin überzeugt, daß aus Rußland-Feinden nicht über Nacht Rußland-Freunde geworden sind. Ich denke, man hat erkannt, daß die gegenwärtige Politik der EU und der deutschen Regierung realitätsverweigernd dem Abgrund zusteuert. Politisch, wirtschaftlich, selbsterstörerisch.

Retten, was vielleicht noch zu retten ist, dürfte die Triebkraft ihres Handelns gewesen sein.

Wie nicht anders zu erwarten, ließen die Reaktionen der Kriegstreiber nicht lange auf sich warten. Nachdem über das „Manifest“ in den meisten deutschen Blättern der gleichgeschalteten Medien auf der ersten Seite als Aufmacher berichtet wurde (natürlich hat man den Wortlaut dieses

Schreibens nicht veröffentlicht), durften die Rußlandhasser und Kriegstreiber, wie Roderich Kiesewetter aus der CDU, Britta Haßelmann von den Grünen, Sebastian Fiedler und Mathias Miersch aus der SPD-Führungsschicht, im Bundestag ihr Entsetzen und völliges Unverständnis zu dieser Friedensinitiative zum Ausdruck bringen. Kriegsminister Pretorius eilte zu Selenskyj in die Ukraine, um ihm postwendend einen Scheck in Höhe von 1,9 Milliarden Euro zu überreichen. Geld, das zu Waffenkäufen verwendet werden soll, aber auch die Taschen einer korrupten faschistischen Regierung füllt. Geld der deutschen Steuerzahler, das dringend, besonders im sozialem Bereich, hierzulande benötigt wird.

Mag man über die Motive, die diesem Friedensmanifest zugrunde liegen, unterschiedlicher Meinung sein. Wichtig und entscheidend ist jedoch, daß es sich um einen Beitrag handelt, der eindeutig dem Kampf für die Erhaltung des Friedens und gegen jegliche Kriegstreiberei gewidmet ist. Und das ist der ausschlaggebende Punkt.

Warten wir ab, ob sich dieses kleine Friedenslicht zu einer großen Flamme entwickelt. Die Gegner aller Friedensinitiativen werden nichts unversucht lassen, ihre Geschütze in Stellung zu bringen, um dieses Licht auszublenden.

Es gehört zu unserer Verantwortung, in unserem Kampf nicht nachzulassen und zum Zusammenschluß aller friedliebenden Kräfte beizutragen.

Peter Truppel, Dresden

Wer Frieden will ...

Wer wirklich Frieden will, verschweigt nicht die Bereitschaft und die Angebote des Gegners für Friedensverhandlungen. Wer Frieden will, wird die Sicherheitsinteressen des anderen anerkennen müssen. Wer um Frieden verhandeln will, richtet nicht zugleich Sanktionen gegen Rußland, droht mit neuen und vernichtenden Waffen, erhebt Ansprüche und beschießt gegnerisches Territorium. Wer also will Frieden, wer will Krieg bis zur Aufgabe des Gegners?

Wer Frieden wirklich will, der verhandelt mit dem Ziel des Interessenausgleichs. Oder geht es nur um Erpressung Rußlands und Putins? Welche Chancen rechnen sich wahnsinnige Krieger des Westens eigentlich aus?

Rußland hat u.a. das Argument der Bekämpfung des Faschismus in der Ukraine erhoben. Wer vermag ernsthaft, das Wüten faschistischer Kräfte in der Ukraine, ihren Kampf gegen Rußland noch zu leugnen? Es braucht wenig politischen Verstand, die Wahrheiten um den Krieg in der Ukraine zu erkennen, wie es wenig Verstand und historische Kenntnis braucht, um zu erkennen bzw. sogar laut zu vernehmen, was die Ziele des Krieges sind, die von Russenhaß getragen werden mit allen Lügen einer langen Kriegsgeschichte.

Ist ein deutsches Volk mehrheitlich wieder ahnungslos wie einst? Will es nichts von alledem wissen? Ist es nur gleichgültig oder bald wieder bereit, sich auf die Schlachtfelder treiben zu lassen?

Roland Winkler, Aue

Lieder auf unserem Weg

Am 20. Mai hatten wir in unserer Regionalgruppe in Potsdam-Waldstadt Hartmut König zu Gast, der aus seiner Doku-Fiktion „Stalin, Dulles und der Galgen in Prag“ las. Der RF stellte sie in seiner März-Ausgabe vor.

Zu unserer Freude hatte Hartmut König auch seine Gitarre mitgebracht und begeisterte uns mit einigen seiner Lieder, alten und neuen. Besonders gut fand ich die neuen Strophen bekannter Lieder, die Hartmut zu aktuellen, uns alle bewegende Themen verfaßte, so u. a. „Da sind wir aber immer noch ...“, „Wenn der Russe nicht wär ...“ und andere.

Es war eine gelungene inspirierende Veranstaltung. Wir danken Hartmut nochmals herzlich auf diesem Wege für sein Engagement.

Seine neueste CD – Lieder aus dem Arbeitszimmer – höre ich seither öfter, und besonders die Zeilen aus seinem „Friedenslied“ von 1967 rufe ich mir ins Gedächtnis, wenn ich mal mutlos bin: „Es wächst das Brot uns nicht von allein ... Das Wasser fließt nicht von selbst bergauf, und auch die Kriege hören nicht von selber auf ...“

Katja Neumann, Potsdam

Der geforderte Waffenstillstand in der Ukraine

Man kann die Schlichtheit und Unbedarftheit (untertrieben ausgedrückt) der westlichen Politikerschranzen mit den Händen greifen. Tragen sie diese eigentlich absichtlich zur Schau? Sie wollen an einer mehr als 1000 km langen Front eine 30-tägige Waffenruhe in der Ukraine, ohne zu sagen, wie diese aussehen soll. Noch dazu stellen sie Bedingungen: Wenn „der Russe“ nicht mitmacht, aber dann ... 17. Sanktionspaket – heiße Luft.

Der Westen suggeriert, ist doch alles ganz einfach: Man einigt sich, ab dem nächsten Tag nicht mehr zu schießen und keine Angriffe mehr starten zu wollen und schon ist Frieden. Aber wie soll das z. B. kontrolliert werden, wenn deutlich ist, daß Teile der ukrainischen Truppen die Umsetzung von Befehlen und Weisungen unterlaufen und nicht das ausführen, was die Militärführung will. Anders gesagt: Die ukrainische Regierung hat keine Gewalt und keinen Durchgriff mehr auf alle Truppen an der Front. Außerdem, ein Waffenstillstand ohne Berücksichtigung der seit Jahren bekannten russischen Bedingungen?

Die Forderung, den Waffenstillstand ad hoc einzuführen, läßt Merz, Macron und

Starmer wie Hanswürste aussehen. Sie wissen, daß sie unehrliche Forderungen stellen, dürfen das aber wegen der Gesichtswahrung nicht zugeben. So meint der deutsche Kriegsminister und weiß es natürlich ganz genau: „Ich glaube, man kann sagen, daß das Gespräch gestern wieder einmal bestätigt: Erklärungen abgegeben von russischer Seite, aber Beweise für die erklärten Absichten gibt es bislang nicht.“ Mit anderen Worten: Die Russen wollen nicht. Doch, Herr Minister, die Russen wollen – und zwar Frieden.

Das war mehr als deutlich in der ersten Ukraine-Verhandlung 2022 in Istanbul, die zu besseren Bedingungen für die Ukraine ausgegangen wäre. Hat der Kriegsminister das nicht mitbekommen?

Für solche Einsichten ist offensichtlich in den Denkbüchern westlicher Politiker kein Platz. Wer ein Goebbelswort (Kriegstüchtigkeit) zum Schlagwort macht, hat noch nicht bewältigte Ergebnisse des 2. WK im Hinterstübchen gespeichert. Er erzählt auftragsgemäß Märchen über den bevorstehenden russischen Angriff und vergißt zu erwähnen, wer seit 1990 militärisch, politisch und mental gen Osten vorgerückt und es jetzt für die Welt ersichtlich mit einem 1-Milliarde-€-Schuldenpaket im Rücken mit Vehemenz und Nachdruck unternimmt. Man fragt sich, was die westlichen Politiker dazu verführt, genau das öffentlich zu behaupten, was die Mehrzahl der Länder dieser Erde ganz anders sieht. Aber sie handeln ja im Auftrag des Kapitals, welches bei Strafe des eigenen Untergangs expandieren muß.

Reiner Neubert, Berlin

Unvergessen – Generaloberst a.D. Fritz Streletz

(geb. am 28. September 1926 in Friedrichsgrätz, Oberschlesien; gest. 24. März 2025 in Oranienburg)

Fritz Streletz, Sohn einer Bergarbeiterfamilie, wurde 1941 zur Wehrmacht eingezogen und kam in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Geprägt von den furchtbaren Kriegerlebnissen, wollte er künftig aktiv dazu beitragen, daß eine Wiederholung von Faschismus und Krieg mit der Errichtung einer antifaschistischen Ordnung in Deutschland ausgeschlossen wird. Deshalb trat er im Oktober 1948 sofort in die Deutsche Volkspolizei (DVP) ein, begann seinen Dienst in Zerbst und brachte es bis 1956 zum Oberst der Kasernierten Volkspolizei (KVP).

Bereits 1948 wurde er Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). 1951/1952 absolvierte er einen Lehrgang für Regimentskommandeure in der Sowjetunion. Von 1959 bis 1961 studierte er an der sowjetischen Generalstabsakademie und wurde danach Chef des Stabes im Militärbezirk III in Leipzig.

Fritz Streletz war von 1964 bis 1978 Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee (NVA) und Chef der operativen Verwaltung. 1969 erfolgte seine Beförderung zum Generalleutnant. Von 1971 bis 1989 war er als Nachfolger von Erich Honecker Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates. Am 1. Januar 1979 wurde er zum Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes berufen und am 7. Oktober 1979 zum Generaloberst befördert. Von 1979 bis zum 31. Dezember 1989 diente er auch als Stellvertreter des Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Paktes.

Fritz Streletz gehörte von 1981 bis 1989 als Mitglied dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an. 1991 wurde Fritz Streletz von den Justizorganen der BRD für die Umsetzung der Gesetze der souveränen und von der UNO anerkannten Deutschen Demokratischen Republik, unter mißbräuchlicher Anwendung der Radbruchschen Formel, zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und in Haft genommen.

Aufrecht und ungebrochen hat Fritz Streletz nach der staatlichen bundesrepublikanischen Einverleibung Wissen über die antifaschistische Ordnung und das sozialistische Gemeinwesen der DDR kenntnisreich in vielfältigen Veranstaltungen und auch in bürgerlichen Medien vermittelt und gegen verbale Angriffe und Verleumdungen verteidigt.

Gerne war er als Gast und freundlicher Gesprächspartner in Foren sowie Zusammenkünften gesehen und geschätzt. In guter Erinnerung sind seine umfassenden und klugen Wortbeiträge und anregenden Gespräche bei den Treffen der ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen der DDR. Fritz Streletz war ein standhafter Kämpfer und zutiefst überzeugter Internationalist, der sein Leben der Sicherung des Friedens und dem Schutz der DDR und der Staaten des Warschauer Vertrages widmete, hat uns im 98. Lebensjahr verlassen müssen.

Raimon Brete, Chemnitz

Weißer Pulverdampf für den neuen Papst?

Der neue Papst und nichts an Kritik ist im Mainstream zu hören und auch sonst nicht viel. Die Machtübergabe an den „Weltkönig“ der katholischen Kirche wird gefeiert und die Inauguration des Vertreters Gottes auf Erden ohne Wenn und Aber hingenommen. Zölibat und Ungleichbehandlung, Mißbrauchsvertuschung und nicht zuletzt Ausbeutung über diverse „Beteiligungen“ und andere zweifelhafte Aktivitäten zur Erhaltung außerordentlicher bischöflicher und päpstlicher Privilegien – kein Thema. Dabei handelt es sich um die massive Festigung dieser Institution, die eine weltweite Stütze des Systems von Ausbeutung und Unterdrückung darstellt. Es geht hier nicht

darum, arme Teufelsgläubige bzw. Gotteshörige in die Kritik zu ziehen. Meist haben sie von den Eltern alles übernommen und sind im Trost spendenden Gedankengebilde verharnt, auf höheren Einfluß hoffend, der ihnen mehr Gerechtigkeit bringen sollte. Allein der Glaube versetzt nur höchst selten Berge.

Vielmehr muß verdeutlicht werden, daß die Religionen der Welt mit ihren Orientierungen auf einen göttlichen, alles richtenden und so wollenden Einfluß für die Stabilität des Systems in der Welt sorgen, welches für all das diesseitige Elend verantwortlich ist. Ein Gipfel an seltener Kritik, welche je von einem Papst zu hören war, ist wohl vom jetzt verschiedenen Franziskus gekommen: „Das [kapitalistische] System tötet!“ Nun ja – ein Warum dazu wäre ganz gut gewesen.

Kritik und Kampf also sollten sich gegen das System richten und sich nicht um die Integration in dieses sorgen, wie das die katholische Kirche letztlich stets tat und tut. Nichts soll hier gegen die sozialen und seelischen Hilfestellungen durch Engagierte aus den institutionellen Kreisen aller Religionen gesagt sein. Diese Arbeit ist eine zutiefst menschliche (nicht göttliche). So wird Dank dafür tatsächlich auch nur von Menschen erfahrbar bleiben.

Auch deshalb war und bleibt der Kampf gegen einzelne Menschen und deren religiös bestimmte Positionen ein falscher Weg. In der DDR der fünfziger und sechziger Jahre ist auf dieser Weise sicherlich viel Porzellan zerschlagen worden, in den späteren Jahren war dies schon merklich nachlassend.

Die religiösen Einrichtungen und die Orientierung an Göttern verschwinden in dem Maße, wie die soziale Unsicherheit und die Alltagsorgen abnehmen und statt dessen attraktive Perspektiven und Lebensglück für jedermann zunehmen und zuverlässig bleiben. Das ist ein in den Medien streng vermiedenes, ja fast als Geheimnis behandeltes Thema bezüglich der Geschichte der DDR, obwohl es sogar noch heute offensichtlich an den Mitgliederzahlen in den Kirchen im Osten zu lesen ist. Das Bedürfnis nach Gottvertrauen war in der DDR sehr weit zurückgegangen.

Nicht zuletzt die katholische Kirche hat mit ihren vielen Skandalen in Geschichte (Nazi-Kungelei) und Gegenwart (z.B. Investitionen in dubiose Unternehmen) gezeigt, daß sie dem System zugewandt ist und von diesem profitiert, wie andere in der Welt agierende Großkonzerne eben auch. Die geschichtlichen Tatsachen haben deren Charakter als Institution offen gezeigt. Die Stütze bei der Unterdrückung und Durchführung von Kriegen war immer auch die Kirche, von einzelnen Funktionsträgern (z.B. Niemeyer u.a.) abgesehen.

Auch die Bundeswehr, als imperialistische Eroberungsarmee (Bomben auf Belgrad 1999; 20 Jahre lang „Verteidigung am Hindukusch“; Ausbildung und Ausstattung

der ukrainischen Armee der Putschregierung unter Poroschenko und der nazistisch durchgesetzten banderafreundlichen Regierung unter Selenskyj; Stationierung nahe der russischen Grenze) hat ihre Feldprediger und dienstamtlichen Geistlichen. Friede sei mit ihnen oder besser noch, ohne sie bzw. trotz ihnen.

Renato Lorenz, Berlin

Antikommunismus in der alten BRD

In den „Salzburger Nachrichten“ vom 26.10.1951 (Österreich) fand ich folgenden Beitrag:

„Moskaus deutsche Untergrundarmee Bundesinnenminister Lehr über die KPD-Wühlarbeit in Westdeutschland BONN (UP, AP). Bundesinnenminister Dr. Lehr behauptete Donnerstag vor der Auslandspresse in Bonn, die Kommunisten hätten einen Teil ihrer ‚sichtbaren Mitglieder‘ an die SPD abgegeben. Lehr erklärte: ‚Es sind auch unter den Bundestags- und Landtagsabgeordneten einige darunter.‘ Lehr berichtete vor dem Verein der Auslandspresse, die scharf oppositionelle Haltung der SPD habe ihn zu Nachprüfungen veranlaßt. ‚Es ist sicher, daß die KPD bei dem Verlust an sichtbaren Mitgliedern eine ganze Reihe ihrer Leute an die SPD abgegeben hat.‘ In der Sozialdemokratischen Partei wirkten sehr radikale und liberalere Elemente zusammen.

Die Partei bestehe aus zwei Flügeln, die durch den Fraktionsführer zusammengehalten werden. Der Bundesinnenminister warnte erneut vor der Gefahr von links, die größer sei als die von rechts.

Er berichtete weiter, ‚ein ungeheures Netz von Agenten‘ sei ‚mitten unter uns‘. In allen Behörden und Betrieben würden mit riesigen Geldmitteln Agenten des Ostens unterhalten. Der Abwehrdienst sei in vollem Gang. Hierfür sei ein eigener ‚Bundesabwehrdienst‘ aufgestellt worden.

Man habe allen Anlaß, die unterirdische Tätigkeit der KPD im Bundesgebiet sehr ernst zu nehmen. Er werde dem Bundeskabinett schon in Kürze die Verfassungsklage gegen KPD und SPD beim Bundesverfassungsgericht vorlegen.

Sowohl vor den Auslandsjournalisten als auch vor der deutschen Presse vertrat der Innenminister die Auffassung, daß die 10 000 Mann Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, um die innere Sicherheit im Bundesgebiet zu gewährleisten. Er setzte sich für die Verstärkung dieser Verbände oder die Bildung einer bundeseigenen Bereitschaftspolizei ein.“

Johann Weber, Niederbayern

„Wende“ nicht zum Guten

Bei der letzten Volkskammerwahl der DDR am 18. März 1990 entschied sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger „Für Freiheit statt Sozialismus“! Doch die Freiheit,

die von Gleichheit und Brüderlichkeit getrennt wird, heißt nicht mehr Freiheit. Sie heißt Egoismus, auch Eigennützigkeit und strebt nach Vorteilen für sich selbst, ohne Rücksicht auf die Ansprüche von anderen. Ein wachsendes Problem, mit welchem die DDR zu kämpfen hatte, war das Streben vieler, die eigenen materiellen und kulturellen Bedürfnisse nach westlichem Lebensstandard auszurichten. Wer in der DDR die Westmark hatte, der wurde beneidet. Der Intershop galt als ein Beweis dafür, daß die Ostmark keinen Wert hatte. Ironischer Weise finanzierte aber die DDR den westlichen Lebensstandard mit billiger Energie, Rohstoffen und Konsumgütern für’n Appel und’n Ei. Somit wurde auch die soziale Sicherheit der Bürger nicht genügend wertgeschätzt. 1990 als Wahlkampfhelfer für die PDS unterwegs, wurden wir damals ausgelacht, beleidigt und körperlich angegriffen. Zur Sicherung einer hohen Wahlbeteiligung gab es sogar „fliegende Wahlurnen“, die ältere Wählerinnen und Wähler zu Hause aufsuchten. Oft hörte ich: „Du mußt die CDU wählen, die hat Geld!“ Inzwischen hat sich vieles für die früheren DDR-Bürger geändert, für die meisten nicht zum Guten.

Stanislav Sedlacik, Weimar

Entmenschlichungsbedürfnis Opportunismus – oder der Weg zur sogenannten Wende ‘89/90 –

Nachzuzahlen, was im Westen Mode,
Abzulenken von der Praxis mit Betrug,
Ist nicht sozialistische Methode
Und macht Sozialismus nur marode
Fürs Bedürfnis Rechtssozialentzug.

Sozialismusweg muß stets Bedürfnisweckung sein
Für gemeinschaftlich erworben'e Stärke.
Aber das Bedürfnis einzelner allein,
In der Vorteilsnahme, ändern als ein Stolperstein,
Führt dazu, daß Markt und Mammon gehn zu Werke.

Im Erfolg zum Freiheitswahne, sich zu fügen,
Folgt bewußtlos nun ein Herdentier.
Auf der Weide weiden sich die Lügen
Und betrunken von den Medienwerbekrügen
Bleibt nur Ware Mensch fürs Marktbedürfnis Gier.

E.Rasmus



Sowjetisches Plakat 1944: „Der faschistische Geier, der herausfand, daß wir keine Schafe sind“

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für das September-Heft ist der 28. Juli.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.